

8. Commoning in Cochabamba: Selbstorganisierte Wasserbewirtschaftung in Bolivien

»Water is seen as a being that belongs to everybody and no one, a being that expresses flexibility and adaptability, helps nature create and transform life, and allows for social reproduction.« (M. Olivera 2014: 65)

8.1 Einleitung

In einer größeren wissenschaftlichen Abhandlung über Wasserkonflikte darf der Fall Cochabamba kaum fehlen, erst recht nicht in einer Arbeit über Selbstorganisation und Wasserkonflikte. Der um die Jahrtausendwende ausgefochtene Wasserkrieg von Cochabamba ist in die Geschichtsbücher als Wendepunkt Boliviens eingegangen und hat als Heldinnengeschichte der autonomen Wasserorganisationen auch weit über die Landesgrenzen hinweg Einfluss. Er prägt die sehr komplexe institutionelle und politische Landschaft des von gut elf Millionen Menschen bevölkerten Landes (Instituto Nacional de Estadística 2018) und besonders der Stadt Cochabamba bis heute sichtlich. Somit bietet diese Auseinandersetzung um die Kontrolle der Trinkwasserversorgung einer Großstadt einen wichtigen Ausgangspunkt für das vorliegende Kapitel, wenngleich dieses die Geschehnisse nach dem Wasserkrieg und den aktuellen Status quo fokussiert. Zentral dabei sind die formulierten Forschungsfragen zum Charakter von Commons und zu deren Einbettung.

Zunächst zu Cochabamba, dem Ort des Geschehens. Die drittgrößte Stadt Boliviens liegt auf circa 2500 Metern über dem Meeresspiegel. Zur Größe Cochabambas gibt es unterschiedliche Daten, je nachdem, was zur Stadt hinzugezählt wird. Der World Population Review (2019) geht von 900000 Menschen im Jahr 2019 aus, bei der Volkszählung 2012 hat das Nationale Statistikinstitut 630000 erhoben, die Metropolregion, die etwas größer ist als die *provincia Cercado*, dürfte inzwischen die Zweimillionengrenze überschritten haben. Bolivien ist in neun Bundesstaaten (*departamento*) aufgeteilt. Darin befinden sich 112 Provinzen (*provincia*), die wiederum in 339 Gemeinden (*municipio*) unterteilt sind. Die Stadt Cochabamba befindet sich im *departamento Cochabamba* und umfasst eine der 16 Provinzen, die *provincia Cercado*. Unterhalb der Gemeindebe-

ne besteht eine weitere Verwaltungsebene: die *alcaldías*, die Bürgermeisterinnenämter. Unterhalb davon gibt es, zumindest in urbanen Gegenden, die Stadtteile, die sogenannten *barrios*. In vielen der cochabambinischen *barrios* spielen sich eben jene Geschichten ab, um die sich dieses Kapitel drehen wird. Genauer gesagt geht es um die selbstorganisierten Wasserkomitees der Nachbarschaften, die einen bedeutsamen Beitrag zur Trinkwasserversorgung der Stadt leisten.

Die Lateinamerikawissenschaftlerin Lucia Linsalata (2014: 110)¹ schreibt in ihrer Doktorarbeit, die für die vorliegende Untersuchung einen bedeutsamen Referenzpunkt darstellt, Folgendes:

»Das Bemerkenswerteste an diesen bestehenden vielfältigen kommunitären Wasserassoziationen im südlichen Bereich von Cochabamba ist die Tatsache, dass sie uns aufzeigen, dass es, sogar in vom Kapital so fragmentierten Realitäten, wie es die urbanen Peripherien unserer Städte sind, möglich ist, Formen der Selbstbestimmung des sozialen Lebens und der nicht zentralisierten kollektiven Bedürfnisse zu generieren, weder in der kapitalistischen Logik privater Aneignung noch in der staatlichen Logik des öffentlichen Eigentums [...], sondern in der sozialen Fähigkeit, gemeinsam die Befriedigung unserer innersten Bedürfnisse herzustellen und selbst zu organisieren.«

Auch der Soziologe Carlos Crespo, einer der Interviewten, weist voller Stolz darauf hin, dass es in Cochabamba viele Erfahrungen der Selbstorganisation bezüglich Wasser gibt. Besonders ausgeprägt ist dies im Südteil der Stadt, der erst mit dem Zuzug hauptsächlich Quechua sprechender Hochländerinnen in den 1980er Jahren entstanden und heute ein sehr diverser Lebensraum ist (Wutich 2009).

»Later settlers included urbanites from the cities of La Paz and Cochabamba, ex-coca farmers from Cochabamba's tropical Chapare region, and residents of rural settlements in the highland departments of Potosí, Oruro, and La Paz. The community is now a Bolivian melting pot; it contains a mix of Spanish, Quechua, and Aymara speakers as well as members of Evangelical and Catholic faiths« (ebd.: 183).

Da die Wasserversorgung in diesem Teil der Stadt von Anfang an prekär, aber eben lebensnotwendig war und da die Wasserkomitees nicht zuletzt ein wichtiger sozialer Anker sind, werden die Grenzen der Stadtteile mitunter anhand der Wirkungsbereiche der Wasserorganisationen gezogen, berichtet der langjährig in der Entwicklungszusammenarbeit tätige Stefano Archidiacono. Die meisten Frauen dieser Stadtteile, so erzählt er weiter, arbeiteten auf dem großen Markt der Stadt, *La Cancha*, die Männer seien hauptsächlich Taxifahrer oder Bauarbeiter. Es sind also nicht die privilegierten

1 Die aus Linsalata (2014) sowie den Interviews (mit Archidiacono, Cabrera, Chacon, Crespo, Grandidier, Flores Castro, Luizaga, O. Olivera, Torrico, Zeballos sowie einem SEMAPA-Chefingenieur, einem SEMAPA-Ingenieur, einer SEMAPA-Ingenieurin und der SEMAPA-Sozialbeauftragten) entnommenen wörtlichen Zitate wurden vom Verfasser aus dem Spanischen übersetzt. Dies ist aus Gründen der Lesbarkeit nicht im Einzelnen kenntlich gemacht. Im Falle weiterer spanischsprachiger Quellen ist eine Übersetzung explizit ausgewiesen. Die Angestellten von SEMAPA haben darum gebeten, nur in anonymisierter Weise zitiert zu werden. Diesem Wunsch soll mit den hier verwendeten Bezeichnungen Rechnung getragen werden. Alle anderen haben der namentlichen Nennung zugestimmt.

Stadtteile des Nordens und des Zentrums der Stadt, die im Mittelpunkt der Untersuchung stehen. Allerdings, so sei der Vollständigkeit halber erwähnt, gibt es auch dort nachbarschaftliche Wasserkomitees und Wasserkooperativen; diese wurden dann in die Analyse einbezogen, wenn es um eine Gesamtbetrachtung der Lage vor Ort geht.

Schon in der Anfangsphase der Wasserkomitees in den 1980er Jahren spielten internationale Geldgeberinnen und Kirchen eine wichtige Rolle, erzählt die Soziologin Escarley Torrico. Diese hätten den Komitees Kredite und Anschubfinanzierungen gegeben und sie organisatorisch beraten und unterstützt. Es sei eine Zeit gewesen, in der sich der Staat aus vielen Bereichen zurückgezogen und eine starke Binnenmigration in Richtung der großen Städte des Landes stattgefunden habe. Es sei eine Zeit der ökonomischen Krise gewesen, und der Staat sei schlicht nicht in der Lage gewesen, die nötigen Investitionen in das städtische Wasserunternehmen zu tätigen, so Torrico weiter. Somit unterblieben insbesondere Investitionen in den Ausbau der Wasserinfrastruktur der (teilweise illegal) wachsenden Randgebiete der Stadt. Insgesamt hat Staat die illegalen Siedlungen bis in die frühen 1990er Jahre kaum beachtet und somit eine von Beginn an sozial, ökonomisch und politisch marginalisierte periurbane Bevölkerung geschaffen (Walnycki 2015).²

Um den größeren Kontext der Geschehnisse greifen zu können, wird nun die Geschichte Boliviens und der Wasserversorgung in Cochabamba beschrieben. Zunächst soll die historisch gewachsene kulturelle Praxis, die die Grundlage für eine selbstorganisierte und autonome Organisation bildet, dargestellt werden. Darüber hinaus sollen die Probleme diskutiert werden. Beides zusammen bildet den Rahmen (auf nationaler Ebene), um im Anschluss den Fall Cochabamba zu diskutieren. Daran anschließend folgt eine Beschreibung des Wasserkriegs und der neueren Geschichte. Vor diesem Hintergrund wird mit der Analyse der Situation in Cochabamba begonnen. Zunächst werden die Wasserkomitees auf das Auftreten von Commoning hin untersucht und sodann die Einbettung der Komitees analysiert. Hier wird deutlich, dass insbesondere die Rolle, die der Staat im Laufe der voranschreitenden Urbanisierung gespielt hat, Notwendigkeiten zur Selbstorganisation erwachsen ließ. Die politischen Entwicklungen in jüngerer Zeit haben nicht zu einer Kehrtwende geführt, und so bestehen die vorhandenen Spannungsverhältnisse fort. Zum Schluss werden die aufgetretenen Konflikte und deren Bearbeitung in den Mittelpunkt gerückt und eine abschließende Bewertung vorgenommen.

8.2 Aus einem indigen geprägten Land des Bergbaus und der Landwirtschaft in die städtische Gegenwart

Um einige der kulturellen Wurzeln des heutigen Bolivien zu ergründen, beginnt der Sozialwissenschaftler Robert Lessmann (2010: 25ff.) mit Tiwanaku. Heute ist das auf ungefähr 3800 Metern über dem Meeresspiegel liegende Tiwanaku eine Ruinenstadt. In der Nähe sind der Titicacasee und 70 Kilometer gen Osten die heutige Hauptstadt

2 Torrico ist der Meinung, dass dies bewusst geschehen sei, da es den einfacheren und konfliktärmeren Weg dargestellt habe.

Bolivians, La Paz. Lange vor den Inkas – Lessmann datiert die Blütezeit auf 600 bis 1150 nach Christus – habe es dort eine sogenannte Hochkultur gegeben, dabei sei Tiwanaku »kein zusammenhängender Territorialstaat mit harten Staatsgrenzen, sondern eher ein zentralisiertes Gemeinwesen mit fortlaufenden Knotenpunkten von Autoritäten, strategischen Interaktionen und Einflüssen« (ebd.: 48) gewesen. Wichtiger Baustein seien die *ayllus* gewesen, die Dorfgemeinschaften, die »teilweise auf imaginierten, teilweise auf konkreten Verwandtschaftsbeziehungen beruhen und Zugang zu gemeinsamem Land, rituellen Praktiken, politischen Aktivitäten und die Berufung auf gemeinsame Vorfahren einschließen« (ebd.: 27). Weiter schreibt Lessmann: »*Ayllu* ist Gemeinschaft, Weltsicht, Landschaft und Ritual, ein metaphorischer Makro-Haushalt« (ebd.: 31; Hervorh. i. O.). Orta (2013: 111) beschreibt es folgendermaßen: »The term denotes an explicitly indigenous Andean mode of social organization affiliating an array of social groupings, extending down to the level of a conjugal household, into a larger regional polity through a set of mutually reinforcing administrative, ritual and economic practices.«³

Ayllu sei als ein dynamisches Konzept anzusehen, meint Lessmann (2010: 28), soziale Gruppen unterschiedlicher Größe und Form könnten als *ayllu* bezeichnet werden. Diese seien häufig spezialisiert auf bestimmte Bereiche, wie Handwerk oder die Produktion bestimmter Lebensmittel, und könnten sich bezüglich ihrer Organisationsformen unterscheiden. Auch könne es ein »Makro-*ayllu*, das mehrere Mikro-*ayllus* umfasst« (ebd.; Hervorh. i. O.), geben. Laut dem Semiologen Gustavo Soto Santiesteban bestehen *ayllus* bis heute fort, insbesondere im Hochland Boliviens. Er charakterisiert es wie folgt:

»Es beruht auf Gegenseitigkeit und nicht auf dem Markt, auf kultureller Identität und nicht auf Homogenisierung, aber auf Entscheidungen, die von der Versammlung aller Mitglieder getragen werden, und nicht auf Wahlen, es beruht auf ihrer De-facto-Autonomie und der Beziehung zum ›Territorium‹, das nicht einfach das ›Land‹ als Produktionsfaktor beschreibt, sondern komplexe, vielfältige Beziehungen« (Soto Santiesteban/Helfrich 2012: 336).

Diese uralte Organisationsstruktur ist also noch immer lebendig und prägt darüber hinaus die Kultur des heutigen Boliviens.

Tiwanakus Erfolg gründete Lessmann (2010: 54) zufolge nicht zuletzt in der Fähigkeit, verschiedene Kulturen zu integrieren und in Diversität zusammenzuleben. Für das Ende, so vermutet er, waren eine große Trockenphase sowie interne Konflikte verantwortlich (ebd.: 55). Auf Tiwanaku seien die Inkas und das spanische Kolonialreich gefolgt. Während in Europa das Privateigentum an Produktionsmitteln ein zentraler Teil der Entwicklung darstellte, waren in Südamerika eher die »temporäre Nutzung verschiedener ökologischer Zonen« (ebd.: 58) sowie durch kollektive Arbeiten vollbrachte »große Gemeinschaftsaufgaben wie die Besiedelung von Flusstälern, die Trockenlegung

3 »*Ayllus* are typically conceived as comprising two complementary social groupings, often labeled as upper/lower; right/left; male/female. These are ›complementary‹ because the categorical distinction seems to be less about separating things than about structuring and making significant their coming together« (Orta 2013: 114).

von Sümpfen und die Regulierung von Überschwemmungsgebieten [...], die Bewässerung sowie Landgewinnung und Erosionsschutz durch Terrassenbau« (ebd.: 58f.) von Bedeutung.⁴ Indigene Infrastrukturen aus unterschiedlichen Zeiten bestehen teilweise bis heute fort, ebenso kulturelle Fragmente. Ein Aspekt, der auch in der heutigen Kultur zumindest als Referenzpunkt wichtig ist, ist das Rotationsprinzip:

»The maximal leaders (mallkus) of all of the communities, for instance, form a cabildo (council), which is led by a jach'a mallku (head mallku). The responsibility to provide the jach'a mallku rotates annually among the component communities of the region, and the rotation is organized as an alternation between the two moieties« (Orta 2013: 114).

Laut Félix Patzi, Soziologe und ehemaliger bolivianischer Bildungsminister unter Evo Morales, traf die spanische *conquista* auf eine Zivilisation mit einer eigenen politischen Ökonomie, einer eigenen Kultur, einer eigenen Sprache, eigenen Symbolen et cetera, und so existierten auch unter der Kolonialherrschaft Elemente dieses Systems fort (Salmón 2016a: 10).⁵ Es habe sich zum Beispiel eine ›indigenistische Bewegung‹ entwickelt. Diese habe sich dagegen ausgesprochen, sich in den Staat zu integrieren, und darauf abgezielt, einen eigenen Staat auf den alten indigenen Wurzeln aufzubauen (ebd.: 13). Hierin zeigt sich ein weit verbreitetes Beharren auf Autonomie und Selbstorganisation, das die bolivianische Kultur und insbesondere ihre indigenen Ausprägungen bis heute kennzeichnet. Insbesondere in ländlichen Regionen leben indigene Kulturen fort. Doch wie auch andernorts sind in Bolivien in den letzten Jahrzehnten viele Menschen vom Land in die Stadt gezogen. Diese Landflucht führt dazu, dass auch in den Großstädten heute verstärkt indigene Praktiken, Kulturen und Organisationsformen zu finden sind. Insgesamt bleibt Bolivien ein sehr indigen geprägtes Land, das in vielen Belangen auf den überlieferten und tradierten Erfahrungen aufbaut.

Ein weiteres auch kulturell wichtiges Element der bolivianischen Geschichte ist der Bergbau (Galeano 1981). Schon für die spanische Krone waren die Bodenschätze Lateinamerikas ein wichtiger Grund für die Eroberung. In jüngerer Zeit wurde der Bergbau zum wichtigsten Element der bolivianischen Wirtschaft. Meist unveredelt, wurden und werden viele Rohstoffe exportiert, und so kann Bolivien als ein Musterbeispiel des Extraktivismus gelten (ebd.). Die Minenarbeiterinnen sind traditionell hochgradig gewerkschaftlich organisiert und gewohnt, mit ›harten Bandagen‹ und unter Einsatz des eigenen Lebens für die Rechte der eigenen Gruppe zu kämpfen. Speziell im 20. Jahrhundert seien die Minenarbeiterinnen die Seele der Nation gewesen, schreibt Linsalata (2014: 39). In den vergangenen Jahrzehnten wurden mehr und mehr Minen geschlossen,

4 In der Tat scheint auch heute noch das Konzept des Privateigentums recht unüblich und nicht vereinbar mit indigenen Kulturen. Privatbesitz (zur Unterscheidung zwischen Eigentum und Besitz siehe 2.4) hingegen gibt es laut Patzi (Salmón 2016a: 21). Auch Lessmann (2010: 59) geht davon aus, dass damit, dass beispielsweise Felder »kollektiv oder familiär genutzt« werden, keine Eigentumsrechte einhergehen. Die wichtigsten Ressourcen sind Patzi zufolge gemeinschaftlich, also nicht individuell, allerdings gehörten die Früchte der Arbeit denjenigen, die die Arbeit verrichteten (Salmón 2016a: 21).

5 Josefa Salmón (2016a) führt in diesem Buch ein Gespräch mit Patzi. Die entnommenen Textstellen sind eindeutig Patzi zuzuordnen.

was zum Teil an sinkenden Rohstoffpreisen liegt. Daraufhin waren viele Minenarbeiterinnen von Armut bedroht und sahen sich gezwungen, die Minenstädte zu verlassen und in eine der drei großen Städte, La Paz, Cochabamba und Santa Cruz, zu ziehen. Dort besiedelten sie, vielfach illegal, die Randgebiete und bildeten gemeinsam mit den vom Land in die Stadt Gezogenen die teilautonomen periurbanen Nachbarschaften, um die es in diesem Kapitel hauptsächlich gehen wird. Landflucht und Minensterben, so könnte man es auf den Punkt bringen, führten also zur – größtenteils weder zentral geplanten noch autorisierten – Verstädterung.⁶

Was die Binnenmigrantinnen mitbrachten, sei das einzige, was sie wirklich besessen hätten, schreibt Linsalata (2014: 40): ihre Weltsicht, ihre gemeinschaftliche Kultur, ihre Netze der gegenseitigen Unterstützung und ihre unvergleichlichen Erfahrungen der Solidarität, des Kampfes und der Selbstorganisation. Die Menschen hätten zunächst keine Behausung und kein Einkommen gehabt, der Staat sei im Sinne des Neoliberalismus auf dem Rückzug und schlicht mit der Situation überfordert gewesen. So seien die Menschen gezwungen gewesen, das Leben in den neu entstehenden Nachbarschaften selbst in die Hand zu nehmen. Sie hätten Hütten, Krankenstationen, Schulen und mehr gebaut. Um diese Aufgaben zu stemmen, seien viele unterschiedliche Gruppen ins Leben gerufen worden: von Müttervereinen über Schulrätinnen bis hin zu Vereinen, die sich um Trinkwasser kümmern – und viele mehr (ebd.: 41). Aus der Not heraus und aufbauend auf den mitgebrachten Erfahrungen, entstanden also Formen des öffentlichen Lebens, die neu und alt zugleich waren und die sich in einer Vielzahl unterschiedlicher Gruppierungen zeigten. Ein Großteil der Infrastrukturen in diesen inzwischen weit ausgedehnten Teilen der bolivianischen Großstädte sei von den dort lebenden Menschen in Selbstorganisation geschaffen worden (ebd.: 58). Linsalata argumentiert, dass die Fähigkeit des auf das Gemeinsame ausgerichteten Lebens, Formen des sozialen Reichtums und der Selbstbestimmung zu generieren und zu reproduzieren, kein exklusives Merkmal vorkapitalistischer Gesellschaften sei. Sie setze sich auch nicht bloß von dort ins Heute fort, sondern sei eine immerfort präsente Möglichkeit in der bolivianischen Gesellschaft (ebd.: 63).

Die Minenarbeiterinnen sind schon lange politisch organisiert, und spätestens seit den 1980er Jahren formen sich auch starke politische Gruppen, die für die Rechte der Indigenen eintreten (Anthias/Radcliffe 2015: 261). So wurden in jüngerer Zeit die Zukunft und die Rechte Indigener und von Minenarbeiterinnen zu einem zentralen Thema politischer Auseinandersetzungen.⁷ Dies machte den Aufstieg des langjährigen Präsi-

6 Wie stark verflochten auch der bolivianische Bergbau mit den andinen Traditionen ist, verdeutlicht folgendes Zitat: »Obwohl sich die Bergarbeiter in der Tradition der europäischen Arbeiterbewegung als Speerspitze des Proletariats verstanden, lebten in den Minen und in den gewerkschaftlichen Organisationen uralte andine Glaubensvorstellungen und Gebräuche weiter« (Lessmann 2010: 118).

7 »The movements in Bolivia can be traceable to the mining revolution of 1952 that served as a reference point and inspiration culminating with the transition to electoral democracy in 1982. At that time, Bolivia was facing a debt crisis, and neoliberal reforms inspired by the Washington Consensus (and agreed upon through mechanisms later established as corrupt) were being implemented. At the same time, political decentralization in the country opened up electoral victories for minority ethnic groups« (Harris/Roa-García 2013: 26).

ten Evo Morales möglich.⁸ Er war eine Führungsperson in der Bewegung der Cocabäuerinnen und wurde 2006 als Vorsitzender der Partei *Movimiento al Socialismo* (Bewegung zum Sozialismus; MAS) zum ersten Präsidenten Boliviens mit indigenen Wurzeln. Der Aufstieg von Morales ist Teil der »pink tide« (Yates/Bakker 2014: 63), einer Vielzahl von Wahlerfolgen linker Politikerinnen in Lateinamerika in den 2000er Jahren.⁹ In Bolivien und anderen Ländern wurden Steuern erhöht und bestimmte Wirtschaftsbereiche nationalisiert, was De Freitas et al. (2015: 241) zufolge vornehmlich der Finanzierung von Sozialprogrammen diene.

Der bolivianische Staat verwendet seitdem stärker indigene Sprache, Konzepte und Bilder (Zimmerer 2015: 315). Auf dieser Grundlage ist auch die neue Verfassung entstanden, die unter Morales ausgearbeitet und 2009 mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Diese Verfassung, so sagt die ehemalige Verteidigungsministerin unter Morales, Cecilia Chacon, im Interview, »verändert den Geist beziehungsweise spiegelt einen andere Geist, der zu der Rekonstitution des Staates, der Struktur und der Institutionen führen sollte«. Lessmann (2010: 149) bezeichnet die Verfassung als »klar antineoliberal« und staatsbetonend:

»Die natürlichen Ressourcen sind Eigentum des bolivianischen Volkes und werden vom Staat verwaltet. Basisressourcen, wie Wasser, dürfen nicht privatisiert werden. Ein Pazifismusprinzip ist verankert sowie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wie etwa das auf Nahrung, Gesundheit, Bildung, Wohnung, den Zugang zu Wasser oder das Recht auf eine intakte Umwelt. Deren Einlösung ist primär Aufgabe des Staates, dem auch in der Wirtschaft eine Schlüsselrolle zukommt, etwa bei der aktiven Industrialisierungspolitik, aber auch bei der Armutsbekämpfung. Die Rolle zivilisatorischer Organisationen im neuen Staatsmodell ist ausgebaut. Doch auch der sprichwörtliche Präsidentialismus bleibt weitgehend erhalten« (ebd.: 149f.; vgl. Harris/Roa-García 2013: 24).

Damit befindet sich der bolivianische Staat irgendwo zwischen Neoliberalismus, Sozialismus und Neoextraktivismus und fungiert verstärkt als Adressat rechtbasierter Ansprüche gewisser Gruppen.

Chacon geht darauf ausführlich und durchaus kritisch ein. Der Staat von Evo Morales habe zunächst eine stärkere Anerkennung und Inklusion marginalisierter Interessen in Aussicht gestellt. Dieser habe für den bereits angesprochenen »anderen Geist« gestanden, einige Gesetzesvorhaben seien umgesetzt worden.¹⁰ Seit 2010 finde jedoch

8 Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Manuskripts war Morales noch Präsident von Bolivien; dies änderte sich (de facto) im November 2019.

9 »These »pink tide« countries vary significantly in terms of economic strategy and political focus – with some taking an explicitly decolonial, anti-neoliberal stance (Bolivia, Ecuador, Venezuela); others enacting various kinds of direct or participatory democracy (Venezuela, Brazil); and yet others implementing redistributive social grants (Brazil, Argentina)« (De Freitas et al. 2015: 241).

10 Laut Harris und Roa-García würden viele diese Veränderungen hinsichtlich Umweltrechten, indigenen Rechten und Menschenrechten als progressive juristische Instrumente ansehen, andere seien weniger optimistisch. Sie beziehen sich auf Rocio Bustamante, wenn sie schreiben er sehe diese Entwicklungen »as a potential loss of independence by the organizations that have traditionally used and managed water according to their own rules and principles. By normalizing and legalizing water rights and organizations, including those rules defined by the direct participation

eine Wiederherstellung des Vorherigen statt. So sei, laut Chacon, beispielsweise die indigene Gerichtsbarkeit zunächst als gleichwertig anerkannt, später jedoch wieder der nationalstaatlichen unterstellt worden. Morales habe einen Diskurs gefahren, der auf die Rechte von Mutter Erde und der indigenen Völker abzielte. Allerdings habe er keine konkrete Agenda verfolgt, die diese Rechte in Projekte oder politische Programme übersetzen würde, allenfalls kleine Reformen seien vorgekommen, nicht jedoch grundsätzliche Veränderungen. Damit seien, so Chacon, der Diskurs und die alltäglichen politischen Aktivitäten auseinandergefallen. Es sei schlussendlich weiterhin im Sinne des Fortschritts, der Entwicklung und des Extraktivismus gehandelt worden. Auch die mit großem Idealismus gestartete Politik der MAS habe sich stark auf das eigene Klientel ausgerichtet und auf diejenigen Bereiche, in denen zusätzliche politische Unterstützung für möglich gehalten wurden. Chacon wirkt, wie viele Teile der politischen Linken Boliviens, desillusioniert. Sie kritisiert insbesondere den staatszentralistischen Kurs von Morales und dass die MAS opportunistisch sei.

Bezogen auf den Umgang mit Wasser hat die Regierungszeit von Morales eine entscheidende Veränderung gebracht. »[T]he Bolivian constitution enshrined the human right to water and sanitation. Water provision is the responsibility of the state, and can be provided through public utilities, cooperatives and community providers such as drinking water committees or mixed entities« (Walnycki 2015: 18). Der Staat ist damit diejenige Instanz, die zum Einhalten des Menschenrechts auf Wasser verpflichtet werden kann. Die tatsächliche Versorgung muss allerdings nicht durch den Staat erfolgen. Wie dies in Cochabamba zurzeit geregelt ist, soll im Folgenden erläutert werden.

8.3 Wasser in Cochabamba

Das Tal von Cochabamba wird als Boliviens Oase angesehen, schreiben die Geografin Nina Laurie und der Urbanist Simon Marvin (1999: 1405) Es sei ein Ort, um sich zur Ruhe zu setzen, mit angenehmem Klima und üppiger Landwirtschaft und somit ein Zufluchtsort – auch im Vergleich zu den zwei anderen Großstädten des Landes: La Paz mit ihrer Höhe und Santa Cruz mit ihrer Hitze. Nach der Zeit der Gletscher sei dieses Tal ein See gewesen. Heutzutage befindet sich unter der Stadt ein großer Aquifer, ein Grundwasserreservoir.

»Now, however, the groundwater supplies, which were left once these lakes drained away, have been overexploited because of a combination of population growth and agricultural use. Consequently, the main sources of further water supply lie to the north of the city but most of the watersheds in this area drain away from the valley, so large-scale engineering schemes are needed if water is to be redirected south« (Laurie/Marvin 1999: 1405).

Zusätzlich haben sich in den letzten Jahrzehnten die Zeiten und die Frequenz der Regenfälle deutlich verändert, weshalb die Landwirtschaft in der Gegend laut Canedo und

of indigenous and peasant organizations, the changing relationship between these entities and the state carries risk of political cooptation« (Harris/Roa-García 2013: 24).

Archidiacono (2017: 19) immer weniger auf das Wissen ihrer Vorfahren zurückgreifen kann. Zusätzlich zu den Schwierigkeiten bei der Vorhersage der Regenfälle führt der Klimawandel dazu, dass es grundsätzlich wärmer und trockener wird, berichtet der interviewte SEMAPA-Ingenieur im Gespräch. Die Veränderung in den Wasserkreisläufen erschwert die Versorgung mit Trinkwasser und die Aufbereitung des Abwassers, insbesondere für kleine Organisationen.

Speziell der Süden der Stadt, also der Teil, wo die meisten Zugezogenen leben, ist von hoher Wasserknappheit geprägt, was es schwierig macht, dort eine nachhaltige Wasserversorgung aufzubauen (Wutich 2009: 179). Im Norden der Stadt, wo die reicheren Cochabambinas leben, ist die Lage weit weniger dramatisch, wie sich bereits am deutlich grüneren Stadtbild erkennen lässt. Übersetzt in den Alltag der Menschen vor Ort bedeute dies, so Linsalata (2014: 92), dass die Reichen mit einer so großen Wassermenge rechnen können, dass sie mehrmals am Tag duschen, ihre Schwimmbäder füllen, ihre Gärten bewässern und ihre Haustiere baden können. Im Gegensatz dazu hätten die Armen im Süden Schwierigkeiten, die Menge an Wasser zusammenzubekommen, um ihre Kinder am Leben zu erhalten. Diese, vielleicht überspitzte Beschreibung von Linsalata macht auf die in Bolivien großen Einkommens- und Eigentumsunterschiede aufmerksam, die sich auch darin widerspiegeln, wer welche Möglichkeit hat, auf sauberes Wasser zuzugreifen.

Der Großteil der Trink- und Abwasserversorgung in Cochabamba wird durch das städtische Unternehmen SEMAPA (*Servicio Municipal de Agua Potable y Alcantarillado*; Städtischer Trink- und Abwasserbetrieb) gewährleistet. Im Interview spricht eine SEMAPA-Ingenieurin davon, dass die Abdeckung beim Trinkwasser bei ungefähr 60 Prozent und beim Abwasser bei rund 75 Prozent liege. Andere Quellen gehen von geringeren Kennziffern aus, was insbesondere daran liegt, dass die Statistiken von SEMAPA sich auf das offizielle Stadtgebiet beziehen, also die Peripherien und angrenzende Siedlungsgebiete teilweise nicht berücksichtigen. Das offizielle städtische Leitungsnetz, also das von SEMAPA, befindet sich hauptsächlich im Zentrum sowie im Norden der Stadt, die Peripherien der Südstadt und der Randgebiete sind jedoch von der städtischen Versorgung bis heute weitgehend ausgeschlossen (ebd.: 91). »Nevertheless, throughout the 1970s, 1980s, and 1990s, SEMAPA continued to expand city water service – but it was never able to keep up with the rapid influx of new families, new neighborhoods and the relentlessly growing need for water« (Shultz 2008: 10). Im Süden gibt es laut Flores Castro lediglich große Wassertanks von SEMAPA sowie das größte Klärwerk der Stadt.

Die Ausdehnung und Verortung der Netze werden von den Menschen vor Ort kritisiert, und die Verlustrate – also der Anteil des im Leitungsnetz, zum Beispiel durch undichte Stellen, verschwindenden Wassers – von 40 bis 45 Prozent (SEMAPA-Ingenieurin) wird als relativ hoch angesehen. Zusätzlich wird die Qualität des Wassers bemängelt. So gilt es in Cochabamba als Selbstverständlichkeit, das Wasser vor dem Verzehr selbst zu filtern oder abzukochen. Unabhängige Untersuchungen finden immer wieder verschiedene, teils für den Menschen gefährliche Verunreinigungen und Bakterien. Darüber hinaus ist die Wasserversorgung unter ökologischen Gesichtspunkten problematisch. SEMAPA unternahme zwar Versuche, das existierende Wassersystem zu verbessern, allerdings berichtet Wutich (2009: 181) unter Rückgriff

auf verschiedene Studien: »[I]ndustrial and domestic pollution have seriously degraded the surface water resources, and over-abstraction and pollution now threaten the aquifer system.« Diese Problematik alleine SEMAPA zuzuschreiben, scheint allerdings eine zu vereinfachte und einseitige Betrachtungsweise zu sein.

Die Nutzerinnen von SEMAPA unterteilen sich in regulär angeschlossene und sogenannte indirekte Kundinnen, denen Wasser nicht nach Verbrauch, sondern *en bloque*, als feste Menge mit Pauschalpreis, verkauft wird (SEMAPA-Sozialbeauftragte). In diese Sparte fallen beispielsweise Nachbarschaftsgruppierungen – von denen in diesem Kapitel noch viel die Rede sein wird –, die Wasser von SEMAPA *en bloque* kaufen und die Verteilung und die Abrechnung mit den Endnutzerinnen selbst übernehmen. Die Preise für beide Arten von Nutzerinnen werden von einer zentralen Regulierungsinstanz kontrolliert. Dies wurde unter anderem eingeführt, um den immer wieder auftretenden Konflikten um die Wasserpreise vorzubeugen. SEMAPA gilt offiziell nicht als profitorientiertes Unternehmen, folglich müsse, wie der interviewte SEMAPA-Ingenieur betont, das Geld, das hereinkommt, auch wieder ausgegeben werden. Dies geschehe insbesondere in Form von (Infrastruktur-)Projekten. Nichtsdestotrotz hat das städtische Unternehmen schon sehr lange und bis heute mit einem zweifelhaften Ruf zu kämpfen. Aus der Zeit kurz nach der Gründung in den späten 1960er Jahren berichtet Shultz (2008: 10): »For years afterward, SEMAPA would be beset with charges of corruption and mismanagement, and used as a source of cash and favors for the politicians who helped run it.« Dieses Bild besteht in Cochabamba im Kern noch heute und führt zu einem tiefen Misstrauen gegenüber dem Wasserbetrieb.

Das größte Problem scheint jedoch die zu geringe Wassermenge zu sein, über die SEMAPA verfügen kann. So wurden Pläne entworfen, wie weitere Wasserquellen erschlossen werden können. »In the early 1990s, Cochabamba began debating two rival proposals for constructing huge new dams that would capture water from rivers far beyond the city, to be transported by pipe to parched neighborhoods of the city« (ebd.: 11). Die Debatte habe sowohl bauliche als auch politische Fragen berührt. Der einfachere und kostengünstigere Plan sei gewesen, Wasser aus dem im Osten der Stadt gelegenen See Corani nach Cochabamba zu befördern.

»The rival plan, one shrouded in rumors of behind-closed doors sweetheart deals, was a \$300 million proposal to build a huge dam at Masicuni, the convergent point of two rivers on a high plain far beyond the city, and to construct a 12-mile tunnel through a mountain to bring the water to Cochabamba« (ebd.).

Erste Ideen in diese Richtung waren bereits in den 1950er Jahren lanciert worden. Aus Sicht der nationalen Regierung war Masicuni die langwierigere und finanziell unsichere Variante, Corani werde das städtische Unternehmen attraktiver für potenzielle Investorinnen machen (Laurie/Marvin 1999: 1406). In den 1990er Jahren gingen die Finanzierungsmöglichkeiten für große Staudammprojekte zurück, was zum Teil mit den ökologischen Implikationen derartiger Bauwerke zu tun hat.

»In Bolivia, however, approaches which suggest that big-dam projects like Masicuni are too large, too expensive, environmentally damaging, and are derived from a different era coexist with powerful regional ideas about central government owing compensa-

tion to Cochabamba for the ways in which the region has been marginalised« (ebd.: 1411).

Diese empfundene Benachteiligung der Region sei Hand in Hand mit dem bereits lange andauernden Kampf für regionale Autonomie und für Unabhängigkeit vom Einfluss des in La Paz sitzenden Staates gegangen (ebd.: 1409). Daher sei Misisuni nicht nur ein Zeichen der Modernisierung und des Fortschritts (ebd.: 1406), sondern auch ein Symbol für die Identität und Zukunftshoffnungen der Region (ebd.: 1409). »Backed by a coalition of city leaders and wealthy developers with an economic stake, Cochabamba opted for Misisuni« (Shultz 2008: 11). Damit begannen im Jahre 1998 die damals auf gut zehn Jahre angesetzten Bauten am Misisuni-Damm (ebd.).

Die erste Bauphase des Misisuni-Damms wurde 2017 abgeschlossen, und damit floss auch erstmals Wasser in Richtung Stadt. Der Abschluss weiterer Bauphasen, die in Zukunft größere Mengen an Wasser garantieren sollen, ist auf die kommenden Jahre terminiert. Damit, so die Hoffnung, werde eines der größten Probleme der Stadt verschwinden. Die SEMAPA-Sozialbeauftragte formuliert dies aus Sicht ihres Unternehmens folgendermaßen: »Wir, die wir kein Wasser hatten, was hätten wir denn anbieten können? [...] Aber sobald Misisuni auf den Plan tritt und uns eine größere Wassermenge verschafft, haben wir die Möglichkeit, unsere Netzabdeckung auszuweiten.« Die zu geringe Wassermenge im Gesamtsystem wird regelmäßig als Begründung dafür angeführt, dass SEMAPA nicht die ganze Stadt mit Wasser versorgt. Dies soll sich nun ändern. SEMAPA hat bereits Pläne bei der Zentralregierung eingereicht, um 95 Prozent der Stadt zu versorgen (SEMAPA-Chefingenieur). Diese Pläne warten auf Genehmigung und Finanzierung (SEMAPA-Ingenieur).

8.4 Selbstorganisation im Wassersektor

8.4.1 Selbstorganisation als Notwendigkeit

Auch dort, wo die Netze von SEMAPA nicht hinreichen, sind die Menschen auf Trinkwasser angewiesen. Sie sind gezwungen, so formuliert es Linsalata (2013: 12), die Lösung dieses Problems selbst in die Hand zu nehmen, oder aber sie wenden sich an selbstständige Wasserhändlerinnen (*aguateros*), die ihnen hochpreisiges Wasser von zweifelhafter Qualität in Tanklastwagen liefern. In der Regel versorgen *aguateros* Privathaushalte. Sie holen das Wasser aus der Umgebung von Cochabamba und verkaufen es in alle Teile der Stadt. Wo dieses Wasser herkommt, wird nicht kontrolliert, und so verwundert es nicht, dass Torrico meint, dass ein großes Problem dieser Art von Wasserversorgung das häufige Auftreten von Darmkrankheiten sei. In der Südstadt müssen für dieses Wasser bis zu drei US-Dollar pro Kubikmeter bezahlt werden, die Nutzerinnen von SEMAPA im Norden bezahlen für die gleiche Menge lediglich ein Sechstel (Linsalata 2013: 12). Um bessere Preise zu erzielen, schließen sich Menschen in der Nachbarschaft zusammen. Sie bauen und unterhalten große Wassertanks, die von *aguateros* befüllt werden, und organisieren die Verteilung und Abrechnung (ebd.: 18).

Dies deutet schon in Richtung selbstorganisierten Wassermanagements. In der ganzen Stadt entstanden im Laufe der Jahre mehrere hundert Kleinstversorgerinnen, die sich unter anderem deswegen gründeten, weil nicht zu erwarten war, dass SEMAPA bald die Versorgung übernehmen würde (SEMAPA-Sozialbeauftragte). Laut Shultz (2008: 10) ist diese Entwicklung insbesondere seit den 1990er Jahren zu beobachten:

»Faced with the failure of the public water company to solve their growing water problems, the poor neighborhoods of the city's south began doing what Bolivians have done for centuries in indigenous communities and for decades in the mines – they organized to solve the problem themselves.«

In den meisten Fällen beziehen diese selbstorganisierten Vereinigungen das Wasser nicht von den *aguateros*, sondern sie bohren Brunnen und versorgen mit diesem Wasser die Nachbarschaft. Im Norden gebe es viel Wasser, dort sei es einfach, gut funktionierende Brunnen zu unterhalten, meint Cabrera. Im Süden hingegen gebe es weniger Möglichkeiten, Brunnen zu bohren. In einigen Stadtteilen, wo das Wasser aus den Brunnen nicht ausreicht oder für den menschlichen Konsum ungeeignet ist, wurden auch gemischte Versorgungssysteme eingeführt (Linsalata 2013: 18).¹¹ Dort werde sowohl Brunnenwasser als auch Wasser von *aguateros* verwendet. Es gibt sogar den Fall des Wasserkomitees *PDA Sebastián Pagador*, wo die Nachbarschaft gemeinsam einen eigenen Tankwagen kaufte, womit sie nicht nur die Preise für das Wasser reduzieren, sondern auch die Kontrolle über die Herkunft und Qualität des Wassers erlangen konnte (ebd.).

In der Regel werden beim selbstorganisierten Wassermanagement drei Organisationsformen unterschieden, die im weiteren Verlauf genauer in den Blick genommen werden sollen: Wasserkomitees, Kooperativen und die Versorgung durch sogenannte OTB (*organizaciones territoriales de base*; territoriale Basisorganisationen). Zwar ist folgende Aussage vermutlich richtig: »[I]n Bolivia, no two services operate the same way« (M. Olivera 2014: 65) – nichtsdestotrotz lassen sich Gemeinsamkeiten formulieren. Der besondere Fokus soll dabei auf den Wasserkomitees liegen, da diese am eindeutigsten als Commons-Vereinigungen zu identifizieren sind (Dwinell/M. Olivera 2014). Diese Vereinigungen, insbesondere im Süden von Cochabamba, stehen vielfach vor dem Problem, dass ihre eigenen Brunnen nicht ausreichen, versiegen oder Wasser unzureichender Qualität liefern. Die Umweltverschmutzung durch die immer größer werdende Stadt und die zunehmende Ausbeutung der unterirdischen Wasserreservoirs sind in besonderem Maße problematisch (Linsalata 2014: 100).

An diesem Punkt setzt auch die Kritik der SEMAPA-Sozialbeauftragten an; sie beklagt, dass Brunnen überall gebohrt werden könnten und dass es kein Gesetz für die Regelung der unterirdischen Gewässer gebe. Sie macht sich Sorgen, dass die anderen Versorgerinnen nicht adäquat mit dem Wasser umgingen und es daher zu starken Umweltschäden kommen könne. Diese Kritik passt augenscheinlich gut zu der generellen Interessenlage von SEMAPA, die zu den nachbarschaftlichen Organisationen

11 Laut Flores Castro verkauft auch SEMAPA illegalerweise unbehandeltes Wasser an Komitees im Süden, die keine eigenen Brunnen haben.

durchaus in Konkurrenz steht. Allerdings ist hier in der Tat ein wichtiger Punkt angesprochen. Die derzeitige Lage ist keinesfalls als langfristig nachhaltig anzusehen.¹² Wo allerdings angesetzt werden muss, um diesen Zustand zu ändern, daran scheiden sich die Geister: ob bei den selbstorganisierten Wasservereinigungen, wie es bei der SEMAPA-Sozialbeauftragten anklingt, oder etwa bei den Nutzungsgewohnheiten der Wohlhabenden. Linsalata (2013: 12) betont beispielsweise, dass die Menschen im Süden wesentlich weniger Wasser verbrauchen würden als diejenigen im Norden, die das Wasser auch zum Autowaschen und für ihre Schwimmbäder verwendeten.

8.4.2 Wasserkomitees

Die ärmere Bevölkerung versorgt sich in der Regel selbst mit Trinkwasser – entweder individuell über *aguateros* oder aber gemeinsam, in Wasserkomitees. Das bedeutet allerdings nicht, dass der ärmere Süden sich komplett selbst versorgen und der gesamte Norden von SEMAPA beliefert werden würde. Auch im Norden der Stadt gibt es Wasserkomitees. Diese verfügen in der Regel, weil sie im wasserreichen Norden sitzen, über mehr Geld und auch bessere Möglichkeiten der Versorgung und der Qualitätskontrolle. Hierdurch replizieren sich, so argumentiert Torrico, bereits bestehende gesellschaftliche Spaltungen.

»Membership to a water committee does not preclude access to, and use of, other water sources: many people in the north and city centre are very likely to have public water connections alongside their community water connections, and others might also supplement with water from private vendors who move around the city in tanker trucks (*aguateros*)« (Marston 2014: 76).

Mercado Guzmán (2013: 48) zeigt auf, dass die Wasserqualität in den Komitees häufig ein Problem darstellt. Allerdings sei diese nicht unbedingt schlechter als im Falle des Wassers von SEMAPA. Qualitativ schlechter sei vor allem das Wasser der *aguateros*.

Wasserkomitees sind, obwohl zum Teil sehr unterschiedlich groß, organisatorisch ähnlich aufgebaut. Diese Form ähnelt sehr der Organisationsstruktur von Vereinen. Es gibt eine Hauptversammlung (*asamblea*), die als das höchste Organ gilt. Auf dieser Versammlung werden Vertreterinnen gewählt. Dieser Vorstand (*directorio*) erhält das Vertretungsrecht für einen gewissen Zeitraum. In der Regel sind das ein oder zwei Jahre. Der Vorstand regelt und verantwortet das Alltagsgeschäft und die Außenvertretung. So gibt es in jedem Komitee eine Präsidentin und eine Schatzmeisterin, für Verwaltungs- und technische Aufgaben haben die Komitees in der Regel Sekretärinnen und Klempnerinnen, die einen geringen Lohn bekommen. Der Vorstand berichtet auf der Hauptversammlung von seinen Tätigkeiten und muss von dieser entlastet werden.

12 Dies zeigt sich auch deutlich beim Thema Abwasser. So berichtet Flores Castro, dass in großen Bereichen der Südstadt teilweise offene Klärgruben verwendet würden. »Weil es keine Kanalisation gibt, hängt es an jeder einzelnen Person und ihrem Bewusstsein, ob eine Klärgrube offen oder geschlossen betrieben wird. Viele machen es offen, da die Entleerung sonst viel teurer ist.« Obwohl die Klärgruben in der Regel von Zeit zu Zeit abgepumpt würden, trügen sie dazu bei, dass das Grundwasser kontaminiert werde. Kollektive Lösungen gebe es in diesem Fall nicht.

Derartige Versammlungen werden mehr oder weniger ernst genommen und finden unterschiedlich häufig statt.

Torrco: »Es gibt einige, die Versammlungen machen, und andere versammeln sich nie, und der Präsident des Komitees ist ein Tyrann, der alles entscheidet und entscheidet, wem er Wasser gibt und wem er kein Wasser gibt und wem das Wasser entzogen werden soll und ob er dich anschließen will und ob er dich nicht anschließen will.«

Euler: »Aber das wird auch Komitee genannt?«

Torrco: »Ja, natürlich. Ja, denn formal ist es eines.«

Hier wird deutlich, dass ein Wasserkomitee tatsächlich vor allem die Bezeichnung einer gewissen Organisationsstruktur ist. Tatsächlich sind einige Komitees sehr hierarchisch aufgebaut, wie im gerade zitierten Gespräch angeklungen, andere sind sehr demokratisch organisiert. Viele Komitees zerbrechen an diesen oder anderen Fragen, und so gibt es auch viele Komitees, die nicht oder nicht gut funktionieren. Da es in der Arbeit um Möglichkeiten des gelingenden Wassermanagements gehen soll, werden im weiteren Verlauf insbesondere die funktionierenden und aus Commons-Sicht positiven Beispiele betrachtet.

Die ersten Komitees waren eine Antwort auf die zunehmenden Bedürfnisse der neu entstehenden Peripherien und auf die fehlende öffentliche Wasserversorgung (Linsalata 2013: 14). Viele Komitees wurden mit finanzieller und organisatorischer Hilfe von Organisationen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, kirchlicher Gruppen oder der örtlichen Verwaltung gegründet (Marston 2014). Jedes Komitee, so Linsalata (2013: 14), sei auf einer Nachbarschaftsversammlung geboren worden, wo die Frage gestellt worden sei, wie das Wasserproblem vor Ort zu lösen sei. Auf diesen Versammlungen werde geregelt, was zu tun ist, welche Mittel dafür gewählt und welche Regeln und Mechanismen greifen sollen. Ein wichtiges Argument für die Gründung eines Komitees sind die relativ niedrigen Wasserpreise, die das selbstorganisierte Wassermanagement verspricht. Dies liegt Crespo zufolge an den geringen Betriebskosten und daran, dass nur am Anfang viel investiert werden müsse. Es gibt allerdings auch Wasserkomitees, bei denen das Wasser teurer ist als das von SEMAPA, was sich durch die (mangelnde) Grundwasserverfügbarkeit und Infrastrukturinvestitionen erklären lässt (Walnycki 2015: 12). Die Tarife werden letztlich von der Mitgliederversammlung bestimmt.

Nicht nur bei den Preisen variieren die Komitees. Insbesondere der bereits beschriebene Unterschied zwischen den zugewanderten Gruppen schlägt sich auch in den Wasserkomitees nieder. Marcela Olivera (2014: 66) beschreibt diese zwei sozialen Gruppen mit den folgenden Worten: »the immigrant campesinos who contributed the tradition of the ›ayni‹ – a mutual support system practiced throughout indigenous communities in the Andes – to their now-urban communities; and the relocated miners who contributed experiences gained in the mining unions«. Diese Unterschiede sieht man Archidiacono zufolge nicht so sehr an den formalen Organisationsstrukturen, die recht ähnlich sind. Jedoch seien die eher von der ländlichen Umgangsweise geprägten Gruppen gemeinschaftlicher und beruhten stärker auf Gegenseitigkeit, während es in den mehrheitlich in den Minengewerkschaften sozialisierten Gruppen tendenziell strikter, militanter, organisierter und machtpolitischer zugehe. Dort würden die Mitglieder eher zur Partizipation gezwungen, meint Archidiacono. Auf dem Land würden zudem eher

Formen genutzt, die weniger auf wirtschaftlichen Logiken aufbauen: Wer keinen Wasserzähler habe, zahle nicht die verbrauchte Wassermenge, sondern gemessen an der Anzahl der Kühe der Familie. Derartige Unterschiede bezüglich der grundlegenden Handlungslogiken zeigen sich laut Archidiacono noch in einigen Komitees.

Wasserkomitees gibt es nicht nur im urbanen Raum, sie sind im Gegenteil im ländlichen Raum sogar weiter verbreitet als in den Städten. Auch befassen sie sich nicht nur mit der Beschaffung und Verteilung von Trinkwasser. Insbesondere im ruralen Bolivien und in der stadtnahen Peripherie gibt es eine Vielzahl Komitees, die sich um Bewässerungswasser kümmern. Diese gibt es zum Teil schon sehr lange, was sich auch auf das soziale Gefüge auswirkt.

Euler: »Also in den Bewässerungskomitees herrscht stärker eine Beziehung der gegenseitigen Hilfe vor, oder so etwas Ähnliches? In der Vergangenheit und in den hiesigen Komitees [in Cochabamba] nicht so sehr?«

Crespo: »Nicht so sehr, da geht es mehr um Interessen.«

Euler: »Gemeinsame Interessen?«

Crespo: »Genau!«

Euler: »Und warum? Woher kommt dieser Unterschied?«

Crespo: »Weil es sich im Falle der Bewässerungskomitees um Familien handelt, die sich schon seit Jahren kennen [...]. Die Bewässerungsanlagen schaffen einen sozialen Zusammenhalt für die Gruppe. In den neueren Siedlungen gibt es viele Zugezogene aus verschiedenen Gegenden. Und der Zusammenhalt ist ein Prozess, den man erst einmal schaffen muss.«

Euler: »Also ist das soziale Gewebe nicht so stark?«

Crespo: »Nein, es ist nicht so stark.«

Crespo macht klar, dass auch die Geschichte der Komitees ein wichtiger Faktor ist, um die gegenwärtigen sozialen Gefüge zu verstehen. Haben sich über lange Zeiträume hinweg gewisse Praktiken eingeschlichen, so kann dies im positiven Fall zu einer hohen Stabilität führen. Im negativen Fall können sich natürlich auch wenig konstruktive Muster einschleifen oder eine gewisse Rigidität Veränderungen erschweren.

Zurück zu den städtischen Trinkwasserkomitees – um sie soll es hier schließlich vornehmlich gehen. Wie bereits gesagt gibt es Wasserkomitees, die eigene Brunnen unterhalten oder sich durch *aguateros* beliefern lassen. Eine dritte Wasserquelle, die den Komitees mitunter offensteht, ist – paradoxerweise – das Wasser von SEMAPA. Das städtische Unternehmen verkauft in einigen Fällen Wasser *en bloque* an Komitees, erzählt Grandidier. Diesen gehören dann im Normalfall die Wasserleitungen im betreffenden Stadtteil, und sie kümmern sich um die Instandhaltung. Gleichzeitig treiben sie das Geld von ihren Mitgliedern ein und begleichen die Rechnungen von SEMAPA. Dieses Modell erlaubt eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber SEMAPA auch in den Stadtteilen, die nicht über eigenes Wasser verfügen. Gleichzeitig ist die Frage zu stellen, wie sich die Verhältnisse zu SEMAPA in diesen Komitees tatsächlich darstellen.

8.4.3 Kooperativen und territoriale Basisorganisationen

Ebenso Erwähnung finden muss, auch wenn es nicht im Zentrum der vorliegenden Untersuchung steht, eine weitere Organisationsform, die Kooperative. Kooperativen sind den deutschen Genossenschaften recht ähnlich. Sie spielen in Cochabamba eine kleinere Rolle als die Komitees, aber keine unbedeutende. Die Hauptunterschiede zwischen diesen beiden Formen liegen laut dem ehemaligen Kooperativen-Direktor Orlando Luizaga darin, dass die Kooperativen staatlich anerkannt sind und zusätzlich über einen Aufsichtsrat verfügen, Steuern bezahlen und einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen müssen.¹³ Allerdings seien sie keine gewinn-, sondern serviceorientierte Unternehmen, und durch die gegenseitige Selbstkontrolle der Mitglieder sei sichergestellt, dass gute Arbeit gemacht werde. Oscar Olivera beklagt hingegen, dass die Kooperativen von staatlicher Seite und im öffentlichen Diskurs nicht mehr als Orte der sozialen, gemeinschaftlichen, autonomen Arbeit angesehen würden, sondern als private Einheiten, als ökonomische Orte und als Organisationen, von denen Steuern eingetrieben werden könnten. Kooperativen werden stärker an wirtschaftlichen Maßstäben gemessen, und es ist wenig verwunderlich, dass sich diese äußere Anforderung auch auf das Innenleben der Organisationen auswirkt.

Hinsichtlich des politischen Settings interessanter sind die OTB. Marston (2014: 79) bezeichnet sie als »state-sanctioned units of decentralised governance«. Sie sind zum weiteren Verständnis von Bedeutung, werden in der nachfolgenden Analyse allerdings lediglich eine randständige Rolle spielen. Da sie einer etwas ausführlicheren Erklärung bedürfen, soll ihnen an dieser Stelle etwas Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die OTB sind im Rahmen des Bürgerbeteiligungsgesetzes im Jahr 1994 entstanden.¹⁴ Dieses wurde »unter maßgeblicher Beteiligung internationaler Entwicklungsorganisationen« (Lessmann 2010: 103) erstellt und hatte insbesondere ein Ziel: »to make municipal government transparent and accountable« (Orta 2013: 111). Das Gesetz sieht vor, dass ein Fünftel des nationalen Budgets dezentral verwaltet wird. Zu diesem Zwecke wurden über dreihundert Gemeinden geschaffen, die fortan für eine Reihe öffentlicher Aufgaben verantwortlich waren; dies beinhaltet zum Beispiel den Unterhalt von Schulen und Krankenhäusern (Lessmann 2010: 103). Diese Gemeinden sind der nationalen Regierung gegenüber rechenschaftspflichtig (ebd.). Zugleich wurden 12000 ländliche und 8000 städtische OTB geschaffen oder wurden bereits bestehende Organisationen offiziell als entsprechende Rechtspersonen anerkannt. »Diese OTB haben weitreichende Kontrollfunktionen. Dazu entsenden sie jeweils einen Vertreter in ein *comité de vigilancia* (Überwachungskomitee), das die Arbeit der Gemeindeverwaltung kontrolliert. Eine Verwaltungsrevolution, wenn man so will« (ebd.: 103f.).¹⁵

13 Laut Luizaga sind knapp 30 der ungefähr 80 Kooperativen Cochabambas in einer Dachorganisation namens FECOAPAC (*Federación de Cooperativas de Agua Potable y Alcantarillado de Cochabamba*; Verband der Trink- und Abwasserkooperativen aus Cochabamba) zusammengeschlossen.

14 Parallel dazu gibt es die Nachbarschaftsräte (*junta vecinal*), die bereits aus den 1950er Jahren stammen, berichtet Cabrera.

15 »Während die Participación Popular (Bürgerbeteiligung) einerseits als Chance für eine erweiterte Demokratisierung und Partizipation von unten interpretiert wird, halten Kritiker das Gesetz für einen weiteren Versuch, überlieferte andine Kollektivstrukturen unter die Kontrolle des National-

Diese Verwaltungsreform hat also zu einer Institutionalisierung der Nachbarschaftsorganisationen und dadurch auch zu einer – juristischen und politischen – Anerkennung indigener, bäuerlicher und urbaner Organisationsstrukturen geführt (Linsalata 2014: 73). Diese Anerkennung geht einher mit einer gewissen Kontrolle vonseiten staatlicher Akteurinnen und der Pflicht, gewisse Regeln einzuhalten; zum Beispiel müssen in regelmäßigen Abständen Pläne eingereicht werden, wie die Nachbarschaft entwickelt werden soll. Linsalata spricht zusätzlich von neuen Kontroll- und Disziplinierungsmechanismen, welche die Bürokratisierung mit sich bringe (ebd.: 74). Zugleich bieten sich den OTB viele Möglichkeiten, speziell im finanziellen Bereich (Marston 2014: 79). Als OTB anerkannt zu sein – was letztlich ein juristischer Prozess ist –, macht es den Organisationen möglich, Zugriff auf gewisse staatliche Mittel zu erhalten (Cabrera). OTB, so schreibt Marston,

»adhere to their own governance norms but now have access to public funding for internally designed projects. As such, they could be interpreted as a redistribution of state resources that makes space for genuine participatory planning. But on the other hand, the OTBs have become the only sanctioned space for participatory and decentralised governance« (ebd.: 79).

Dadurch würden, so Marston weiter, die staatlichen Hierarchien fortgeschrieben. Organisationen, die nicht in das staatliche Raster passen, würden von den finanziellen Zuwendungen ausgeschlossen. Linsalata (2014: 74) geht in ihrer Kritik noch ein Stück weiter, wenn sie argumentiert, dass die OTB mehrheitlich zu passiven Rezipientinnen staatlicher Zuwendungen konvertiert worden seien. Diese Zuwendungen gingen, so argumentiert sie, letztlich von den politischen Parteien aus und seien neue Instrumente zum Kauf von Wählerinnenstimmen.

Wenn die OTB Geld bekommen, von der *alcaldía* (dem Bürgermeisterinnenamt) zum Beispiel, werde dieses Geld im Normalfall in Bildungs- oder Gesundheitseinrichtungen investiert, so der SEMAPA-Ingenieur. Auch in Infrastrukturen wie Wasser flösse das Geld. In diesem Fall werde in der Regel SEMAPA beauftragt. Für das städtische Unternehmen habe dies den Vorteil, dass über diesen Weg Geld und Projekte akquiriert werden könnten und eine größere Abdeckung ermöglicht werde. Dies habe den Nachteil, dass das Mehr an angeschlossenen Haushalten auch die Anforderungen an SEMAPA erhöhe, Wasser zu liefern und entsprechende Dienstleistungen bereitzustellen. Da das Netz oft in den Händen der OTB bleibt, unterstützt das Bürgermeisterinnenamt mithilfe von SEMAPA die OTB dabei, eine lokale Alternative zu den Wasserkomitees zu werden (SEMAPA-Ingenieur).

Einerseits kümmern sich manche OTB um die Wasserversorgung in ihren Stadtteilen, andererseits haben sich auch einige Wasserkomitees als OTB anerkennen lassen. In vielen Fällen existieren beide Formen – teils als Kooperationspartnerinnen, teils in Personalunion, teils als Widersacherinnen – nebeneinander (Marston 2014: 79). Mitunter

staats zu bringen und zu nivellieren; namentlich durch die noch bis zum Herbst 2004 vorgegebene Notwendigkeit, auf Parteilisten zu kandidieren, aber auch durch die Erfüllung der zentral gesetzten Normen bei der Entwicklungsplanung, Budgetabrechnung, Verwaltungsorganisation« (Lessmann 2010: 130).

werden die Kompetenzen funktional aufgeteilt – Wasserkomitees kümmern sich um Wasser, die OTB um den Rest –, in anderen Fällen gibt es genau darum Streitigkeiten, insbesondere wenn die OTB sich anschicken, Entscheidungen über die Trinkwasserversorgung zu fällen und diesen Bereich zu übernehmen. Dabei decken sich die geographischen Dimensionen von OTB und Wasserkomitees nicht immer (Linsalata 2014: 116), was zu weiteren Komplikationen führen kann. Das Verhältnis zwischen OTB und Wasserkomitees ist also nicht immer einfach. OTB sind eine Rechtsform, die es ermöglicht, an bestimmte Geldtöpfe zu gelangen, und verfügen dadurch über eine gewisse Attraktivität. Gleichzeitig sind sie mit einer Integration in den Staatsapparat und damit mit der Übernahme entsprechender institutioneller Logiken konfrontiert.

8.4.4 Die Metaorganisation ASICASUDD-EPSAS

Zusätzlich zu all diesen verschiedenen Formen lokal organisierter Wasserorganisationen gibt es eine weitere Assoziation, die bei der Darstellung der Wasserbewirtschaftung in Cochabamba nicht fehlen darf: ASICASUDD-EPSAS, (*Asociación de Sistemas Comunitarios del Agua del Sud Departamental y Entidades Prestadoras de Servicio de Agua y Saneamiento*; Assoziation der gemeinschaftlichen Wassersysteme des Südepartements und Wasser- und Abwasserdienstleisterinnen; kurz: ASICA). Dies ist ein Kooperationsnetzwerk oder ein Dachverband, also eine Metaorganisation von Wasserkomitees aus dem Südteil Cochabambas. Die Mitgliederzahlen von ASICA schwanken seit der Gründung im Jahr 2004 beträchtlich. Die von Walnycki (2015: 20) genannten 50 Komitees dürften ein Bild von der Größenordnung vermitteln. Laut Flores Castro waren bis ungefähr 2010 sogar zwischen 80 und 90 Prozent der periurbanen Komitees Teil von ASICA.

Walnycki (2015: 20) schreibt, dass ASICA aus einem bestimmten Grund gegründet worden sei: »to share learning, attract funding and to create a coherent network of organisations that can engage with more powerful actors such as the state«. Ebenfalls auf die politische Macht zielt Marston (2014: 78) ab, wenn sie schreibt, dass die Gründung von ASICA den Wasserkomitees ermöglichte, den großen Akteurinnen wie SEMAPA und den unterschiedlichen Regierungsstellen eher auf Augenhöhe zu begegnen. So ist es für Wasserkomitees einfacher, so berichtet Crespo, an staatliche Projektgelder zu kommen, wenn sie in einem größeren Verbund auftreten. Auch für politische Auseinandersetzungen um Einfluss, bestimmte Entscheidungen und Gesetze spielt natürlich eine gesteigerte Verhandlungsmacht eine Rolle.

ASICA ist ähnlich strukturiert wie Komitees, mit den gleichen Ämtern und der formalen Hauptentscheidungsinstanz der Mitgliederversammlung. Vor einer Sitzung werde im Vorstand kontrovers debattiert, so der Präsident von ASICA, Abraham Grandier, in der Sitzung selbst werde alles erneut debattiert und eine Entscheidung getroffen. Er bezeichnet folgende vier Punkte als die Hauptziele der Assoziation:

- Die Wasserversorgung der Südstadt sicherstellen;
- ein Managementmodell für die Wasserversorgung Cochabambas vorschlagen;
- finanzielle Mittel für die Komitees akquirieren;
- die Komitees institutionell stärken, zum Beispiel durch Fortbildungen.

In der Tat hat ASICA vom Staat beträchtliche Gelder erhalten und damit Projekte für Komitees koordiniert.¹⁶ Diese Gelder kamen direkt vom Wasserministerium, das unter Evo Morales eingeführt worden war (siehe 8.5.3), und so mussten sie nicht den Umweg durch die Niederungen der untergeordneten staatlichen Instanzen nehmen, so Flores Castro.

Torrico berichtet, dass ASICA durch dieses Geld auch entsprechenden Einfluss und Entscheidungsmöglichkeiten bekam, weshalb es für viele Komitees attraktiv gewesen sei, sich ASICA anzuschließen. Es habe allerdings auch Komitees gegeben, die nicht Teil von ASICA sein wollten, zum Beispiel weil sie Probleme mit Grandidier gehabt hätten. So gab es auch Gespräche darüber, einen zweiten Dachverband zu gründen. ASICA wurde vorgeworfen, intransparent und hierarchisch zu agieren, der Gegenseite wurde vorgeworfen, die Komitees spalten zu wollen und somit dem gemeinsamen politischen Anliegen zu schaden. Entsprechend habe es immer wieder Spannungen und Streit gegeben, und in diesem Konflikt habe ASICA versucht, die eigene Position durch die ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zu stärken, erzählt Torrico. So habe Grandidier gesagt, dass nur Geld von ASICA bekomme, wer sich an ihn wende und sich mit ihm einige.

Auch Flores Castro berichtet, dass die Komitees im Prinzip gezwungen waren, sich ASICA anzuschließen, um an die finanziellen Mittel zu kommen. Somit ist ASICA – und mit ihr insbesondere Grandidier – eine umstrittene Akteurin, die eine wichtige Rolle in der Wasserversorgung der Stadt spielt. Um die Rolle von ASICA zu verstehen, muss ein kleiner Ausflug in die Geschichte der Stadt unternommen werden. Denn nur die Betrachtung des um die Jahrtausendwende ausgetragenen Wasserkriegs (*guerra del agua*) ermöglicht es, die Gemengelage in ausreichendem Maße zu überblicken.¹⁷

16 Torrico berichtet davon, dass der Jesuitenpater Luis Sánchez, der im Wasserkrieg Unterstützer der Komitees und ihrer Forderungen war, Vizewasserminister unter Morales wurde. In diesem Amt habe er finanzielle Mittel der Europäischen Union in Höhe von sieben Millionen US-Dollar für die Entwicklung der Wasserinfrastruktur ausgeben können. Sánchez habe SEMAPA nicht über den Weg getraut und auch nicht gewollt, dass staatliche Stellen diese Mittel verwalten. Da er sehr gute Beziehungen zu ASICA gehabt habe, habe er ihr die Verwaltung der Gelder mit dem Auftrag, die Wasserkomitees mit Projektgeldern zu unterstützen, übertragen.

17 Noch vor dem Wasserkrieg gab es in Cochabamba den sogenannten *guerra de los pozos*, den Krieg der Brunnen. Shultz (2008: 11) beschreibt diesen Konflikt, der für den Wasserkrieg zwar nur von begrenzter Bedeutung war, für die Einordnung in den Gesamtkontext allerdings hilfreich sein könnte, mit folgenden Worten: »From 1967 to 1999, with financial support from foreign lenders such as the IDB, the water company dug more than 60 large-scale wells, enough to provide more than half of the water it was distributing to Cochabamba water users. Many of these wells were dug not in the city itself, but in the rural areas that ring the far edges of the Cochabamba valley, and with each new deep hole dug under their land, farmers were getting more and more angry. The families of the countryside knew that draining the water underneath them would eventually take its toll on their land and their livelihoods. Valley farmers first tried to stop the well digging by persuasion. When that failed they shifted to resistance, triggering a series of confrontations that frequently became violent. Ultimately the War of the Wells was resolved through a combination of payments to the farmers and water sharing arrangements with the city. The truce between the city and the countryside, however, was fragile at best. Real solidarity between the two would come only later, catalyzed by an unexpected source: a corporation headquartered a hemisphere away.«

8.5 Der Wasserkrieg und die neuere Geschichte

8.5.1 Privatisierung der Wasserversorgung

SEMAPA wurde als städtisches Unternehmen gegründet und war im 20. Jahrhundert vornehmlich im Norden und im Zentrum von Cochabamba präsent. Die geringe Wasserverfügbarkeit, mangelhaftes Management und ein geringes Interesse an den wenig zahlungskräftigen Stadtteilen der Peripherie führten dazu, dass diese schnell wachsenden Gebiete allenfalls unzulänglich mit Trinkwasser versorgt wurden. Dem damaligen Zeitgeist entsprechend wurde daraufhin der Ruf nach einer Privatisierung des Unternehmens laut. Kurz vor der Jahrtausendwende beschrieben Laurie und Marvin (1999: 1406f.) den Zustand folgendermaßen:

»Both SEMAPA and the government publicly accept that it has not been possible to increase the ratio of connections per household in the city over the past ten years. Although they link this failure, in part, to population increase, they also justify the need for privatisation by blaming the overall inefficiency on managerial rather than technical failure. In the view of central government it is assumed that privatisation will avoid problems of managerial corruption and the failure to use foreign aid and investment efficiently.«

Die Hoffnungen, die an die Privatisierung geknüpft waren, gründeten insbesondere auf der Depolitisierung des Unternehmens, in dem viele wichtige Posten von lokalen Politikerinnen besetzt waren (ebd.: 1407). SEMAPA war also ein Spielball der lokalen Politik, wo Pfründe verteilt und Entscheidungen nach parteipolitischen Gesichtspunkten getroffen wurden. Die entsprechenden Machtkämpfe trugen zum ineffizienten Management bei, ebenso wie die bereits angesprochene Korruption.

Die Weltbank befürwortete laut De la Fuente (2003) schon 1994 die Privatisierung. »It maintained that the new rates were justifiable to cover the costs of expanded service, particularly the Masicuni Project, which was designed to bring water to the Cochabamba Valley by constructing a dam and tunneling through a hill« (ebd.: 98).¹⁸ So wurde die Privatisierung des städtischen Wasserunternehmens auf Drängen der Weltbank tatsächlich umgesetzt.

»In February 1996, Cochabamba's Mayor announced to the press that the World Bank was making privatization of SEMAPA a condition of an urgent \$14 million loan to expand water service. In June 1997, Bolivia's President returned from a meeting with Bank officials in Washington and declared that \$600 million in foreign dept relief, much of it

18 Linsalata (2014: 121) zufolge war die Weltbank zur fraglichen Zeit davon überzeugt, dass die unsichtbare Hand des Marktes die Probleme der Wasserknappheit auf der Erde lösen werde, und sie spielte eine entscheidende Rolle bei der weltweit stattfindenden Wasserprivatisierung. Damit habe sie auch einen großen Beitrag dazu geleistet, Wasser zu einer Ware zu machen und somit in eine neue Profitmöglichkeit für große Unternehmen umzuwandeln. Die Privatisierung »was the corollary to a series of reforms beginning in the mid-1980s, following the ›structural adjustment‹ programs sponsored by the World Bank (WB) and International Monetary Fund (IMF), that toppled a decades-long era of local resource control« (M. Olivera 2014: 64).

from the Bank, was also dependent on privatizing Cochabamba's water« (Shultz 2008: 12).

Da Bolivien von den Geldern der Weltbank abhängig war, hatte die Regierung kaum eine andere Wahl, als die Privatisierung zu vollziehen.

»Local elites fully approved the contract. Cochabamba's mayor and the local elites welcomed the contract, believing that it would finally resolve the city's water problems, including the fact that one third of the population was not connected to the system« (De la Fuente 2003: 98f.).

Den Zuschlag bekam das Konsortium *Aguas del Tunari* unter Leitung des US-amerikanischen Unternehmens Bechtel. Auch aus der Region Cochabamba floss Kapital – laut Linsalata (2014: 122) mit »obskurer Herkunft« – in die Unternehmung. Der Vertrag wurde am 3. September 1999 unterzeichnet. Die Verhandlungen geschahen unter Ausschluss der Öffentlichkeit, und auch der Inhalt des Vertrages wurde unter Verschluss gehalten (ebd.). »The contract gave Bechtel and its co-investors control of the city's water company for 40 years and guaranteed them an average profit of 16 percent for each one of those years, to be financed by the families of Cochabamba« (Shultz 2008: 13). Das Konsortium erhielt die Monopolrechte für die Wasserversorgung eines über die Stadtgrenzen hinausgehenden Gebietes. Dies hatte, so Linsalata, nicht nur die Privatisierung von SEMAPA zur Folge, sondern zielte letztlich auch auf das Verschwinden des selbstorganisierten Wassermanagements in der Gegend (Linsalata 2014: 123). Diese Organisationen hätten gemäß dem erlassenen Privatisierungsgesetzes keine andere Wahl gehabt, als die eigenen Brunnen und die Wasserversorgung dem Konsortium ohne Aussicht auf Entschädigung zu überlassen (ebd.). Die Monopolrechte gingen sogar so weit, dass theoretisch auch Privathaushalte, die das Regenwasser auf ihrem Grundstück sammelten, dafür Abgaben an *Aguas del Tunari* hätten zahlen müssen. »Everyone, including cooperatives and peasant irrigation systems, was required to be connected to the concessionary's network. People with no access to water were also billed, on the assumption that they should pay for a service that would be available in the near future« (De la Fuente 2003: 99).

8.5.2 Antiprivatisierungskämpfe

Die Monopolrechte wurden selbstredend nicht unmittelbar und gänzlich umgesetzt. Trotzdem führten die mit der Zeit ans Licht kommenden Details dazu, dass dieses Thema mehr und mehr diskutiert wurde: in den Nachbarschaftsversammlungen, auf den Märkten und ebenso bei Familientreffen (Linsalata 2014: 132). Diese zunehmende Zirkulation habe zu einem intensiven Politisierungsprozess geführt, insbesondere in Cochabambas Peripherien. Daraus habe sich sehr bald ein geteiltes Gefühl der Empörung entwickelt. Auch die gemeinsame Bereitschaft sei entstanden, das zu verteidigen, was als Commons angesehen wurde, nämlich die Brunnen, die selbstorganisierten Strukturen und die lokalen Gebräuche (ebd.). Luizaga beklagt: »Alle, die wir Wasserstellen hatten oder Brunnen oder sonst etwas, mussten gleichermaßen bezahlen.« Eskaliert ist der Konflikt allerdings erst, als das Konsortium kurz nach der Übernahme von SE-

MAPA die Preispolitik des Unternehmens neu regelte. Dies hatte zur Folge, dass die Wasserpreise durchschnittlich um 51 Prozent anstiegen (Shultz 2008: 14). Die ärmsten Nutzerinnen mussten durchschnittlich 43 Prozent mehr zahlen (ebd.), in Einzelfällen wurden deutlich höhere Preissteigerungen angekündigt, Linsalata (2014: 137) spricht von bis zu 300 Prozent.

Die ersten, die politisch mobilisierten, waren die in der FEDECOR (*Federación Departamental Cochabambina de Regantes*; Verband der Bewässererinne(n) des Departements Cochabamba) organisierten Bewässerungssysteme, also die indigenen Bäuerinnen aus den Tälern um Cochabamba, die schon seit Jahren für den Erhalt ihres brauchtümlichen Wassermanagements kämpften (Linsalata 2014: 124).¹⁹ Im weiteren Verlauf schlossen sich Umweltgruppen, Fabrikarbeiterinnen, Nachbarschaftsorganisationen und viele andere zusammen (ebd.: 130), demonstrierten in der Innenstadt und blockierten die Zufahrtswege zur Stadt. Cochabamba wurde immer wieder lahmgelegt, und die Bevölkerung übernahm durch ihre Nachbarschaftsorganisationen und die Blockadekomitees die Kontrolle über die Straße (ebd.: 138). Die Forderungen waren: das Einstellen der Tarifierhöhungen, das Respektieren des traditionellen Wassermanagements und die Nichtenteignung der selbstorganisierten Wasserorganisationen (ebd.).

Während der Auseinandersetzungen fand sich die *Coordinadora por el Agua y la Vida* (Koordinierungsgruppe für das Wasser und das Leben; kurz: *Coordinadora*) zusammen. Laut Oscar Olivera, einem der Sprecher und Gesichter der *Coordinadora*, war dieses Gremium unabhängig von den etablierten Institutionen und aus vielen zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Akteurinnen »von unten« zusammengesetzt. »The *Coordinadora*, with its roots in labor unions, farming communities, and neighborhoods, would represent the people in a different way« (Shultz 2008: 15; Hervorh. i. O.).²⁰ Die *Coordinadora* rief die Bevölkerung auf, ihre Wasserrechnungen nicht mehr zu bezahlen (Linsalata 2014: 137), und war auch in den Auseinandersetzungen auf der Straße Bezugspunkt der Protestierenden. So wurde die *Coordinadora* zum strategischen Zentrum und Sprachrohr der Proteste. Zwischenzeitlich wurden die Mitglieder der Kerngruppe verhaftet oder sahen sich gezwungen, sich zu verstecken, so berichtet es Orlando Luizaga, der wie Oscar Olivera Teil der *Coordinadora* war.

Als die Proteste schon einige Zeit anhielten und zu einer sich durch alle Bevölkerungsschichten der Stadt ziehenden Bewegung geworden waren, trat eine neue Alliierte an ihre Seite: die Cocabäuerinnen unter der Leitung von Evo Morales. »The cocaleros

19 »The Cochabamba Water Revolt began in the countryside. It began over the rock and cement irrigation canals that snake across the rural areas outside the city, built by hand by farmers to bring water to their crops from nearby rivers. As part of its water privatization plans, the Bolivian government had approved a new water law to put those small trenches under its control, so that it could turn that control over to Bechtel. People in the countryside began mobilizing to stop the plan« (Shultz 2008: 15).

20 »FEDECOR's ability to mobilize its dense organizational network of campesino communities made it a vital element of the *Coordinadora*, and complemented the urban unions responsive to [Oscar] Olivera's leadership. In this way, the *Coordinadora* brought together well-organized and militant urban and rural social movements concerned with the threat of water service privatization represented by the presence of Aguas del Tunari« (Perreault 2008: 843).

brought with them years of experience in resistance tactics against troops sent in to destroy their crops« (Shultz 2008: 18). Seitdem begannen die Protestierenden sich besser gegen die allgegenwärtige gewaltsame Repression zu schützen und erhöhten ihrerseits das Level der Militanz, das in Bolivien historisch bedingt bereits bei kleineren Auseinandersetzungen vergleichsweise hoch ist. Der Tod eines 17-Jährigen, der bei den Protesten von einer Kugel des inzwischen eingesetzten Militärs tödlich getroffen worden war, bedeutete das Ende des Wasserkrieges (ebd.). »On April 10, 2000, Bechtel officials finally fled the city, the water system was returned to public control, and the water law was repealed. The global legend of the great Cochabamba Water Revolt was born – a powerful modern day tale of a corporate Goliath slain by a humble David of the Andes« (ebd.: 7). Dieser Sieg der Wasserbewegung bedeutete den Beginn einer neuen Ära in Cochabamba.

8.5.3 Periode der Veränderungen im neuen Jahrtausend

Zum ersten Mal in der Geschichte war ein von der Weltbank initiiertes Privatisierungsprojekt aufgrund des Widerstands in der Bevölkerung zurückgenommen worden, ein Umstand, der weltweit Aufsehen erregte. SEMAPA wurde wieder zu einem städtischen Unternehmen und einem zivilgesellschaftlichen Aufsichtsrat unter Einbezug der *Coordinadora* unterstellt. »The *Coordinadora* leaders who had organized on the streets tried to dive into the company's practical challenges – management issues, rate structures, expansion projects, and dealings with foreign lenders« (Shultz 2008: 30; Hervorh. i. O.). Nach einiger Zeit gaben sie, so berichtet Shultz, die Detailarbeit an eine Gruppe von Expertinnen ihres Vertrauens ab. Ihr grundsätzliches Ziel sei es gewesen, die Beteiligungsmöglichkeiten in SEMAPA radikal zu erhöhen, so dass dieses ein korruptionsfreies Unternehmen der Bevölkerung werden könne. Daher suchten sie auch den Kontakt zu den ländlichen und städtischen selbstorganisierten Wasserorganisationen. Allerdings sei SEMAPA nicht wirklich übernommen worden, intern gab es zu dieser Zeit immer wieder Konflikte um die weitere Ausrichtung des Unternehmens.²¹ Auch stießen die Pläne auf eine breite Beteiligung auf wenig Widerhall in der Bevölkerung.²²

»Soon afterwards, the *Coordinadora* technical team disbanded, and *Coordinadora* leaders shifted their sight beyond SEMAPA. Some focused on working directly with neighborhoods on water development projects. Some ran and won election to Congress. Others

21 »Behind the scenes in Cochabamba, however, the management put in place after Bechtel left town suffered problems from the start. *Coordinadora* leaders were deeply suspicious of the role of Cochabamba's mayor in the company, given his part in approving the privatization. Leaders of the union representing SEMAPA workers, while mouthing the rhetoric of public service, seemed most interested in protecting their ability to add friends and relatives to the company's payrolls« (Shultz 2008: 29; Hervorh. i. O.).

22 »The one major reform that the *Coordinadora* did take up and did win, partially at least, was having a portion of the company's board of directors elected directly from the community. But when the first elections were held in April 2002 to select those community members, less than 4 % of eligible voters went to the polls. In a city where, just two years earlier, people had taken to the streets by the thousands and risked their lives to take back their water, there was virtually no public interest in the nuts and bolts of running the water company« (Shultz 2008: 30; Hervorh. i. O.).

took up new national battles such as the demand for taking back control of the nation's oil and gas« (ebd.; Hervorh. i. O.).

Letztlich schaffte SEMAPA es nicht, die neben der Frage der Versorgungsabdeckung – Leitungsnetze und Wasserversorgung – wichtigsten Probleme zu lösen: die vergleichsweise hohe Verlustrate von 55 Prozent des Leitungssystems der Stadt und die trotz des stetigen Geldflusses internationaler Geldgeberinnen fehlende finanzielle Stabilität (ebd.: 31f.). Auch Marston (2014: 72) schreibt: »In material terms, urban water supply has not improved much since then. The restored public utility, SEMAPA, still fails to supply water to the peri-urban south of Cochabamba.«

Weit positiver sind die Einschätzungen bezüglich der kulturellen Auswirkungen des Wasserkriegs. Patzi spricht beispielsweise davon, dass die gänzlich modernisierte städtische Bevölkerung indigene Themen und Forderungen für sich zu entdecken begann (Salmón 2016a: 13f.). Linsalata (2014) diagnostiziert sogar einen tiefgehenden Bewusstseinswandel in der bolivianischen Bevölkerung. An die Stelle der bereitwilligen Unterordnung unter die »Macht des transnationalen Kapitals« (ebd.: 142) sei nun die Idee getreten, dass ein »soziales Management der Allmenderessourcen und des Öffentlichen im Allgemeinen« (ebd.: 149) möglich sei. Bezogen auf die Machtverhältnisse schreibt Marston (2014: 72): »[T]here has been a significant shift in the relative influence of actors in the urban waterscape.« Marcela Olivera (2014: 65) zufolge war das Auffälligste, dass die Wasserkomitees anfangen, eine sichtbarer Rolle in der Wasserpolitik der Stadt zu spielen: »One of the results of the water war mobilization was the increase in visibility of the network of committees in Cochabamba, which has deepened its level of organization across the city since its victory in 2000«. Zwar haben viele Wasserkomitees nicht an dem Wasserkrieg teilgenommen (Walnycki 2015: 17), aber die Unverbundenheit zwischen den Wasserkomitees, die vorher vorgeherrscht hat, ist nun einer stärkeren Verbundenheit gewichen (Marston 2014: 78). In diesem Kontext ist es Torrico zufolge zu einem regelrechten Boom gekommen, in dem eine Vielzahl neuer selbstorganisierte Wasserorganisationen entstanden sind.²³

Es folgten weitere Jahre, in denen soziale Bewegungen erfolgreich zu unterschiedlichen Themen mobilisierten. Linsalata (2014: 25) spricht deshalb davon, dass das »gemeine Volk« zu dieser Zeit Bolivien neu erschaffen wollte, es sollte neu gegründet werden, um es gerechter und inklusiver zu gestalten. Und in gewisser Weise habe es das auch geschafft.

»Denn einer der bemerkenswertesten Aspekte in der Reihe an Rebellionen, die Bolivien zwischen 2000 und 2005 durchlebte, war der Umstand, dass sich ein großer Teil der aufrührerischen Bevölkerung sowohl auf dem Land als auch in der Stadt organisierte, ausgehend von ihren gemeinschaftlichen Praktiken und lokalen Organisationsformen des sozialen Lebens; und zwar anhand dessen, was – für die Leute von unten – das unmittelbare Gewebe der Reproduktion des kollektiven Lebens war und noch immer ist, die gemeinschaftlichen Versammlungen, die Formen der Deliberation und die Logiken

23 In dieser Zeit sei Torrico zufolge auch der politische, bisweilen romantisierende, staatskritische Diskurs aufgekommen, in dem die Wasserkomitees als Commons-basierte Organisationen bezeichnet wurden.

der gegenseitigen Verpflichtungen, die das gemeinschaftliche Leben auf der lokalen Ebene regeln, die Beziehungen im Stadtteil, die Nachbarschaftsräte, die Wasserkomitees, die Berufsverbände usw.« (ebd.: 26).

In diesem Kontext wurde nach dem Vorbild Cochabambas eine Koordinierungsgruppe auf nationaler Ebene gegründet: die *Coordinadora Nacional del Agua* (nationale Koordinierungsgruppe für das Wasser; kurz: *Coordinadora Nacional*). Flores Castro, die wie auch Oscar Olivera Teil des nationalen Gremiums war, erzählt, dass diese seit ihrer Gründung im Jahre 2005 Wasserkomitees und Bewässerungsorganisationen miteinander verband und als Ansprechpartnerin gegenüber dem Nationalstaat fungierte. Oscar Olivera berichtet, dass die *Coordinadora Nacional* ein Sprachrohr auf nationaler Ebene gewesen sei, das sich nicht nur um Wasserthemen gekümmert habe – auch Löhne, Gas, sozialer Wohnungsbau, Coca und anderes mehr hätten eine Rolle gespielt. Die wichtigsten Ziele der *Coordinadora Nacional* waren laut Oscar Olivera:

- die Schaffung eines Wasserministeriums in der nächsten Regierung Boliviens,
- die Unabhängigkeit und institutionelle Stärkung der selbstorganisierten Wasserorganisationen,
- die Überführung der staatlichen Unternehmen in öffentlich-soziale Unternehmen,
- die Eröffnung einer Perspektive für mehr Volksmacht.

Zeitweise habe sie über ein so hohes Maß an politischer Macht und institutionellem Gewicht verfügt, führt Oscar Olivera stolz aus, dass niemand mit ihr in Konflikt gehen wollte. Daher sei die *Coordinadora Nacional* in der Lage gewesen, ihre Forderungen unabhängig von parteipolitischen Erwägungen zu stellen. Aus dieser Haltung heraus sei die Vereinbarung innerhalb der Führungsriege entstanden, dass keine der Sprecherinnen einen öffentlichen Posten annehmen dürfe. Das Gremium sollte vor den Versuchungen seitens des Staates und großer Unternehmen geschützt werden. Die Forderungen und Positionen der *Coordinadora Nacional*, so betont Oscar Olivera, seien auf der Grundlage der Arbeit vieler kleinerer und größerer Versammlungen auf lokaler wie nationaler Ebene entstanden. Diese Forderungen und Positionen waren, in Oscar Oliveras Worten, »Inhalt der alltäglichen Diskussionen der Bevölkerung«. Der Anspruch sei also klar basisdemokratisch und volksnah. An der Basis sei ein aus heutiger Sicht kaum vorstellbar starkes soziales Gefüge geschaffen worden.

Im ganzen Land gewannen soziale Bewegungen an Momentum. »The water war ignited popular social movements that put forward the demand to transform the Bolivian economy, as well as to reform state-society relations more in line with the interests of minority and indigenous populations« (Harris/Roa-García 2013: 26). Die Hoffnungen und das neu gewonnene Selbstbewusstsein führten dazu, dass die sozialen Bewegungen sich in den folgenden fünf Jahre immer mehr organisierten (Linsalata 2014: 120), bis sich schließlich auch in der Arena der institutionalisierten Politik der Lauf der Dinge änderte. »After gaining visibility through his participation in the water war, Evo Morales took office in 2006« (M. Olivera 2014: 68). Kurz nachdem er zum Präsidenten ernannt worden war, erfüllte Morales eine der Kernforderungen der Wasserbewegung: Er rief

ein Wasserministerium ins Leben und ernannte Abel Mamani, einen der führenden Köpfe der *Coordinadora Nacional*, zum Minister (Perreault 2008: 846).

»It should be noted that, since its establishment, the Ministry of Water has experienced its share of divisions and controversy, common throughout contemporary Bolivia. The original vice-ministers of irrigation and drinking water systems both resigned, and both the irrigators' movement and the neighborhood organization in El Alto that Mamani once led have since withdrawn support for him and have called for his resignation. Nevertheless, water activists and other allies of the irrigators' movement gained, and continue to hold, positions of influence in the Bolivian government« (ebd.).

Dies ist auch einer der zentralen Kritikpunkte, die im Nachhinein geäußert wurden. So wird Morales vorgeworfen, dass er die inzwischen mächtigen sozialen Bewegungen durch die Einbindung zentraler Akteurinnen in den Staatsapparat »enthauptet« (Flores Castro) und somit zu deren Machtverfall entscheidend beigetragen habe. Flores Castro berichtet im Interview, dass die Repräsentantinnen der *Coordinadora Nacional* allesamt in Amt und Würden des neuen Wasserministeriums erhoben worden seien. Dies sei unter anderem deshalb geschehen, weil die *Coordinadora Nacional* sehr kritisch gewesen sei – ihre Integration in das staatliche System habe letztlich dazu geführt, dass sie kooptiert wurde.

8.6 Commoning in Wasserkomitees

8.6.1 Gemeinsame Wasserversorgung

Vor dem Hintergrund des bisher beschriebenen Kontextes sollen nun die Forschungsfragen in den Mittelpunkt gerückt werden. Dazu werden eigene Beobachtungen, aber insbesondere auch Ausschnitte aus den Interviews sowie wissenschaftliche Literatur herangezogen. Zunächst geht es um die Frage, inwieweit Commoning Bestandteil der Wasserkomitees ist und wie sich die vorfindlichen sozialen Praktiken im Lichte der unter 2.6 entwickelten Dimensionen darstellen. Im Anschluss werden die Eingebettetheit diese Praktiken sowie das Konfliktmanagement einer Analyse unterzogen.

Das gemeinsame Management von Ressourcen hat in Bolivien eine lange Tradition. Es ist, so meint der Sozialwissenschaftler Carlos Crespo, eine generalisierte, weit verbreitete Praktik – insbesondere als Antwort auf vorherrschende Knappheit. Es gelte das Credo: Wenn etwas fehlt und weder der Staat noch wer anders die Versorgung übernimmt, organisieren sich die Menschen gemeinschaftlich. Allgemein lassen sich Wasserkomitees als nichtkommerzielle Organisationen ansehen, sagt Crespo. In ihnen wird gemeinsam nach dem Gemeinwohl gestrebt, nicht bloß nach dem Wohle einzelner, so meint zumindest der ehemalige Präsident eines Wasserkomitees und Wasseraktivist Gastón Zeballos. Das Wasser, schreibt Linsalata (2013: 19), wird hier nicht als Ware angesehen und es wirft auch keinen Profit ab. Im Gegensatz zu Linsalata, die sich sehr überzeugt von den Vorzügen gemeinsamen Handelns gibt, warnen andere, wie zum Beispiel Torrico, vor einer Romantisierung der Wasserkomitees. Archidiacono drückt es folgendermaßen aus:

»Es gibt auch eine sehr romantische Sicht auf die Dinge, auf die Selbstorganisation von Wasser. Manchmal wollen wir diese als einen Raum, sagen wir, der reinen Demokratie und der puren Partizipation sehen, wo alles Schlechte der Welt verschwindet aufgrund dieser Organisationsform. Offensichtlich ist es nicht so.«

Es gebe Vorbilder der Transparenz, der Partizipation und der Verantwortlichkeit, aber eben auch jene Fälle, in denen jemand mit dem ganzen Geld eines Komitees verschwindet. Wie bereits angekündigt, soll es an dieser Stelle hauptsächlich um die erfolgreichen Beispiele gehen – ohne jedoch den Blick für die Widrigkeiten zu verlieren. Die konkreten sozialen Praktiken unterscheiden sich im Einzelnen je nach Kontext und Beteiligten, allerdings gibt es auch Gemeinsamkeiten, die auf einer eher abstrakten Ebene herausgefiltert werden können.

8.6.2 Die traditionellen andin-indigenen Praktiken

In Bolivien haben die Menschen die Möglichkeit, bei den sozialen Praktiken auf ein »organisationales Gedächtnis« (Crespo) zurückzugreifen: Sie können sich erinnern, wie es traditionell gemacht wurde. Dies wird gemeinhin mit dem Ausdruck *usos y costumbres* (Gepflogenheiten und Bräuche) beschrieben. Der Ausdruck stammt aus der Kolonialzeit und ist in die informelle Sprache der Bolivianerinnen eingegangen, die damit bezeichneten Praktiken sind älter als die europäische Präsenz auf den Gebieten des heutigen Bolivien, erzählt Flores Castro. Diese, je nach Lesart auch als autonom bezeichneten Praktiken werden unter anderem, aber nicht ausschließlich in Wasserkomitees verortet.

»Many Bolivian commentators have traced the origins of autonomous practices adopted by the water committees back to the Inca Empire, through the colonial period, up to today. As a result, the committees are often considered a modern expression of Bolivian age-old communal practices« (M. Olivera 2014: 66).

Entsprechend werden die *usos y costumbres* auch heute noch auf indigene Praktiken zurückgeführt. Perreault (2008: 835) bezeichnet sie als »mutually agreed-on rules that govern water management in Quechua- and Aymara-speaking peasant, or campesino, communities«. Die *usos y costumbres* seien gemeinschaftlich, örtlich verbunden und über Zeit und Raum hinweg variabel. Bezogen auf den Bewässerungsbereich, aber in der Sache wohl generalisierbar, beschreibt Perreault »three basic tenets:

1. They are practices that are repeated, habitual, and regular.
2. They are based on thorough, intimate knowledge of the social and environmental context in which irrigation takes place.
3. They are voluntary, mutually agreed-on, and accepted within a given social context [...], and not imposed by an external actor« (ebd.).

Usos y costumbres würden durch materielle alltägliche Praktiken reproduziert, verstärkt und legitimiert. Er spricht von Konsens, Zusammenarbeit und gegenseitiger Aufmerksamkeit sowie der Organisation der Alltagsfragen, wer wie viel Geld und Arbeit beizutragen habe, wer wie viel Wasser nehmen dürfe, mit welchen Konsequenzen bei Wasser-

diebstahl oder der Abstinenz von Gemeinschaftsaufgaben zu rechnen sei, welche Felder bewässert würden (ebd.: 839f.).

Das Gemeinsame der Wasserkomitees und was auch den Zusammenhalt sichere, sei, so argumentiert Crespo (2011), dass die wichtigen Entscheidungen kollektiv getroffen werden. Damit meint er insbesondere Fragen der Organisation, wie den Zugang, das Management, die Verwendung, aber auch die Organisations- und Verwaltungsformen sowie die Frage, wie mit Akteurinnen im Außen interagiert wird und mit wem Allianzen geschlossen werden. Crespo verwendet zusammenfassend für all diese Punkte den Begriff der Autonomie. Linsalata (2014: 102) argumentiert stellenweise sehr ähnlich, bezieht sich allerdings stärker auf das Begriffspaar der Rechte und Pflichten und auf deren Aushandlung. Neben den Rechten am Zugang zu den gemeinsam verantworteten Ressourcen hätten Beteiligte auch Verpflichtungen der Gemeinschaft gegenüber, um eben diese aufrecht- und in ihren Funktionen zu erhalten. Dazu gehöre beispielsweise, zu den Versammlungen zu erscheinen und sich an den gemeinsam als verpflichtend definierten Aufgaben zu beteiligen. Generell seien diese Verpflichtungen entweder im Bereich der Instandhaltungs- und Verbesserungsarbeiten oder in der Beteiligung an politischen Aktionen wie etwa Demonstrationen oder Straßenblockaden angesiedelt (ebd.). *Usos y costumbres* werden auch als konservatives Modell verwendet – so wird sich beispielsweise auf die althergebrachten Weisen berufen, wenn es darum geht, Veränderungen abzuwehren, so Luizaga. Perreault (2008: 840) meint, dass die Wichtigkeit von *usos y costumbres* nicht so sehr in ihrer historischen Authentizität liege, sondern in ihrer Form indigener und bäuerlicher Kontinuität und Autonomie.²⁴

Die Praktiken innerhalb der Wasserkomitees werden mitunter als *usos y costumbres* beschrieben, sie lassen sie jedoch nicht darauf reduzieren, insbesondere weil sie im Falle der vorliegenden Untersuchung in einen städtischen Kontext eingebettet sind. Daher erscheint es sinnvoll, die tatsächlich vorfindlichen Praktiken anhand der im zweiten Kapitel entwickelten Dimensionen des Commoning zu beleuchten.

8.6.3 Selbstorganisation

Wasser ist »nicht nur eine unverzichtbare Ressource für die Äcker und das Leben im generellen, sondern auch ein Element der Organisation und Artikulation des gemeinsamen Lebens und der Beziehungen zwischen benachbarten Gemeinschaften« (Linsalata 2014: 125). Die Feststellung, dass in Bolivien Wasser ein zentrales Element des politischen Lebens ist, trifft sicherlich nicht nur auf die hier beschriebenen bäuerlichen Gemeinschaften zu, sondern auch auf das periurbane Cochabamba mit seinen Wasserkomitees. Wenn auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Komitees groß sein mögen, der Kern dieser Komitees ist ihre selbstorganisierte Herangehensweise. Die Beteiligten »organisieren sich, um sich gegenseitig zu unterstützen, zu kooperieren und die Ressource zu verwalten« (Crespo Flores 2016: o. S.; Übers. J. E.). Flores Castro beschreibt diese »uralte Kunst der Menschen« (Linsalata 2014: 12) in illustrativen Worten:

24 Perreault (2008: 846) betont allerdings auch: »Although the concept of *usos y costumbres* is used to legitimate claims that may reasonably be seen as inclusive and counterhegemonic, it may also mask processes of social differentiation and exclusion within the Bolivian peasantry.«

»Das heißt, sie rufen keinen, sie stellen niemanden an, um die Rohre auszutauschen, nicht wahr? Wenn die Leitungen in der zwanzigsten Straße kaputt sind, dann telefonieren wir, wir sagen allen, dass sie Hacken und Spaten mitbringen sollen, das ist eine konkrete Form der *usos y costumbres*, und alle gehen hin und graben, putzen, helfen, tauschen aus, nicht wahr? Und wenn gesagt wird, dass der Tank gesäubert werden muss, der Tank ist dreckig und darum ist das notwendig, dann müssen alle kommen, um zu unterstützen. Einige kochen, andere putzen, andere streichen und dann war es das.«

Das Herzstück der Komitees ist, wie bereits erwähnt, die Mitgliederversammlung als Ort der gemeinsamen Deliberation, wo die Mitglieder Linsalata (2014: 55) zufolge über die Probleme und Bedürfnisse, denen sich die Gemeinschaft widmen soll, diskutieren. Auf dieser Grundlage werde darüber beraten und entschieden, wie die Gemeinschaft am besten reagieren kann. Dort werden also die relevanten Informationen verbreitet und gemeinsam Entscheidungen getroffen (ebd.: 104).²⁵ Das betrifft auch Entscheidungen wie die generellen Regeln der Organisation, die Sanktionierung²⁶ von Regelübertretungen und die Wahlen der Vorstände. Auch über die Höhe der Wassertarife wird von den Mitgliedern, also den Nutzerinnen, selbst entschieden. Grundlage sind die Verwaltungs-, Betriebs- und Instandhaltungskosten der Organisation; Gewinne sind nicht beabsichtigt (ebd.: 101). Die das Gemeinsame betreffenden Entscheidungen inklusive der Ziele, der Mittel zur Erreichung und der gemeinsamen Absprachen werden also nicht an eine externe Instanz delegiert, sondern selbst getroffen (ebd.: 111). »Die Mitglieder jeder Gemeinschaft verteilen die Rollen und Aufgaben, die verteilt werden müssen, um das jeweilige Viertel mit Wasser zu versorgen, unter sich« (M. Olivera 2015: 99). Es gehe dabei auch darum, sich miteinander zu vernetzen, sich auszutauschen und voneinander zu lernen. »Sie organisieren sich nicht *gegen* die öffentliche Wasserversorgung, sondern *für* ihre Kompetenz, selbst zu entscheiden, wie und wie weit sie an die öffentlichen Versorgungssysteme angeschlossen werden wollen« (ebd.; Hervorh. i. O.).

Marcela Olivera bezeichnet die Komitees als »ein Produkt der Selbstermächtigung und wirkungsvoller Autonomieprozesse« (ebd.). Die sozialen Praktiken, auf denen die Komitees beruhen, würden auch ohne Anerkennung von außen, zum Beispiel durch

25 Bei der Mitgliederversammlung des Wasserkomitees *Villa San Miguel* ließ sich dieser Aspekt gut beobachten. Die deutlich vertretenen Meinungen vieler Mitglieder und die kreisende Gesprächsführung führten zu lebhaften und konstruktiven Diskussionen, an deren Ende offenbar weithin akzeptierte Ergebnisse standen. An einem Punkt (Lohnerhöhungen für die Mitarbeitenden) schien der Versammlungsleiter allerdings die Diskussionen etwas vorschnell abgebrochen zu haben und zur Abstimmung übergegangen zu sein. Sein Anliegen war anscheinend die Zustimmung zum Erhöhungsantrag, dem in einer demokratietheoretisch etwas fragwürdigen Art (Zustimmung von ungefähr 50 Prozent der Anwesenden, weder genaue Auszählung noch Gegenprobe) entsprochen wurde.

26 Linsalata (2013: 20) schreibt, dass es sich bei den Sanktionen in der Regel um kleinere Geldbeträge handelt, nur in besonders schlimmen Fällen wird beispielsweise das Wasser abgestellt. Diese Art der Sanktion war bei meinem Feldforschungsaufenthalt in Bolivien häufiger zu vernehmen, als Linsalatas Formulierung vermuten lässt. Zwar ist es richtig, dass versucht wird, diesen Schritt zu vermeiden, und dass er erst erfolgt, wenn beispielsweise Rechnungen über lange Zeit nicht bezahlt wurden, aber es scheint doch in den meisten Komitees derartige Fälle zu geben.

den Staat oder die internationale Gemeinschaft, bestehen. Sie spricht sogar von einer sich gegen den Staat wendenden Autonomie: »As in many of Bolivia's indigenous struggles, the committees represent an anti-state vision of autonomy« (M. Olivera 2014: 66).²⁷ Anders als Marcela Olivera grenzen Boelens et al. (2014: 99) diese Kämpfe von der Marktlogik ab. Diese seien unter anderem Kämpfe für die lokale Autonomie und: »for the right to self-define the nature of problems, and the direction for solutions. They challenge the very rationality and superiority of market-driven development approaches«. Crespos (2011) Ausspruch, dass die Autonomie das Fundament der Freiheit sei und das Gerüst, um sich jeglicher Form der Herrschaft zu erwehren, zeigt die weitreichende Bedeutung auf, die der Autonomie in den bolivianischen und internationalen Debatten mitunter zugemessen wird.

Dabei gilt es, nicht zu kaschieren, dass die Selbstorganisation vor Ort nicht ohne Probleme ist. »Es gibt diese, sagen wir, total romantische, Vision davon, dass alles sehr schön und gut ist, dass alles von alleine funktioniert und dass wir im Paradies seien ohne den Staat – das entspricht nicht der Realität«, sagt Torrico. Wasserkomitees seien teilweise finanziell von Staatsgeldern abhängig oder würden den Staat zumindest nach Unterstützung fragen. Zudem mache ein genauerer Blick in die Buchhaltung der Komitees klar, dass die Leute schlicht nicht genug Geld aufgebracht hätten, um langfristig stabil zu wirtschaften. Auch Flores Castro berichtet davon, dass in vielen Komitees mitunter einiges zu kurz kommt: Technisches, Finanzielles, Ökonomisches, die Umwelt. Auf diesen Ebenen seien die Komitees oft nicht nachhaltig aufgestellt, und häufig reiche das Geld nicht, um notwendige Schritte zu gehen oder die Umwelt zu schützen. Ein Problem sei beispielsweise, dass es in vielen Stadtteilen kein funktionierendes Abwassernetz gebe. Dies belaste die Umwelt und die Wasserquellen und werde von den Wasserkomitees häufig nicht in ausreichendem Maße adressiert.

8.6.4 Freiwilligkeit und Bedürfnisorientierung

Einer der Grundpfeiler der Wasserkomitees, so wird in den Interviews immer wieder betont (Crespo; Flores Castro; O. Olivera), ist die freiwillige Teilnahme der Beteiligten. Die Familien könnten sich frei entscheiden, ob sie mitmachen wollen oder nicht. So sei es von alters her gewesen, insofern diese Freiheit auch in den indigenen Vorläufern vorhanden gewesen sei. Einzuwenden ist an dieser Stelle, dass bei etwas derart Existenziellem wie dem Wasser die Entscheidung, nicht an der Versorgungsorganisation teilzunehmen, zumindest als eingeschränkt bezeichnet werden muss. Wenn es keine andere Möglichkeit gibt, an Wasser zu kommen, so ist schwerlich von einer freien Wahl zu sprechen. Allerdings ist auch richtig, dass Haushalte in Cochabamba, abhängig von ihrer finanziellen Ausstattung, immer auch die Möglichkeit haben, sich Wasser anderweitig zu besorgen, insbesondere über Privatlieferungen der *aguateros*.

Laut Linsalata (2014: 102) ist die aktive Präsenz der Mitglieder von entscheidender Bedeutung. Im Idealfall bringen sich alle, oder zumindest ein ausreichend großer Teil der Mitglieder, bei den gemeinsamen Aktivitäten ein. Ist dies nicht der Fall, so ist ein

27 Diese staatskritische Sichtweise teilen nicht alle, Torrico beispielsweise betont die Verflechtungen – insbesondere finanzieller Art – von Komitees und staatlichen Instanzen.

Wasserkomitee über kurz oder lang nicht funktionsfähig. Daher haben die Komitees in der Regel Mechanismen, um die ausreichende Beteiligung sicherzustellen. Es werden beispielsweise Geldstrafen ausgesprochen für diejenigen, die den Versammlungen fernbleiben oder bei Gemeinschaftsarbeiten abwesend sind. Ein weiterer Mechanismus sind die *fichas*, Zettel, auf denen notiert ist, welche Aufgaben eine Familie im jeweiligen Jahr zu erledigen hat. Diese werden bei getaner Arbeit abgezeichnet. »Die Familie, die ihren Zettel nicht gebührendermaßen gefüllt hat, kann mit den von der Mitgliederversammlung festgelegten Strafen belangt werden« (ebd.). Vor diesem Hintergrund werden Komitees mitunter auch als autoritär und auf Zwang aufbauend angesehen (ebd.).

Allerdings, so argumentiert Linsalata weiter, werde dies von den Mitgliedern nicht als Verletzung des eigenen Willens angesehen. Da die Regeln selbst gemacht sind und von der Mitgliederversammlung jederzeit gekippt werden können, würden sie als legitim betrachtet. Wenn die Regeln selbst gegeben sind und ihnen grundsätzlich zugestimmt wird, wenn sie also als legitim bewertet werden, verlieren sie demnach in den Augen der Betroffenen ihren Zwangscharakter (ebd.).²⁸ Hier kommen die unter 2.6.3 beschriebenen Notwendigkeiten ins Spiel: Wenn allgemein anerkannt ist, dass gewisse Dinge für den Erfolg der Organisation unabdinglich sind, ergibt sich der daraus resultierende Zwang aus der Sache heraus. Wenn die Umgangsweisen damit selbst bestimmt werden, verliert der Umstand seinen (sozialen) Zwangscharakter.

Die Freiwilligkeit lässt sich besonders gut anhand der Rechte und Pflichten derer nachvollziehen, die sich in besonderem Maße engagieren: der *dirigentes*, der Mitglieder des Vorstands. Eine ursprünglich indigene Praktik ist die Rotation, dieses Prinzip wird in der Stadt allerdings selten angewendet. Gleichwohl sind die Posten Linsalata (2013: 21) zufolge in der Regel unbezahlt, ein Amt zu bekleiden gelte allerdings als große Ehre und Verantwortung und gehe mit Anerkennung und Prestige einher. Die alltägliche organisatorische Arbeit ist also unbezahlt organisiert – sie gilt als Dienst an der Gemeinschaft (ebd.) – oder durch mehr oder minder verpflichtende Arbeitseinsätze der Mitglieder. Zusätzlich haben viele Wasserkomitees Sekretärinnen und Klempnerinnen angestellt, die einen großen Teil der Verwaltung beziehungsweise Instandhaltungsarbeiten leisten. Sie bekommen in der Regel eine Aufwandsentschädigung oder einen Lohn.

Torrico sieht bezüglich der Freiwilligkeit einen entscheidenden Unterschied zwischen den Komitees je nach ihrer Größe. So sei es in kleineren Komitees wesentlich einfacher, die Arbeit freiwillig und unentgeltlich zu organisieren. In größeren hingegen seien die einzelnen Aufgaben so groß, dass sie nicht an einem Tag (in der Regel am Sonntag) zu schaffen seien. Beispielhaft dafür sind die Einladung zur Mitgliederversammlung oder das Verteilen der Rechnungen: Während 70 Häuser relativ schnell abgedeckt sind, ist dies bei 400 nicht mehr der Fall. Die Tätigkeiten innerhalb der Komitees werden allerdings, und auch dies gilt es im vorliegenden Kontext zu berücksichtigen, nicht ausschließlich als mühselige und lästige Pflicht angesehen. Sie gelten auch als Möglichkeit, sich zu treffen, kennenzulernen, gemeinsam zu lachen und sich

28 Dies deckt sich mit dem dritten von Elinor Ostroms (1999) Designprinzipien, den »Arrangements für kollektive Entscheidungen« (siehe 2.1).

auszutauschen (Linsalata 2014: 104). So erhalten diese Arbeiten – vermutlich eher gemeinsame Instandhaltungsaktionen als Verwaltungsaufgaben – einen gemeinschaftsstiftenden Charakter. Gemeinsame Arbeiten werden also mitunter auch als bereichernd empfunden und das Erledigen als wenig zwanghaft oder erzwungen (vgl. Patzi in Sal món 2016a: 21f.).

Wasserkomitees sind keine gewinnorientierten Unternehmungen. Ganz im Gegenteil: Wenn sich am Ende des Jahres zu viel Geld in der Kasse befindet, was immer die Gefahr birgt, dass es verschwindet, teilen die Komitees dieses Geld in der Regel zwischen den Mitgliedern auf, so Archidiacono. Dies geschehe in Form von Lebensmittelkörben, *canasta* genannt, und sei letztlich eine Art der Umverteilung innerhalb des Stadtteils, denn diejenigen, die während des Jahres mehr gezahlt haben, also rechnerisch einen größeren Anteil am Überschuss haben, bekommen nicht mehr als andere.

»In diesen selbstorganisierten Realitäten, die auf der Kooperation zwischen den Mitgliedern zur Lösung der gemeinsamen Probleme aufbauen, ist die Logik, welche die von der Gemeinschaft produzierten Dienstleistungen bestimmt, keine des individuellen Profits und der kapitalistischen Akkumulation, sondern es ist eine des Gebrauchswerts, eine des Lebens, das bedeutet, eine der Befriedigung der realen Bedürfnisse der Menschen und des Wohlergehens der Gemeinschaft« (ebd.: 110).

Die Kombination aus Eigenarbeit, fehlenden Gewinnabsichten und den aus der Notwendigkeit des Zugangs zu Wasser entstammenden Motivationen der Mitglieder lässt den Schluss zu, dass in den Wasserkomitees die »Befriedigung der eigenen Bedürfnisse gemeinsam selbstproduziert« (ebd.: 56) wird.

8.6.5 Versorgung als (Re)Produsage

Gastón Zeballos erzählt davon, dass es in den Komitees auch viele Aktivitäten gibt, die nichts mit dem Thema Wasser zu tun haben. Er berichtet von Festen und kulturellen Veranstaltungen. Auch würden die Wasserkomitees häufig die Familien von Verstorbenen bei der Organisation oder Finanzierung der Beerdigungen unterstützen. In Zeiten, in denen viele Diebe von außerhalb im Stadtteil ihr Unwesen getrieben hätten, hätte sein Komitee Leute angestellt, um für die Sicherheit im Stadtteil zu sorgen. Dies zeigt, dass die Wasserkomitees eine über das Wasser hinausreichende Bedeutung haben können und Verantwortung für den gesamten Stadtteil übernehmen. So bezeichnet Flores Castro im Interview Commons-Vereinungen im Allgemeinen und Wasserkomitees im Besonderen als politische Orte des Zusammenkommens, und Marcela Olivera (2014: 67) schreibt: »Today the committees dedicate themselves to a range of matters: the well-being of their members, local security, and neighborhood activities such as parties, celebrations, and soccer.«

Das Thema Wasser wird im Stadtteil verhandelt, erzählt Flores Castro. Es werde darüber gesprochen, wo es herkommt, wie es transportiert wird, wie hoch die Tarife sind, wie viel dies oder jenes kostet, ob es nottut, dass der Tank gereinigt oder wieder gebuddelt wird, und vieles mehr. Auch würden die sozialen Prozesse rund um das Wasser untereinander thematisiert und debattiert, die Fragen rund ums Wasser würden »kollektiviert« (Flores Castro) und so entstehe ein Wissen um diese Dinge im gesamten

Stadtteil.²⁹ Auf dem Land sei die Verbindung zum Wasser noch stärker als in den Städten, wo Wasser gedankenlos verwendet und weniger recycelt werde. Auf dem Land sei den Leuten bewusst, dass es eine Trockenheit gibt, wenn der Regen ausbleibt; daher gebe es dort eine stärkere Logik des Kümmerns, Wasser werde nicht so leichtfertig verschwendet oder verschmutzt, so Flores Castro. Sie kontrastiert dies mit der in der Stadt gängigen Art, Wasser zu beziehen – dort werde schlicht der Wasserhahn geöffnet. Das gemeinsame Wissen zu Wasser existiere dort nicht, auch fänden dazu keine Gespräche auf der Straße statt. Es interessiere die Menschen schlicht nicht, woher das Wasser kommt, ob das Wasser behandelt ist oder nicht und so weiter. Das ganze Wissen um Wasser sei nicht vorhanden, da die Beziehung zum Wasser die einer Dienstleistungs- oder Warenbeziehung sei. In den Wasserkomitees sei dies anders, dort würden sich die Nutzerinnen engagieren, die wichtigen Wasserthemen debattieren und diese sogar mit anderen damit in Verbindung stehenden Themen zusammenbringen. »Wir haben Probleme mit Krankheiten, die Kinder des Stadtteils werden krank, irgendetwas geschieht da, das Wasser muss schlecht sein, lasst uns das Wasser untersuchen, wird dann gesagt« (Flores Castro).

Nicht nur die Beziehungen innerhalb der Nachbarschaft sind von Bedeutung, auch die Beziehungen zur Natur. Diesbezüglich berichtet Flores Castro von der besondere Naturbindung in den indigenen *usos y costumbres*. »Die Gepflogenheiten oder die Relation, die mit dem Wasser besteht, ist keine Beziehung wie in der Stadt oder im Westen, wo man es als Objekt ansieht« (Flores Castro). Stattdessen werde das Wasser als »das Blut von Mutter Erde« angesehen: »Wasser ist Leben«, sagt sie. »Und wenn von Konsum gesprochen wird, ist nicht nur der menschliche Konsum gemeint. Es geht um das Wasser für die Erde, für die Tiere und für die Pflanzen« (Flores Castro). Das Grundverständnis, dass sich um das Wasser gekümmert, es geschützt werden muss, sei auch heute noch anzutreffen.

»Bei den Gepflogenheiten geht es darum, wie Wasser genutzt wird, für wen und so. Und die Bräuche drehen sich um die Rituale, nicht wahr? Und so muss der Regen gerufen werden, das ist Brauch. Die heutige Zeit ist allerdings keine der Rituale, heute werden die Gräben gesäubert, damit das Wasser kommt« (Flores Castro).

Flores Castro überträgt den Begriff der Bräuche auf diese Praktiken und die heutige Zeit. Sie argumentiert, dass auch das Säubern der Kanäle und das Speichern von Wasser für schlechte Zeiten Teil der Bräuche sei. Diese seien notwendig, um sich vor Dürren zu schützen.

In den Wasserkomitees, so lässt sich resümieren, finden eindeutig Produktions- und Reproduktionstätigkeiten statt. Wasserinfrastruktur wird aufgebaut und gepflegt, und die Organisation wird verwaltet. Darüber hinaus findet eine Pflege der Wasserressourcen jedoch allenfalls marginal statt. So zeichnen sich die Komitees, wie alle Anbieterinnen der Stadt, durch eine vornehmlich ausbeutende Beziehung zu den Wasserquellen aus. Dies führt zu einer auf Dauer nicht tragfähigen Wassersituation in Cochabamba und Umgebung. Die Verbindung zwischen Produktion und Reproduktion auf

29 Durán Núñez del Prado und Ortiz Céspedes (2017: 28) problematisieren dieses Verständnis mit dem Hinweis, dass insbesondere technisches Wissen in den Wasserkomitees häufig fehle.

der einen und Nutzung auf der anderen Seite besteht hingegen deutlich, da wichtige Arbeiten von den Mitgliedern, also den Nutzerinnen, verrichtet werden.

8.6.6 Peerismus und Inklusivität

Bei diesen durch Mitglieder verrichteten Arbeiten und auch beim Stimmrecht auf den Versammlungen werden die Mitglieder nicht nach finanziellen Möglichkeiten oder anderen Distinktionsmerkmalen unterschieden. Zwar können Mitglieder sich in einigen Komitees von der Pflicht auf Gemeinschaftsarbeit freikaufen, mehr Stimmrecht auf den Mitgliederversammlungen kann allerdings nicht gekauft werden. Laut Flores Castro werden die Menschen als Gleiche behandelt. Auch wer ein größeres Haus hat, bezahle nicht mehr. Wasser für kommerzielle Nutzungen hingegen kann durchaus teurer sein, und Schulen beispielsweise müssen bisweilen weniger zahlen. Dies liegt jedoch an der Nutzung und nicht an den Personen.

An den Wasserkomitees beteiligt sich der ganze Stadtteil, meint Crespo. Die Frage nach dem Auftreten gruppenspezifischer Diskriminierungen verneint Archidiacono, der viele Jahre in der Entwicklungszusammenarbeit für die italienische Organisation *Centro di Volontariato Internazionale* mit den Wasserkomitees Cochabambas gearbeitet hat. Weder in der alltäglichen Zusammenarbeit noch bei der Frage, wer als neues Mitglied zugelassen wird, spiele die Herkunft eine Rolle. Das Wasser wird, sofern genug vorhanden ist, nicht nur innerhalb des Komitees geteilt, sondern manchmal auch darüber hinaus. Flores Castro berichtet davon, dass ein Komitee ein öffentliches Waschen veranstaltet hat, um Menschen, die keinen Zugang zu Wasser haben, zu unterstützen und einzubinden. »Alle dürfen am Sonntag kommen und gratis Wäsche waschen, Wasser wird da sein« (Flores Castro). Sie bringt das mit der Logik des Gemeinsamen in Verbindung und argumentiert, dass SEMAPA dergleichen nicht tun würde.

In den Komitees des periurbanen Cochabamba sind die meisten Mitglieder Binnenmigrantinnen (Zeballos). Falls Leute nicht in ein Komitee aufgenommen würden, geschehe dies entweder, weil es nicht genug Wasser gebe, oder weil die Eintrittsgebühr nicht gezahlt werden könne (Archidiacono). Diese Gebühr erheben viele Komitees, um den Umstand zu kompensieren, dass die neu Hinzukommenden weder mit Geld noch mit eigener Arbeit am Aufbau des Komitees und der Infrastrukturen beteiligt waren. Dieses Geld wird in der Regel zur Finanzierung von Instandhaltungsarbeiten oder aber zur Deckung der laufenden Kosten verwendet. Torrico kritisiert an der Eintrittsgebühr, dass es, anders als in den Anfängen, heute in der Regel nicht mehr möglich sei, durch eigene Arbeit Mitglied in einem Komitee zu werden. Das führe dazu, dass die Wasserkomitees zwar de jure allen offenstünden, de facto allerdings viele nicht eintreten könnten.

Wutich (2009) berichtet von einer anderen Art der Exklusion. Ihr zufolge werden Mieterinnen zum Teil von den Rechten und Pflichten an der Gemeinschaft befreit. Sie seien, anders als die Eigentümer der Häuser, in denen sie wohnen, keine Mitglieder des Komitees und würden zwar nicht daran gehindert, an Versammlungen teilzunehmen, abstimmen dürften sie allerdings nicht. »They are also discouraged from attending and voicing their opinions in group discussions« (ebd.: 184). Aus formeller und auch organisationsinterner Sicht ergibt ein derartiges Vorgehen sicherlich Sinn, aus der Perspekti-

ve der Ausgeschlossenen und des Prinzips des Einbezugs aller Beteiligten ist es jedoch problematisch, da die Eigentümerinnen oft in anderen Städten wohnen oder sich nicht für die Vorkommnisse in den Komitees interessieren. Darüber hinaus können die Interessenlagen von Mieterinnen und Eigentümerinnen deutlich unterschiedlich sein.

Ein von Linsalata (2014: 211) beschriebener Fall zeigt einen weiteren wichtigen Aspekt. Sie berichtet von einem Komitee, in dessen Gebiet eine private Firma ein mehrgeschossiges Gebäude gebaut und beantragt habe, an das Wassernetz des Komitees angeschlossen zu werden. Das Komitee habe jedoch nicht über die materiellen Möglichkeiten verfügt, dieses große Gebäude zu versorgen. Entgegen ihrer gesetzlichen Verpflichtung stimmte die Mitgliederversammlung gegen den Anschluss des fraglichen Gebäudes. Während Linsalata diesen Punkt zur Bestätigung der Selbstbehauptungsmöglichkeiten der Komitees gegenüber staatlichen Instanzen und Vorgaben ins Feld führt, soll er hier der Illustration dessen dienen, was als Exklusion aus der Sache heraus bezeichnet werden kann. In manchen Fällen scheitert eine Inklusion nicht an den konkreten Menschen, die inkludiert werden möchten, sondern schlicht an der Kapazität dessen, wovon sie Teil werden möchten: In ein Haus mit zehn Zimmern kann keine elfte Person mit dem Anspruch auf ein eigenes Zimmer einziehen, solange keine der bisherigen Bewohnerinnen auszieht oder auf das eigene Zimmer verzichtet.

Vor diesem Hintergrund lässt sich folgern, dass es in Wasserkomitees durchaus zu Exklusionen kommt, wenngleich sie zum Teil aus der Sache heraus passieren oder sich aus organisatorischen Überlegungen heraus erklären lassen. Finanzielle Eintrittsbarrieren zum Beispiel sind durch die Begründungen zwar nachvollziehbar, jedoch nicht unbedingt unproblematisch. »Ausgehend von der Deliberation erzeugt die Gemeinschaft einen Prozess der Identifikation zwischen den Mitgliedern: einen Geist der Inklusion und der kollektiven Zugehörigkeit, ein ›Teil sein von‹« (ebd.: 111). Dieser Aussage Linsalatas ist insofern zuzustimmen, als sie sich lediglich auf die Mitglieder bezieht. Eine generelle Inklusion aller, die wollen, findet hingegen nicht statt, Wasserkomitees sind also keine Open-Access-Organisationen. Die Abwesenheit gruppenspezifischer Exklusionen und die Begründbarkeit der stattfindenden Exklusionen »aus der Sache heraus« – seien es infrastrukturelle, organisatorische oder andere – sprechen für eine prinzipielle Inklusivität, wie sie unter 2.6.5 beschrieben wurde.

8.6.7 Vermittlung

Die Praktiken des selbstorganisierten Wassermanagements sind ein Teil der Gesellschaft und in eben diese eingebettet (siehe 8.7) und mit ihr vermittelt. Boelens et al. (2014: 90) verdeutlichen diesen Punkt mit Blick auf die Wasserkomitees Cochabambas:

»Local water allocation and distribution practices are entwined within a multitude of community institutions. For example, households contributions to acquiring rights-holder status in water supply systems may include ›performing all duties,‹ i.e., taking part in community-service positions, cultural festivals, organizing civil society activities, and taking part in mobilizations to defend collective rights. Thus, water rights are embedded in political, economic, and cultural relationships, which determine the nature, value, and function of water.«

Politische, ökonomische und kulturelle Beziehungen wirken also in die Komitees hinein – und umgekehrt. Dementsprechend prägen, wie bereits gesehen, auch die Aktivitäten der Komitees das Stadtbild und in besonderem Maße die jeweiligen Stadtteile. Linsalata (2014: 116) berichtet von Orten, an denen Kindergärten und Bibliotheken von Komitees betrieben werden, oder wo, wenn Lebensmittel knapp sind, gemeinsam in großer Menge eingekauft wird, um bessere Preise zu erzielen.

Auch über den eigenen Stadtteil hinaus sind Komitees vernetzt: »Based on the promotion and reinforcement of the people's autonomous processes, the committees have developed a network for mutual cooperation and coordination« (M. Olivera 2014: 66). Dieses Netzwerk hat sich insbesondere während und nach dem Wasserkrieg entwickelt. Damals hat sich für kurze Zeit ein Möglichkeitsfenster aufgetan, in dem die bestehende Ordnung unterbrochen wurde und das Gefühl entstand, dass die Dinge tatsächlich in die eigenen Hände genommen werden können (Linsalata 2014: 149). In dieser Zeit versuchte die *Coordinadora*, eine bestimmte Idee zu verbreiten: »die Idee, dass die grundlegenden Mittel, wie das Wasser, denen, die sie brauchen und nutzen, gehören und von ihnen verwaltet werden sollten« (ebd.: 152). Die Menschen der Südstadt, so argumentiert Linsalata, hätten auf der Straße dafür gekämpft, ihre Komitees zu verteidigen und SEMAPA zurückzuerobern (ebd.: 173). Sie seien nicht gewillt gewesen, sich in anonyme Nutzerinnen eines öffentlichen Unternehmens zu verwandeln und hätten nicht auf ihre Möglichkeiten, am Management und den Entscheidungsfindungsprozessen teilzunehmen, verzichten wollen. Letztlich hätten sie SEMAPA selbst verwalten und basierend auf den Prinzipien der *usos y costumbres* betreiben wollen (ebd.).³⁰

Aus der Ernüchterung über die auf den Wasserkrieg folgenden Prozesse, wo sich zeigte, dass die Rekommunalisierung des Wasserunternehmens nicht zu den erhofften Verbesserungen führen würde, entstand die Absicht, die Wasserversorgung im Süden der Stadt zu verbessern, ohne SEMAPA das Feld gänzlich zu überlassen. Dies ist der politische Hintergrund, vor dem wenige Jahre nach dem Wasserkrieg ASICA gegründet wurde, die weitreichendste Form der Institutionalisierung der Vernetzung der Wasserkomitees untereinander.³¹ ASICA wurde laut Zeballos mit dem Anspruch gegründet, ein Dach für alle Komitees und deren Sprachrohr und Repräsentanz in der Beziehung zur Regierung zu sein.³² Es wurden folgende drei Ziele aufgestellt (vgl. Grandidier 2011; zitiert in Linsalata 2014: 171):

-
- 30 Linsalata (2014: 173) fasst die Forderung so zusammen: »Ihr, Staat und öffentliches Unternehmen, müsst uns Wasser zukommen lassen, denn es ist unser Recht, welches zu bekommen, und Eure Pflicht, es bereitzustellen; und wir werden es in unseren Nachbarschaften verwalten, weil wir das besser können als ihr, weil wir keinem derart korrupten Unternehmen vertrauen und weil wir nicht möchten, dass Politiker sich in unsere Angelegenheiten einmischen.«
- 31 Eine besondere Beziehung zwischen FECOAPAC und ASICA gebe es laut Luizaga nicht, da die einen Kooperativen seien und die anderen sich auf Komitees beschränken würden. Auch sei ASICA, anders als FECOAPAC, hauptsächlich im Süden der Stadt angesiedelt.
- 32 »This alliance was not a purely grassroots initiative, however. In fact, it was the brainchild of the first post-Water War SEMAPA directory board, which was frustrated by the difficulty of working with scattered water committees to develop a water plan for the zona sur« (Marston 2014: 78).

- Bereitstellung des Zugangs zu Wasser- und Abwassereinrichtungen;
- Investitionen in die Wassersysteme der kleinen Betreiber;
- Erstellung eines neuen Modells der Wasserversorgung.

Da das Grundproblem des südlichen Cochabambas, die mangelnde Verfügbarkeit von Wasser, nicht vor Ort gelöst werden konnte, sollte Wasser woanders beschafft oder aber von staatlicher Seite bereitgestellt, jedoch lokal verwaltet werden. Dieses anvisierte ko-operative Zusammenspiel zwischen dem rekommunalisierten Wasserunternehmen SEMAPA und der neu zu gründenden Organisation wurde *co-gestión público-comunitaria* (gemeinsames öffentlich-gemeinschaftliches Management; kurz: *co-gestión*) genannt.

»There are some variations on the co-management proposal, but in essence it would involve the sale of Masicuni water from SEMAPA to the water committees, the latter of which would control the distribution and pricing of water in their respective communities. From the perspective of the water committees, the co-management plan promises lower water prices and relative resource autonomy« (Marston 2014: 81).

Inzwischen ist Abraham Grandidier, langjährige Führungsfigur von ASICA, der Meinung, dass es unabhängig von SEMAPA gehen muss. Der neue Plan besagt, dass das Wasser aus dem Staudammprojekt Masicuni sowohl an SEMAPA als auch an ASICA verkauft wird. Beide Organisationen würden demnach das jeweilige Wasser in ihren Bereichen verteilen – SEMAPA im Norden und im Zentrum und ASICA im Süden. Da befürchtet wird, dass eine Leitung durch den Norden diesen immer auch priorisieren werde, soll eine eigene Wasserleitung in den Süden gelegt werden. Laut Grandidier sind die Pläne in diese Richtung bereits relativ weit vorangeschritten, und er geht von einer Umsetzung aus.

Grandidiers Ziel ist es also, ein neues Unternehmen ins Leben zu rufen. Dieses sollte ihm zufolge nicht gewinnorientiert, dafür aber sozial, gemeinschaftlich und für alle sein. Wie dies genau aussehen könnte, führt er nicht aus. Wenn das Wasser *en bloque* gekauft wird, besteht allerdings laut eigener Aussage die Gefahr, dass der ganze organisatorische Unterbau der Wasserkomitees wegbricht. Im Kleinen, also bei den Komitees, die Wasser *en bloque* kaufen, reduziert sich das Komitee häufig auf ein oder zwei Personen, die das operative Geschäft verantworten, so Grandidier. Aufgrund der fehlenden Notwendigkeit für mehr Beteiligung, da also insgesamt weniger Aufgaben anfallen, verschwinde also letztlich der gemeinsame Prozess.

Anders als noch in den Anfangsjahren verfüge ASICA gegenwärtig nicht mehr über die üppigen finanziellen Mittel. Aus diesem Grunde, aber auch wegen einer strategischen Verlagerung der Aktivitäten, engagiere sich ASICA heute nicht mehr so stark für die Stärkung der Komitees, zum Beispiel durch Workshops und Fortbildungen. Grandidier spricht davon, dass sich die Organisation von der sozialen Dimension wegbe- wegt habe und nun mehr die technischen Aspekte, insbesondere die Möglichkeiten des Masicuni-Projekts, fokussiere. Das bedeute auch, dass es weniger Versammlungen mit den Komitees gebe als zu Zeiten der politischeren Ausrichtung. In den Versammlungen wiederum fänden sich weniger Diskussionen und Mitbestimmungsmöglichkeiten, und sie hätten stärker den Charakter einer Informationsveranstaltung. »Es gab weniger Diskussionen, denn sie waren nicht notwendig«, hält Grandidier fest. Er betont, dass

es ihm wichtig sei, zu Ergebnisse zu kommen, statt »eine Show zu veranstalten«. Die politische Ausrichtung habe letztlich zu nichts geführt, lediglich einige der Führungspersönlichkeiten seien berühmt geworden, spitzt er in Richtung Oscar Olivera zu. Eben jener Oscar Olivera hält an seinem kämpferischen Kurs fest und befürchtet, dass angesichts der politisch inzwischen deutlich schwächeren Selbstorganisationsbewegung und des seiner Einschätzung nach zentralistischen Staates von Morales kaum Chancen für eine Unternehmung nach Grandidiers Plan bestehen.

Walnycki (2015: 21) spricht sogar davon, dass sich ASICA aufgrund interner Streitigkeiten, die mit der sinkenden finanziellen und politischen Unterstützung des Staates in den vergangenen Jahren entstanden seien, aufgelöst habe. Formal aufgelöst hat sich ASICA nicht, dennoch legt Walnycki hier den Finger in die Wunde von ASICA. Denn erstens ist die Organisation nur durch externes Zutun entstanden und groß geworden und somit in gewissem Maße abhängig (Marston 2014: 78). Zweitens betreibt Grandidier ASICA weitgehend im Alleingang und ist keineswegs unumstritten. Ihm wird vorgeworfen, zu nah am Misticuni-Projekt zu stehen sowie die vorhandenen Finanzen für den eigenen Machterhalt genutzt und in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben (O. Olivera). Oscar Olivera sieht die Organisation aufgrund dieser Machtkonzentration und der fehlenden Mitwirkungsmöglichkeiten vonseiten des Wasserkomitees inzwischen als kooptiert und beinahe tot an.

Somit muss der Versuch einer Metaorganisation für die Wasserkomitees, und damit einer Vermittlung auf höherer Aggregationsstufe, als gescheitert angesehen werden. Denn unabhängig davon, ob ein neues »Wasserunternehmen des Südens« (Grandidier) tatsächlich kommen und Erfolg haben wird, ist der gemeinsame Prozess der Anfangsjahre auf der Strecke geblieben – und um eben diesen geht es beim Commoning. Interessant ist jedoch, dass wegen der politischen Gemengelage und der großen Anzahl an Komitees ein derartiger Versuch überhaupt unternommen wurde. Dabei wurde angestrebt, die Prinzipien der Komitees auch auf höherer Ebene zu verwenden. Den Problemen, dass keine eigene Operationsgrundlage und damit auch keine Identifikationsmöglichkeit der Mitglieder vorhanden war und dass das politische Feld, in dem sich ASICA bewegt, ungleich härter ist als jenes, in dem sich einzelne Komitees befinden, konnte nicht adäquat begegnet werden. Auch scheint hier ein in Lateinamerika generell und, in kleinem Maßstab, auch in vielen Wasserkomitees auftretendes Problem zum Tragen zu kommen: die Zentralisierung und Verstetigung von Macht in den Händen einiger weniger. Wird dies nicht verhindert, haben es gemeinsame Prozesse grundsätzlich schwer.

8.7 Einbettung der Wasserkomitees

8.7.1 Sozialer, ökonomischer und politischer Rahmen

Von dem Hintergrund, vor dem die Wasserkomitees agieren, ist auf den letzten Seiten einiges angeklungen. Daher soll an dieser Stelle keine Aufzählung aller relevanten Punkte stattfinden, sondern werden lediglich einige Ergänzungen vorgenommen. Die-

se sollen dazu dienen, das Bild zu komplettieren und mit Blick auf die institutionellen Logiken zu systematisieren. Orta (2013: 112) schreibt:

»Communities are not just found; they are made: they are constituted and reconstituted out of social activity, linking people to one another and to specific places. As we pay attention to these creative, productive processes, we see that they take place in, and take note of, complex historical contexts.«

Zum historischen und kulturellen Kontext gehören im Falle der Wasserkomitees eindeutig die *usos y costumbres*. Diese werden, insbesondere durch Migration, aus den ländlichen indigenen Gemeinschaften ins urbane Heute übertragen und daran angepasst. Migrantinnen der ersten Generation bringen ihre Erinnerungen und Erfahrungen mit in die Städte und Stadtteile, so Flores Castro. Wenn diese Menschen von *usos y costumbres* sprächen, so seien darin die ländliche Sichtweise auf das Wasser, die Erde, die Ernte und die dazugehörigen Rituale enthalten. In den Städten angekommen, wo sie sich mit den neuen Umständen arrangieren müssten, würden beispielsweise auch die unterschiedlichen Formen der Selbstorganisation als *usos y costumbres* bezeichnet. Allerdings liegen hier andere Bedürfnisse zugrunde, so könne es um Wasser, aber auch um Licht und um Straßen gehen.

»Die Leute organisieren sich auf gleiche Weise, um die Ernte zu anderen Orten zu bringen, um, ich weiß nicht – um Dinge zu reinigen und Weideflächen zu pflegen und was weiß ich. Und alles in dieser Form und mit dieser Organisationslogik wird in einen anderen Kontext und auf andere Bedürfnisse übertragen« (Flores Castro).

Die Organisationsformen setzen sich also im städtischen Umfeld fort. Allerdings mischten sich hier unterschiedliche Ausformungen, so Flores Castro, da der Kontext ein anderer sei und da die Menschen, wenn sie nicht aus demselben Dorf stammten, auch andere Vorstellungen und Formen mitbrächten. In der Stadt vermischten sie sich zudem mit fremden Logiken, führt sie weiter aus: Wasser werde als Objekt angesehen, Preisüberlegungen angestellt und so weiter. Sobald die Wasserkomitees verstärkt mit dem Markt, dem Staat »und anderen komplizierten Dingen in der Stadt« (Flores Castro) zu tun hätten, seien auch die *usos y costumbres* weit weniger mystisch und romantisch als auf dem Land. Während Flores Castro nicht genau ausführt, worin ihr zufolge das Mystische und Romantische besteht, wird anhand dieser Aussagen deutlich, dass die *usos y costumbres* auch im städtischen Kontext ein wichtiger Bezugspunkt sind.

Zusätzlich zu den im weiteren Verlauf untersuchten Logiken des Staats und des Marktes sind Nichtregierungsorganisationen für das Verständnis des sozialen, ökonomischen und politischen Rahmens wichtig. Oscar Olivera zeigt sich diesbezüglich sehr skeptisch. So wirft er der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit vor, das von ihm heftig kritisierte Wassergesetz, das zur Privatisierung von SEMAPA und somit zum Wasserkrieg geführt hat, in weiten Teilen formuliert zu haben. Derartige Organisationen würden ihre eigene Agenda verfolgen, darum sei ihnen nicht zu trauen. Linsalata (2014: 67) kritisiert, dass die Wasserkomitees von internationalen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit ökonomische Denkweisen, Organisationsweisen und Managementregeln aufgezwungen bekämen, welche die Logiken des Gemeinsamen untergraben würden. »Die Technokratie der Nichtregierungsor-

ganisationen wie auch die bürokratischen Rationalitäten und Kriterien der Geldgeber haben generell wenig zu tun mit den Realitäten der Bevölkerung und ihrer Organisationsdynamiken« (ebd.: 68). So würden einige Vorstände professionalisiert, was zu einer Distanz zwischen ihnen und der Basis führe und vertikale, autoritäre und klientelistische Machtverhältnisse hervorbringe. Die Bürokratisierung wiederum nehme den Menschen die Autonomie, selbst zu entscheiden, und führe zur Depolitisierung und Spaltung der Gemeinschaften.

Nach ihrem überaus kritischen Rundumschlag konstatiert Linsalata (2014: 79ff.), dass Nichtregierungsorganisationen und die Weltbank durchaus auch finanzielle Unterstützung bei der Erstellung der selbstorganisierten Wasserinfrastruktur im Süden der Stadt geleistet haben. Die Menschen seien von den finanziellen Mitteln dieser Organisationen abhängig, insbesondere wenn es an öffentlichen Mitteln fehle. Hinzuzufügen ist, dass in Cochabamba einige Nichtregierungsorganisationen aufseiten der Komitees im Wasserkrieg aktiv waren und auch heute noch wichtige Stützen vieler Komitees sind. Die Sichtweise von Linsalata, und auch von Oscar Olivera, ist vermutlich etwas überspitzt. Sie zeigt aber eine tief liegende Skepsis insbesondere gegenüber großen internationalen Organisationen sowie die Bedeutung dieser Organisationen für den lokalen Kontext.

8.7.2 Einbettung in die Marktlogik

Wasserkomitees treffen selbstredend nicht bloß in ihrem Kontakt mit Nichtregierungsorganisationen auf die Marktlogik. Sie müssen sich auf dem Markt um Materialien bemühen und dort den marktüblichen Geldbetrag als Gegenleistung anbieten. Die Wasserpreise dürfen nicht zu hoch sein, denn sonst können sich die auf dem Markt wenig erfolgreichen und somit finanzschwachen Mitglieder das Wasser nicht mehr leisten. Auch haben Komitees damit zu kämpfen, dass immer wieder Geld abhandenkommt: Geld als allgemeines Äquivalent, das es ermöglicht, die vorhandenen Mittel auch eigenmächtig zur individuellen Bedürfnisbefriedigung zu verwenden.

Letztlich konkurrieren Wasserkomitees mit anderen Organisationen – insbesondere SEMAPA – auf dem Gebiet der Wasserpreise. Nicht nur aufgrund der vergangenen Erfahrungen mit SEMAPA, sondern auch wegen seiner derzeitigen Form wird dem öffentlichen Unternehmen viel Skepsis und Kritik entgegengebracht: »The general perception of SEMAPA is that of a distant authority figure whose interest in the well-being of peri-urban residents is minimal at best« (Marston 2014: 81). SEMAPA ist laut Oscar Olivera einem »total neoliberalen ökonomischen und finanziellen Regime« unterworfen. SEMAPA habe einen vom Staat festgelegten Finanzhaushalt, und es werde sehr rigide kontrolliert, dass mit den vorhandenen Ressourcen »ökonomistisch« umgegangen werde. So werde beispielsweise die ökonomische Effizienz den Rechten der Arbeiterinnen übergeordnet. Diese Regelungen würden nicht nur für SEMAPA, sondern in zunehmendem Maße auch für kleine Wasserversorgungsorganisationen gelten, sodass es kaum mehr möglich sei, eine Unternehmung wirklich selbstorganisiert am Laufen zu halten (O. Olivera). Im Bereich der sozialen Ökonomie, so argumentiert Crespo, sei eine der großen Herausforderungen, sich als Gruppe nach den Prinzipien der Koope-

ration und der gegenseitigen Hilfe zu organisieren und gleichzeitig mit dem Markt konfrontiert zu sein, der eine individualistische Logik verkörpert.

Wasserkomitees sind auch mittelbar in die Marktlogik eingebettet. So berichtet Linsalata (2014: 87), dass die Öffnung der bolivianischen Märkte für Lebensmittelimporte aus den Nachbarländern dazu geführt habe, dass die heimische Landwirtschaft weniger wettbewerbsfähig sei und dass sich daher mehr Menschen dazu gezwungen gesehen hätten, in die Städte zu migrieren, um dort ihren Lebensunterhalt zu verdienen. So haben also internationale Verflechtungen und die Ausweitung marktförmiger Bezüge Auswirkungen auf lokale Begebenheiten und beeinflussen – ebenso wie die finanziellen Möglichkeiten und die Umweltbedingungen – die Zusammensetzung der Wasserkomitees.

8.7.3 Einbettung in die Staatslogik

Obschon die Komitees und der Staat sehr unterschiedlichen Logiken folgen, werden laut Linsalata (2014: 72) Erstere permanent von Zweiterem beeinflusst, besonders von den politischen Parteien und den »korrupten Formen« der Politik, mit denen die Komitees ihr zufolge fortwährend zu kämpfen haben. Korruption bezeichnet Linsalata als einen von alters her konstitutiven und teilweise systematisch eingesetzten Wesenszug des politischen Systems Boliviens (ebd.: 70f.). Im politischen Kontext würden die selbstorganisierten Vereinigungen »für die neoliberalen Parteien zu einem potenziellen politischen Markt, wo man einfach und dreist Stimmen gegen Brotkrumen eintauschen kann« (ebd.: 71). Die relative Autonomie der Komitees sei hingegen einigen Politikerinnen ein Dorn im Auge. Die Komitees sind somit fortwährend Attacken ausgesetzt vonseiten derer, die sie als »politische Bedrohung« (ebd.: 117) einstufen. So werde versucht, Komiteevorstände zu bestechen oder diejenigen, die sich nicht korrumpieren lassen, zu diskreditieren. Auch würden bürokratische und technische Hürden aufgebaut, Konflikte und Differenzen in den Gemeinschaften geschürt. Diese Konflikte würden häufig zu einer Konfrontation zwischen den *organizaciones territoriales de base* (OTB) und den Komitees führen, so Linsalata.

Linsalata spricht von »unterschiedlichen Welten« (ebd.: 72): der Welt der Politik »von oben« und der Welt der gemeinschaftlichen Organisation »von unten«. Diese »koexistieren in einem einzigen, ungleichen und offensichtlich babylonischen sozialen System, in dem sich die gegensätzlichen Elemente nicht in einer organischen Synthese auflösen, sondern in einem System der schwer zu durchdringenden hierarchischen Beziehungen fortleben« (ebd.). Mit dem Ausdruck des babylonischen (*babélico*) sozialen Systems spielt Linsalata augenscheinlich auf die Geschichte des Turmbaus zu Babel an.³³ Im vorliegenden Kontext meint Linsalata damit wohl die Unfähigkeit der unterschiedlichen Sphären – der politischen und der gemeinschaftlichen –, miteinander in konstruktive Kommunikation zu treten.

33 In der Geschichte sollte ein Turm bis in den Himmel gebaut werden. Gott, dem diese Anmaßung missfiel, gab den Menschen unterschiedliche Sprachen, sodass der Turm wegen der entstehenden Sprachverwirrungen nicht fertiggestellt werden konnte.

Auf die Frage, was denn eigentlich der Staat sei, antwortete die ehemalige Verteidigungsministerin Cecilia Chacon im Interview, dass er eine komplexe, soziale und kulturelle Struktur sei. »Der Staat antwortet nur auf die dominanten Interessen, denen der hegemonialen Gruppe, und erscheint uns in seiner Institutionalität und seiner spezifischen Zusammensetzung«, meint sie. Es sei eine vertikale Struktur, eine Organisation von Macht, in der Entscheidungen von wenigen getroffen würden, und letztlich richte sich alles auf die Präsidentin – und auf die *máximas autoridades*, also Bürgermeisterinnen, Ministerinnen und so weiter – aus. Auch Zeballos, der ehemals im Staatsdienst gearbeitet hat, spricht von klar vertikalen Strukturen: »Wenn Du als Techniker da angestellt bist, dann musst Du tun, was dir gesagt wird.« Beispielhaft führt er interne Sitzungen und Versammlungen an, die in der Regel reinen Informationscharakter hätten. Die Betroffenen würden weder angehört noch dürften sie an der Entscheidungsfindung partizipieren. Das System stütze sich und die damit verbundenen Machtstrukturen durch seine Strukturen, Normen und Institutionen selbst und generiere dabei eine große Bürokratie, argumentiert Chacon. Dadurch verfüge der Staat über hohe Beharrungskräfte. Er richte die Mittel seiner Wahl, so Chacon weiter, nach den kurzfristigen politischen Effekten aus, nicht nach den langfristigen. So würden viele Entscheidungen mit Blick auf kurzfristige Wahlerfolge getroffen. Dies bezeichnet Chacon als »pragmatische politische Entscheidungsfindung«.

In diesem Sinne kann auch der Vorgang verstanden werden, von dem Oscar Olivera berichtet. Die *Coordinadora Nacional* habe geplant, ein auf den sozialen Bewegungen aufbauendes und von ihnen bestimmtes Wasserministerium zu errichten. Dieser Plan sei von Morales, obwohl er ursprünglich aus einer ähnlichen politischen Ecke stamme, abgeblockt worden, sobald er das Amt des Präsidenten innehatte. Heute sei das Wasserministerium im Grunde inaktiv, außer bei Überschwemmungen, wenn es also akut etwas zu retten gebe, meint Oscar Olivera. Laut Torrico haben der Amtsantritt von Morales und die Einrichtung eines Wasserministeriums dazu geführt, dass die Komitees wesentlich mehr Kontakt zur Politik haben, auch da Morales das Ministerium teils mit Menschen aus der Bewegung besetzt habe.

Bezogen auf den Süden Cochabambas beschreibt Grandidier den Einfluss des Staates als quasi inexistent. Die Jahre um die Jahrtausendwende seien durch eine »totale Abwesenheit des Staates« geprägt gewesen, sagt Grandidier. Eine relative Abwesenheit sei zwar heute noch immer vorhanden, jedoch sei der Staat durchaus wieder präsenter geworden. Carlos Crespo berichtet bezogen auf die vergangenen 15 Jahre, dass der Einfluss des Staates, nach seinem zwischenzeitlichen Rückzug in der »neoliberalen Epoche«, wieder deutlich an Einfluss gewonnen hat – insbesondere in den Bereichen Kontrolle und Überwachung. Es habe eine Verstaatlichung des Alltags und der öffentlichen Räume gegeben, und der Staat mische sich mehr und mehr ein, argumentiert er. Dies geschehe nicht nur durch direkte Staatsinterventionen. Stattdessen fände sich »dieser Geist« (Crespo) auch in den sozialen Akteurinnen. Beispielhaft berichtet Crespo von einem ländlichen *ayllu*, das sich vor fünf Jahren dazu entschieden habe, sein Land nach bürokratischen Gesichtspunkten zu parzellieren – und sich dadurch de facto die gemeinsame Grundlage genommen habe. Er spricht von einer grundlegenden Tendenz, die er in der bolivianischen Gesellschaft wahrnehme und die dazu führen könne und werde, dass die Commons geschwächt werden.

Bezogen auf den Staat berichtet Flores Castro, dass dieser vor einigen Jahren begonnen habe, wieder stärker in die Wasserkomitees zu investieren, und als Gegenleistung eine gesteigerte Kontrolle verlangt. Viele Komitees seien auf die Bedingungen des Staates eingegangen, und so erhalte dieser mehr und mehr Eingriffsmöglichkeiten. Die Komitees bekämen zum Beispiel Gelder für einen neuen Brunnen oder einen Wassertank, den sie für zwanzig oder dreißig Jahre nach bestimmten formalisierten Maßgaben nutzen und verwalten dürften. Nach dieser Zeit würden die Infrastrukturen vom Staat übernommen werden können. Dieses Vorgehen könne als schleichende Kooptation bezeichnet werden. Linsalata (2014: 23) bewertet die konkrete Form der Einbettung der Komitees insgesamt kritisch, wenn sie schreibt:

»[I]m konkreten Alltagsleben koexistieren die gemeinschaftlichen Dynamiken, die Kooperationsbeziehungen, die lokalen Machtstrukturen, die Orte der kollektiven Deliberation und die sozialen Praktiken, die das Gemeinschaftliche ausmachen, in einer verworrenen (*ambigua*) und widersprüchlichen Form mit der kapitalistischen Realität und den von der staatlichen Politik errichteten Formen.«

Ähnlich resigniert antwortet Zeballos auf die Interviewfrage, ob das Interesse der Regierung eher eine Stärkung oder eine Schwächung der Wasserkomitees bedeute, mit den Worten: »Gegenüber den Komitees sehe ich keine Stärkung.«

8.7.4 Gemeinschafts- und Commons-Logik

Nachdem der Kontext, in dem sich die Wasserkomitees bewegen, wie auch die bestimmenden Praktiken hinreichend untersucht wurden, soll nun die Einordnung der Komitees vorgenommen werden. Hier soll also der Versuch unternommen werden, zu klären, ob die Wasserkomitees tatsächlich der Commons-Logik oder doch eher der Gemeinschaftslogik – wie der im vorliegenden Kapitel und in der Literatur häufig zu findende Begriff der Gemeinschaft nahelegt – zuzuordnen sind. Dies soll anhand der im dritten Kapitel in Tabelle 3.2 zusammengetragenen Kriterien erfolgen. Die Ergebnisse der Bewertung von Cochabambas Wasserkomitees sind in Tabelle 8.1 zu finden.

Tabelle 8.1: Cochabambas Wasserkomitees zwischen Gemeinschafts- und Commons-Logik (eigene Darstellung, angelehnt an Thornton et al. 2012: 73; Zutreffendes unterstrichen)

Categories	Community	Commons
Root Metaphor	<u>Common boundary</u>	<u>Relatedness & self-unfolding</u>
Sources of Legitimacy	Unity of will <u>Belief in trust & reciprocity</u>	<u>Voluntary contributions</u>
Sources of Authority	Community domination Commitment to community values & ideology	<u>Maintainer authority</u> <u>Skills & expertise</u>
Sources of Identity	Emotional connection <u>Reputation</u>	<u>Identification with practices</u> <u>Reputation</u>
Basis of Norms	<u>Group membership</u>	<u>Peerism</u>
Basis of Attention	<u>Personal investment in group</u>	<u>Personal investment in</u> <u>(Re)Producersage</u>
Basis of Strategy	Increase status & honor of members & practices	<u>Increase the satisfaction of needs</u> <u>Inclusivity & sharing</u>
Informal Control Mechanisms	Visibility of actions Clan politics	<u>Self-given rules & monitoring & graduated sanctioning & own arenas for conflict-resolution</u>
Economic System	<u>Clanish quasi-autarky</u>	<u>Polycentric self-organization</u>

Ein entscheidender Punkt bei den Komitees scheinen die klaren Grenzen (*common boundary*) zu sein, stellt sich doch immer wieder die Frage, wer dazu gehört und wer nicht und welche Bedingungen daran geknüpft sind. Gleichzeitig ist eine gewisse Verbindung zwischen den Mitgliedern im jeweiligen Stadtteil von Bedeutung. Dies kann als Betonung der über das schiere Wassermanagement hinausgehenden Aktivitäten sowie des Zusammengehörigkeitsgefühls (*relatedness*) gewertet werden. Die Selbstentfaltung (*self-unfolding*) der Mitglieder steht indessen nicht im Vordergrund, es geht eher um die Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse. Auch die Einheit des Willens (*unity of will*) ist nicht so sehr von Bedeutung, schließlich werden Entscheidungen in der Regel per Mehrheitsvotum getroffen, wichtig sind demnach Vertrauen und Reziprozität (*belief in trust & reciprocity*). Dieser aus den *usos y costumbres* entstammende Grundsatz findet sich in vielen Komitees, wird jedoch im städtischen Kontext mehr und mehr aufgeweicht. Gleichzeitig sind die freiwilligen Beiträge (*voluntary contributions*) der Mitglieder und insbesondere der unbezahlten Vorstände entscheidend.

Durch die – im Optimalfall – demokratischen Führungsstrukturen und durch die nicht homogenen Identitäten der Mitglieder aufgrund der Migrationsgeschichte sind offenkundig weder Gemeinschaftsherrschaft (*community domination*) noch das Bekenntnis zu gemeinschaftlichen Werten und Ideologien (*commitment to community values & ideology*) von Bedeutung. Diejenigen, die die Komitees verantwortlich am Laufen halten, sind in der Regel anerkannte Persönlichkeiten (*maintainer authority*). Auch Fähigkeiten und Expertise (*skills & expertise*) sind Quellen der Anerkennung. Folglich ist das Prestige (*reputation*) ein wichtiger Bestandteil dieser Organisationen. Linsalata (2014:

108) verdeutlicht dies mit den Worten: »Vorstand zu sein, impliziert ein gewisses Ansehen für die Person, die gewählt wurde, eine gewisse Ehre und Anerkennung vonseiten der Gemeinschaft.« Hinzu kommt die Identifikation mit den gemeinsamen Aktivitäten (*identification with practices*), die allein durch das Bedürfnis nach Wasser gewissermaßen gegeben und für eine derartige Organisation zudem unabdingbar ist; im Falle der Wasserkomitees ist sie fraglos wichtiger als die emotionale Verbundenheit (*emotional connection*).

Wie schon angeklungen, spielt die Frage, wer Mitglied ist und wer nicht, eine wichtige Rolle, nicht zuletzt dafür, wer Wasser in Anspruch nehmen darf und wer nicht (*group membership*). Gleichzeitig sind gruppenbezogene Diskriminierungen kaum oder nicht anzutreffen und man betrachtet sich gegenseitig als Gleiche (*peerism*). Dies geht einher mit dem persönlichen Engagement, sowohl für die Gruppe (*personal investment in group*) als auch für die gemeinsam verrichteten Versorgungstätigkeiten (*personal investment in (Re)Producers*). Um Status und Ehre nach außen hin (*increase status & honor of members & practices*) geht es in der Regel weniger als um die unmittelbare Befriedigung der Bedürfnisse (*increase the satisfaction of needs*), die prinzipielle Inklusivität sowie das Teilen der vorhandenen Ressourcen (*inclusivity & sharing*). Dabei spielen weder die Sichtbarkeit der alltäglichen Aktionen (*visibility of actions*) eine besondere Rolle – außer im Falle politischer Auseinandersetzungen wie im Wasserkrieg, könnte hier einschränkend hinzugefügt werden – noch Sippenpolitiken (*clan politics*). Denn die soziale Basis ist, unter anderem durch Migration und den städtischen Kontext, nicht kohärent genug, als dass entsprechende Politiken entscheidenden Einfluss hätten. Stattdessen sind die selbstgegebenen Regeln, die eigene Überwachung und die abgestuften Sanktionen ein integraler Bestandteil der Komitees (*self-given rules & monitoring & graduated sanctioning & own arenas for conflict-resolution*). Vorgreifend auf das kommende Unterkapitel 8.8 sei angemerkt, dass auch die eigene Konfliktlösung eine wichtige Rolle spielt. Aufgrund der relativen Autonomie der Komitees kann von Quasi-Autarkie gesprochen werden (*clanish quasi-autarky*); gleichzeitig ist der Aspekt der Selbstorganisation sehr stark und eine polyzentrische Organisationsweise mit Metaorganisationen und relativer Autonomie der einzelnen Elemente zumindest angestrebt (*polycentric self-organization*). Daher sind in dieser letzten Kategorie erneut beide Elemente, das der Gemeinschafts- und das der Commons-Logik, zutreffend, wobei beides nur mit Einschränkungen gilt.

Interessanterweise lassen sich auch einige Elemente der Staatslogik bei den Wasserkomitees wiederfinden. So besitzen diese einen gewissen, wenn auch sehr geringen Umverteilungscharakter, (formale) demokratische Partizipation wird in den Mitgliederversammlungen sehr wichtig genommen, und es finden sich auch Momente der Hinterzimmerpolitik, insbesondere im Falle der Metaorganisation ASICA.

Die vorliegenden Ergebnisse verdeutlichen, dass, wie in den Kapiteln 2 und 3 theoretisch hergeleitet, verschiedene Organisationen und auch soziale Praktiken unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt und aus unterschiedlichen Elementen zusammengesetzt sein können. Die dominante Logik der Wasserkomitees ist eindeutig die der Commons, wobei auch viele Elemente der Gemeinschaftslogik eine wichtige Rolle spielen. Die gefundene Dominanz der Commons-Logik sowie das Auftreten aller Elemente des Commoning bestätigen die im Vorfeld der Untersuchung formulierte

Annahme, dass die Wasserkomitees in Cochabamba als Commons-Vereinigungen gelten können.

8.7.5 Veränderungen institutioneller Logiken

Nicht nur können institutionelle Logiken aus unterschiedlichen Elementen zusammengesetzt sein, sie können auch mit der Zeit transformiert werden (siehe 5.3.1). Einige diesbezüglich relevante Entwicklungen sollen hier anhand der drei großen Akteurinnen ASICA, SEMAPA und der *Coordinadora Nacional* dargestellt werden. Dies dient einerseits dem weiteren Verständnis der aktuellen Lage, andererseits der Verdeutlichung und Plausibilisierung der verwendeten Theorie.

Oscar Olivera erzählt im Interview von einer Zusage von Evo Morales, ASICA zu unterstützen – unter der Bedingung, dass der Zusammenschluss der Komitees die Kritik an ihm und seiner Politik einstelle. Das habe, so Oscar Olivera, zum langsamen Tod von ASICA geführt, denn nur solange sie eine starke Stimme gehabt und autonom gewesen sei, sei die Organisation auch von der Regierung respektiert worden. Seitdem habe es lediglich noch Versprechungen von Regierungsseite gegeben, jedoch keine wirklichen Fortschritte. Die Anerkennung durch den Staat habe letztlich zu einer »Einverleibung« (*incorporación*) durch den Staat geführt, meint Oscar Olivera. Er sieht darin einen Zusammenhang mit der zunehmenden Machtkonzentration in den Händen Abraham Grandidiers, die nicht mit dem partizipativen Geiste der *Coordinadora* zu vereinbaren sei. Auch Carlos Crespo sieht die Annäherung von ASICA an den Staat, auf die Grandidier mit Blick auf das Masicuni-Projekt stolz hingewiesen hat, kritisch. ASICA habe sich unter Grandidier entschieden, bei städtischen Projekten wie Masicuni mitzumachen. Dadurch zeige er, dass er nicht an die Nachhaltigkeit der Komitees glaube. »Er glaubt das sinkende Schiff verlassen zu müssen«, so Crespo. Oscar Olivera und Carlos Crespo gehen also davon aus, dass die einstmals vornehmlich nach Commons-Logik organisierte Metaorganisation ASICA sich in Richtung der Staatslogik verändert und somit den Commons-Charakter verloren habe.

Linsalata (2014: 161ff.) berichtet von den SEMAPA-internen Prozessen nach dem Wasserkrieg. Direkt nach der Rekommunalisierung im April 2000 wurde das Unternehmen provisorisch einem fünfköpfigen Gremium unterstellt. Dieses Gremium sei zusammengesetzt gewesen aus zwei Repräsentantinnen der *Coordinadora*, zwei des Bürgermeisterinnenamts sowie einer der Gewerkschaft der SEMAPA-Mitarbeiterinnen. Die *Coordinadora* habe sich mit der Aufgabe konfrontiert gesehen, die zahllosen Diskussionen, die in der Wasserbewegung während und nach dem Wasserkrieg entstanden waren, in einen kohärenten Plan zur Transformation des Wasserunternehmens zu übersetzen. Es sei ein »technisches Unterstützungsteam« (ebd.: 162) eingesetzt worden, dessen Aufgabe es gewesen sei, einen Vorschlag zu erarbeiten, um SEMAPA in ein »soziales selbstorganisiertes Unternehmen« (ebd.) zu überführen. Aufgrund erheblicher bürokratischer und juristischer Hürden habe die *Coordinadora* von ihrem Plan abgesehen, SEMAPA in sogenanntes soziales Eigentum – ein Begriff, der von der *Coordinadora* eingeführt worden sei, um die konventionellen Eigentums- und Organisationsformen in Richtung Commoning zu transformieren – zu überführen.

Stattdessen sei das Modell eines öffentlichen Unternehmens mit »Partizipation und sozialer Kontrolle« (ebd.) entwickelt worden. Dazu sei ein weitreichender Plan zur Überführung von Entscheidungsfindungsprozessen in partizipative Verfahren erarbeitet worden. Die Gründe für das Scheitern der anvisierten Umstrukturierung von SEMAPA sind so vielfältig wie komplex, schreibt Linsalata. Eine auf den ersten Blick überraschende Allianz aus Gewerkschaftsfunktionärinnen und Kräften in der Stadtverwaltung habe ein starkes Gegengewicht gebildet. Linsalata geht davon aus, dass diese Koalition auf Korruption und Vetternwirtschaft aufgebaut habe, und deutet dies als Zeichen dafür, dass auch die Arbeiterinnenorganisationen in die »Machtmaschinerie« (ebd.) eingebunden werden können und in diesem Fall tatsächlich wurden.

Allerdings seien auch die Konflikte innerhalb der *Coordinadora* nach einiger Zeit offensichtlicher und immer mehr zum Problem geworden. Einerseits habe es einen Streit um das Ausmaß der Partizipation an den technischen Details des Wassermanagements gegeben – entfacht an dem Vorschlag, Technikräte in Bürgerinnenhand zu etablieren. Andererseits schlossen sich einige Akteurinnen der MAS an und verabschiedeten sich somit in Richtung staatlicher Logiken (ebd.: 165).

»Das Beharrungsvermögen des bestehenden Korruptionssystems im Bürgermeisteramt und im öffentlichen Unternehmen schluckt die Anstrengungen der Bevölkerung, und die Forderung nach direkter Partizipation der Bevölkerung an dem Management des öffentlichen Unternehmens bleibt formal auf eine ineffiziente Repräsentation im Direktorat beschränkt. Schlussendlich ist alles gleich geblieben: Die öffentlichen Gelder werden weiter ausgegeben, aber die Expansionspläne von SEMAPA reichen nie bis in die armen Stadtteile der Stadt« (ebd.: 169).

Anhand dieses Beispiels ist zu sehen, wie es bisweilen trotz starker Zugkräfte hin zu einer Veränderung der Grundlogik einer Organisation und trotz eines günstigen Zeitpunktes und entsprechender Begleitumstände nicht zu einer solchen Veränderung kommt – aufgrund von Beharrungskräften. Interessanterweise berichtet der SEMAPA-Ingenieur im Interview, dass SEMAPA inzwischen, gut fünfzehn Jahre später, intern partizipativer geworden sei. Er führt dies ebenso auf den Druck von außen und eine generell höhere Transparenz zurück wie auf die zunehmenden Kontrollen durch staatliche Instanzen. Unter Umständen muss manchmal die Zeit erst reif werden, muss einige Zeit ins Land gehen und müssen die Forderungen weniger radikal ausfallen, damit sich etwas verändert. Allerdings sind die hier angesprochenen Veränderungen nur ein Bruchteil dessen, was die *Coordinadora* ursprünglich im Sinn hatte.

Oscar Olivera berichtet von einem weiteren Prozess der *Coordinadora Nacional*. Dort habe es nach der Amtsübernahme von Evo Morales ideologische Kämpfe um die Frage gegeben, ob die neue Regierung nun unterstützt werden müsse. Wenn man dies nicht tue, so habe die eine Seite argumentiert, werde die eigene Agenda nicht umgesetzt werden. Die andere Seite habe entgegnet, dass die Agenda die eigene sei und nicht zur Agenda der Regierung werden müsse; aus einer unabhängigen Position heraus könne sie besser durchgesetzt werden. Oscar Olivera ist der Meinung, dass die Ernennung von Abel Mamani zum Wasserminister zu einer Schwächung der *Coordinadora Nacional* und des gesamten sozialen Prozesses, der dahinter steckte, geführt habe. Da noch viele weitere Köpfe Posten im Staatsapparat angeboten bekommen und angenom-

men hätten, sei die Regierung erfolgreich darin gewesen, die *Coordinadora Nacional* zu zerstören. Eine mächtige autonome Akteurin sei staatlicherseits schlicht nicht gewollt gewesen, meint Oscar Olivera. Dies, so lässt sich aus der Perspektive institutioneller Logiken schließen, hat dazu geführt, dass das widersprüchliche Verhältnis zwischen Staats- und Commons-Logik in Richtung der stärkeren Staatslogik verschoben wurde und dass die *Coordinadora Nacional* heute de facto nicht mehr existiert.

8.8 Konflikte und deren Bearbeitung im Wassersektor

8.8.1 Strukturelle Widersprüche

Nachdem die Eingebettetheit der Wasserkomitees deutlich wurde, sollen nun die auftretenden strukturellen Widersprüche herausgearbeitet werden, bevor im Anschluss die Konflikte und die unterschiedlichen Umgangsweisen mit eben diesen in den Blick genommen werden. Als Widerspruch wurde in Kapitel 4 das Erleben einer Unvereinbarkeit bezeichnet, ohne dass eine Einschränkung direkt wahrgenommen wird. Als struktureller Widerspruch gilt, wenn die Gesellschaftsstruktur Grundlage eines gegeneinander gerichteten, also auf Unvereinbarkeit aufbauenden Verhältnisses ist. Zu Konflikten werden diese Widersprüche laut Definition, wenn sich mindestens eine Person als beeinträchtigt wahrnimmt (siehe 4.3.1).

Zu den wenig greifbaren Widersprüchen lässt sich die kulturelle Entwicklung in Bolivien zählen, die Archidiacono als »Druck der Stadt, der Zivilisation« umschreibt. Er bezieht sich damit auf das westliche Entwicklungsmodell im Allgemeinen und den Individualismus im Besonderen, die zusammen eine »konfliktive Dynamik« generierten, die bis in die traditionellen Räume vordringe. Dies verdeutlicht er exemplarisch an der weiten Verbreitung von Fernsehern, Radios und dem Internet. Linsalata (2014: 136) spricht von einem Widerspruch zwischen der gemeinschaftlichen, traditionellen Weise, mit Wasser als »Gut von allen« umzugehen, und der kapitalistischen Logik, die Wasser als eine Ware unter vielen ansehe. Die Tendenz zur Ökonomisierung beschreiben auch Boelens et al. (2014: 93): »[T]he monetary rationality generates tensions among users and threatens to undermine existing collective arrangements on which peasant and indigenous communities base their water and livelihood strategies.« Das Denken und Handeln in monetären Kategorien scheint in weiten Teilen unvereinbar zu sein mit traditionellen und neueren Formen gemeinschaftlichen Handelns.

Diese Tendenz zeige sich auch in der Implementierung neuer Technologien, argumentiert Flores Castro. Wasserzähler zum Beispiel würden es ermöglichen, Wasser zählbar zu machen. Die damit einhergehende Normierung würde vom Staat seit etwa zehn Jahren gezielt vorangetrieben. Durch die staatlichen Kontrollen würden die Wasserkomitees dazu gedrängt, verstärkt nach einer Betriebslogik zu handeln. Beispielsweise sollen die Wasserpreise auch die Abnutzung der Maschinen berücksichtigen. Den *usos y costumbres* entspreche es hingegen eher, so Flores Castro weiter, die Preise an den laufenden Kosten zu orientieren; ist eine Maschine reparaturbedürftig oder muss ausgetauscht werden, werde gemeinsam geschaut, wie das notwendige Geld aufzubringen sei.

Damit ist auch der Staat in diese widersprüchlichen Verhältnisse involviert. Die »immer stärker werdende Intervention des Staates« (Linsalata 2014: 215) sei dazu in der Lage, das Fortbestehen der Wasserkomitees zu bedrohen oder sie in etwas zu verwandeln, das sich deutlich von den heutigen Komitees unterscheidet. Linsalata geht davon aus, dass es nicht immer explizite Angriffe des Staates sind, die diese Bedrohungslage ausmachen, sondern dass sie auch von der staatlichen Struktur herrühren (ebd.: 117). Sie spricht von dem Widerspruch zwischen einer zentralistischen und homogenisierenden Regulationslogik, die auf der Konzentration und Delegation von sozialer Macht aufbaue, auf der einen Seite und der »alltäglichen Existenz einer zweiten sozialen Ordnung, welche sich in einer heterogenen Konstellation von lokal organisierten Realitäten materialisiert, mit horizontaler, gemeinschaftlicher und selbstorganisierter Regulationslogik« (ebd.) auf der anderen Seite.

Ein konkretes Feld der Widersprüche zeigt Luizaga auf. Er erzählt, dass die Regierung Geld, das sie von ausländischen Organisationen bekomme, an die Bezirke weitergebe. Wenn die Bezirke mit dem Geld einen Brunnen bohrten oder Leitungen verlegten, so Luizaga, überschrieben sie diese den OTB, die daraufhin in die Wasserbewirtschaftung einstiegen – ein Feld, das die Wasserkomitees als ihren Bereich ansähen. So schafft der Staat – weil er, wie Luizaga sagt, selbst gerne die Wasserversorgung übernehmen würde – Verhältnisse, in denen zwei miteinander kaum vereinbare Organisationen sich auf dem Feld der Wasserversorgung Konkurrenz machen. Deshalb spricht Linsalata (2014: 117) auch davon, dass es sich bei den unterschiedlichen sozialen Dynamiken, wie sie es nennt, nicht etwa um eine friedliche Koexistenz, sondern um eine permanente Konfrontation handelt.

Ein ganz anders gearteter Widerspruch von zentraler Bedeutung ist die Knappheit. Denn tatsächlich ist das Wasser in Cochabamba nicht nur sehr limitiert, sondern in absoluten Zahlen knapp. Dadurch dass die Bedarfe die verfügbare Menge maßgeblich übersteigen, werden die Bedarfe unvereinbar miteinander und stehen somit im Widerspruch zueinander. Als Beispiel dafür, wie sich dieses Verhältnis ausdrückt, können die Ergebnisse einer Umfrage herhalten, die Cabrera durchgeführt hat: Auf die Frage, ob der eigene Stadtteil sein Wassernetz mit einem anderen Stadtteil teilen könne, antworteten 65 Prozent, dass sie dies keinesfalls wollen, 32 Prozent konnten es sich unter gewissen Umständen vorstellen, und nur die verbleibenden wenigen Prozent reagierten zustimmend. Bei der Frage nach dem Teilen von Wasser fiel die Antwort mit über 90 Prozent Neinstimmen sogar noch deutlicher aus. Cabrera fasst die Begründungen der Befragten folgendermaßen zusammen: »Es ist unser Geld, es ist unsere Kraft, es ist unser Wasser. Und ja, es ist unsere Subsistenz.« Die »unsolidarischen Antworten«, so führt er aus, seien ein Ausdruck einer Fragmentierung, die aus einer anderen Logik heraus entstanden sei. Daraus lässt sich schließen, dass die Solidarität angesichts der gegebenen Knappheit je nach Umfeld zu- oder abnehmen kann.

8.8.2 Umgang mit Konflikten im und mit dem Außen

Wasserkonflikte, so wurde bereits mit Blick auf den Wasserkrieg deutlich, sind in Cochabamba keine Seltenheit. Dort ging es hauptsächlich darum, wer über die Wasserversorgung der Stadt verfügt und wie die rechtlichen und organisatorischen Vorausset-

zungen hierfür sind. Die Privatisierung und insbesondere die Zuteilung der Rechte an der Wasserversorgung der Stadt waren zentrale Konfliktpunkte. Die Wasserkomitees waren, insbesondere durch den fehlenden juristischen Status, von der Enteignung bedroht (Flores Castro) und wehrten sich dagegen. Luizaga macht diese Bedrohungslage als wichtigen Grund für die Komitees aus, sich am Wasserkrieg zu beteiligen. Marcela Olivera (2015: 97) ordnet diese Konflikte in die bewegte Geschichte Boliviens ein:

»Doch dieser Wasserkonflikt war nicht nur eine Auseinandersetzung zur Verteidigung von Ressourcen. Einer der wichtigsten Gründe derartiger Konflikte findet sich in der Geschichte Boliviens, im steten Kampf der Bolivianerinnen und Bolivianer um ihr Recht auf Anerkennung der autonomen und horizontalen Entscheidungsprozesse über ihre eigenen Angelegenheiten.«

Wenige Jahre nachdem sich das Konsortium *Aguas del Tunari* aus Cochabamba zurückgezogen hatte, wollte Bechtel als Mutterkonzern die Verluste wettmachen. Daher änderten sie den offiziellen Sitz von *Aguas del Tunari*, um beim Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) der Weltbank Klage einreichen zu können (Harris/Roa-García 2013: 24). Als Kompensation für den entstandenen Gewinnausfall verlangte Bechtel 50 Millionen US-Dollar. »This generated an atmosphere of indignation among many Bolivians and ultimately precipitated Bolivia's withdrawal from ICSID in a moment of intense political upheaval« (ebd.). Sowohl in Bolivien als auch auf der internationalen Bühne waren die Proteste so massiv und anhaltend, dass der Chef von Bechtel letztlich aus Angst vor dem drohenden Imageschaden für sein Unternehmen die Klage zurückzog. Dieses Ereignis ist, wie auch der Wasserkrieg, eindeutig dem exklusionslogisch geprägten Wasserkonfliktmanagement zuzuordnen. Beides sind auch Beispiele für den ansonsten rar gesäten Erfolg sozialer Bewegungen und damit auch der Wasserkomitees.

Nicht nur mit Bechtel trugen die Komitees Konflikte aus, auch SEMAPA stand und steht immer wieder im Zentrum von Wasserkonflikten. Immer wieder Stein des Anstoßes ist die von SEMAPA gefahrene Expansionspolitik. So geht der SEMAPA-Ingenieur davon aus, dass sein Unternehmen in absehbarer Zeit die ganze Stadt versorgen wird. Alle, die sich heute noch sperrten, davon geht er aus, würden früher oder später auch zu SEMAPA gehören, denn die kooperative Form würde ihren »Lebenssinn« verlieren, sobald SEMAPA seine Probleme überwunden habe. Das Unternehmen baue darauf, dass die Komitees mit der Zeit aufgeben würden oder aber sich nach Gesprächen dazu entschlossen, sich SEMAPA anzuschließen. Mit der Zeit würden sie merken, dass das Unternehmen gute Arbeit mache. Falls das alles nicht genüge, bleibe noch das Drohpotenzial, dass staatlicherseits das Bohren neuer Brunnen nicht mehr genehmigt werde. Es sei sogar möglich, dass die Lizenzen für bereits existierende Brunnen entzogen werden. Folgerichtig spricht der SEMAPA-Ingenieur von der Möglichkeit einer »verpflichtenden und erzwungenen Transition«.

Etwas anders klingt der SEMAPA-Chefingenieur, der vermutlich eher die offizielle Version nach außen vertritt, im Interview. Er gibt zu Protokoll, dass nichts getan werde, ohne dass die Komitees und die OTB zustimmten. Auch bei Baumaßnahmen sei es

immer das Ziel, dass die Beteiligten vorab informiert und den Maßnahmen letztlich zustimmen würden. Ohne Zustimmung werde nichts unternommen.³⁴

SEMAPA-Chefingenieur: »Und so können sie auch ›Nein‹ sagen, ›wir stimmen dem nicht zu‹. Wer nicht will, will halt nicht.«

Euler: »Und dann passiert nichts weiter?«

SEMAPA-Chefingenieur: »Ja, es ist deren Entscheidung. Vielleicht wollen die [...] als Kooperative organisiert sein und wollen nicht zu SEMAPA gehören. Das können sie und es ist ihr gutes Recht. Wir zwingen sie nicht, denn wir können keinen verpflichteten Nutzer haben.«

Stattdessen sollten Nutzerinnen die Dienste von SEMAPA brauchen und in der Lage und willens sein, für diese Dienste zu zahlen, meint er. Hier zeigt sich, worum es SEMAPA letztlich, wenig überraschend, geht: zahlungsfähige Kundinnen. Die hier beschriebene Strategie scheint so lange verfolgt zu werden, bis SEMAPA in der Lage sein wird, weitere Nutzerinnen zu versorgen – bis also das Wasser des Masicuni-Staudamms in ausreichendem Maße fließt –, und so lange, wie die Expansion schnell genug vorangeht, immer mit der Ultima Ratio der staatlich unterstützten Zwangsmaßnahmen.

Auch innerhalb von SEMAPA sind Konflikte anzutreffen. Ein Hauptkonfliktpotenzial tritt laut der SEMAPA-Sozialbeauftragten auf, wenn das Wasser für den einen Bereich aus einem anderen kommt und eventuell sogar noch durch andere Zonen fließt. Das Unternehmen setze in derartigen Fällen zunächst auf Gespräche. Häufig sei die Zustimmung zu den Plänen des Unternehmens mit der Errichtung von Infrastruktur oder Wasserlieferungen verbunden. Angesprochen auf Konflikte im Unternehmen selbst, antwortet der SEMAPA-Ingenieur, dass eine gute Konfliktbearbeitung dialogorientiert sei, sodass alle Beteiligten Gehör fänden; dies komme manchmal vor, allerdings hindere die unternehmensinterne Hierarchie die Untergebenen teilweise daran, die eigene Meinung zu vertreten. Die Angst vor den Vorgesetzten sei dafür mitunter zu groß, meint er. Die Mehrzahl der Konflikte sei durch ein Gegeneinander geprägt. So würden die Konflikte in der Regel auf hierarchische Weise – per Befehl – oder aber über Machtmittel – gegen die Gewerkschaften – geführt. Seit einiger Zeit ändere sich dies allerdings, meint er und erklärt dies mit der gestiegenen öffentlichen Aufmerksamkeit sowie der zunehmenden Transparenz.

Nutzerinnen, die sich bei SEMAPA beschwerten, zum Beispiel aufgrund ausbleibenden Wassers, kämen in der Regel zur Geschäftsstelle, berichtet der SEMAPA-Ingenieur. Dort bauten sie mitunter so viel Druck auf, dass die Verantwortlichen sich gezwungen sehen würden, zu reagieren. Probate Mittel der Druckerzeugung sei die Androhungen von Handgreiflichkeiten, die Blockade der Ausgänge der Geschäftsstelle, Druck über die Presse und auf einzelne Führungspersonen, ihre Posten abzugeben. Diese Formen der Konfrontation würden in letzter Zeit tendenziell zunehmen, so der SEMAPA-Ingenieur. Auch die Gewerkschaft, in der SEMAPA-Angestellte organisiert sind, greife auf diese Mittel zurück. Diese trete immer wieder im Konflikt mit SEMAPA, vornehmlich um

34 Dieses Vorgehen ließ sich beim Besuch einer Informations- und Diskussionsveranstaltung der OTB 21 de Septiembre mit Vertreterinnen von SEMAPA beobachten.

Arbeitsbedingungen und Zuständigkeiten. Beide Seiten würden in diesen Auseinandersetzungen versuchen, ihre eigene Position gegen die Interessen der anderen Parteien durchzusetzen.³⁵ Diese Konflikte, so argumentiert er weiter, seien teilweise auch parteipolitischer Natur. So würden manche Auseinandersetzungen nur deshalb auftreten oder bewusst eskaliert werden, weil die Gewerkschaft eine bestimmte politische Partei unterstützen würde, während das Bürgermeisterinnenamt, und damit SEMAPA, von einer anderen Partei bestimmt sei.

Parteipolitik scheint in Bolivien ein häufiger Grund für Konflikte zu sein. Luizaga beispielsweise meint: Wenn ein Bürgermeister und ein Gouverneur des entsprechenden Bundesstaates von unterschiedlichen Parteien seien, würden die beiden sich eher bekämpfen, als sich zusammensetzen und über Lösungen nachzudenken, die der Bevölkerung helfen würden. Unter anderem aus diesem Grunde hätten die Wasserkomitees stets darauf geachtet, dass sie sich nicht zu sehr in diese Dynamiken hineinziehen lassen, schreibt Linsalata (2014: 116). Nichtsdestotrotz kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen dem Staat und den Wasserkomitees. Linsalata führt dies darauf zurück, dass der Staat die Eigenständigkeit der Komitees nicht anerkenne und die Entscheidungsfindungskompetenz nicht respektiere (ebd.: 212). Sie spricht von »konstanten Spannungen zwischen den bürokratischen Staatsapparaten und den kleinen gemeinschaftlichen Realitäten« (ebd.) und deutet somit ein permanentes Konfliktpotenzial an. Dieses Potenzial fand insbesondere in den Jahren 2000 bis 2005 seinen Ausdruck; Oscar Olivera spricht diesbezüglich von den Ereignissen während und nach dem Wasserkrieg. Dort habe die »etablierte Parteien- und Staatsmacht« im Disput mit der organisierten Macht der Straße und »des Volkes« gestanden. Die Formen der Austragung von Konflikten zwischen den sozialen Bewegungen und den Wasserkomitees auf der einen und den staatlichen Stellen auf der anderen Seite waren und sind eindeutig durch das Gegeneinander und das Medium der Macht geprägt.

Innerhalb des Staates werden Konflikte tendenziell hierarchisch gelöst oder ausgesessen, berichtet Zeballos, der einige Jahre als Techniker im Staatsdienst gearbeitet hat. Eine Möglichkeit sei es, mit den Vorgesetzten zu sprechen oder die eigenen Kontakte im Apparat zu nutzen. In seinen Abteilungen habe es meist Konflikte um Arbeitsbedingungen und die Entlohnung gegeben. Grundsätzlich sei es nicht gern gesehen, wenn jemand kritisch die Stimme erhebe oder Verbesserungsmöglichkeiten anmerke. Dies werde schnell als Bedrohung angesehen, und die entsprechenden Personen würden aus dem Staatsapparat entfernt.

Euler: »Und was passiert, wenn Du sagst: »Das ist keine gute Idee, ich habe eine bessere Idee!«?»

Zeballos: »Aus diesem Grund bin ich draußen, nicht wahr?«

Euler: »Ja?«

35 Der SEMAPA-Ingenieur wirft der Gewerkschaft eine »instinktgetriebene, rachsüchtige Konfliktbearbeitung« vor, die damit zusammenhänge, dass es sich vornehmlich um wenig gebildete Menschen handle. Diese Diskreditierung lässt auf eine tief sitzende Abneigung und ein Überlegenheitsgefühl schließen, die sich aus der privilegierten Stellung des Ingenieurs erklären lassen und ein Zeichen von Gesellschaften mit ausgeprägten Klassenunterschieden, wie Bolivien, ist.

Zeballos: »Dort, wo ich gearbeitet habe, hatte ich viele Probleme genau aus diesem Grund.«

Zeballos berichtet, dass es bei ihm persönlich auch ideologische Konflikte waren. Grundsätzlich sei es so, dass jene, die Dinge sehen, die verbessert werden könnten, oder Ungerechtigkeiten, schnell als Teil der Opposition angesehen werden. Letztlich würden in einer vertikalen Struktur, wie der Staat eine ist, Entscheidungen von wenigen gefällt werden, meint die ehemalige Verteidigungsministerin Chacon, auch bei Konflikten. Gebe es beispielsweise Konflikte zwischen unterschiedlichen ideologischen Lagern, würde letztlich der Präsident entscheiden. In Wasserkomitees sei dies anders, meint Chacon.

8.8.3 Umgang mit Konflikten im selbstorganisierten Wassermanagement

Um die Konfliktbearbeitung in Wasserkomitees zu verstehen, bietet es sich an, erneut auf die indigenen Ursprünge zu schauen. Mit den *usos y costumbres* eng verbunden und in Teilen auch noch vorzufinden, ist die kommunitäre Justiz der Hochlandbewohnerinnen. Hier stehen laut Lessmann (2010: 201) sowohl die Wiedergutmachung und Versöhnung als auch die Wiedereingliederung der Normübertretenden im Vordergrund. Es existierten unterschiedliche Stufen der Sanktionen, inklusive »Verwarn- und Drohinstanzen« (ebd.). Bei wiederkehrenden Verfehlungen reichten die Strafen im Extremfall bis hin zum Tod oder dem Ausschluss aus der Gemeinschaft – was häufig nicht minder schlimm ist und mit dem Tod einhergehen kann.

»Bei schweren Delikten steht die Frage der Bösartigkeit der Person im Vordergrund: Das Hauptaugenmerk liegt also weniger auf dem Wert der gestohlenen Kuh als auf dem Ausmaß der Absicht, Böses zu tun. Am stärksten zählt, ob der Übeltäter bereit ist, sich zu ändern oder nicht« (ebd.).

Jeder Einzelfall werde in den Gemeinschaften reiflich überlegt und besprochen, und Erfahrungen würden abgeglichen. Auch die Beschuldigten hätten immer die Möglichkeit zu einer ausgiebigen Stellungnahme. Lessmann bezeichnet die kommunitäre Justiz als kulturelle Praktiken, die zum Ziel hätten, »Konflikte zu überwinden und den Fortbestand der Gemeinschaften zu sichern« (ebd.). Recht gesprochen werde in der Regel von Organen wie dem Ältestenrat, spirituellen Leitfiguren oder der Vollversammlung, also von Menschen, die ein Eigeninteresse am Erhalt der Gemeinschaft haben.³⁶

Die heute in den städtischen Peripherien vorzufindende Selbstjustiz bezeichnet Lessmann als »pervertierte Form der Kommunaljustiz« (ebd.: 200). Diese Form, mit Konflikten umzugehen, sei als »Reaktion auf die Unfähigkeit von Polizei und Justiz, für Sicherheit zu sorgen«, anzusehen; jene seien »notorisch korrupt« und hätten sich »häufig der Komplizenschaft mit Dieben, Räubern und anderen Straftätern schuldig ge-

36 »Es gibt kein Standardmodell oder -paradigma, das in allen Fällen und an allen Orten zur Anwendung käme. Für ein und dasselbe Delikt können in unterschiedlichen Gemeinschaften oder Situationen ganz unterschiedliche Sanktionen verhängt werden. Auch die beteiligten Autoritäten variieren je nach den Merkmalen und der Schwere des Falles. Sie können von der eigenen Familie bis zur Vollversammlung der Gemeinschaft reichen« (Lessmann 2010: 202).

macht« (ebd.). Diese mitunter recht archaisch und brutal anmutende Form der Selbstjustiz sei in den Peripherien Cochabambas und teilweise auch in den Wasserkomitees anzutreffen, berichtet Archidiacono. So finden sich beispielsweise an Laternenmasten aufgehängte Puppen im Stadtbild, die eine deutliche Drohung an eine Bewohnerin des Stadtteils darstellen. Diese Form der Justiz findet in manchen Wasserkomitees dann Anwendung, wenn Vorsitzende des Diebstahls überführt werden oder anderweitig der Gemeinschaft geschadet haben.

Diebstahl und Korruption sind innerhalb der Wasserkomitees immer wieder Thema. Dies mag an der wirtschaftlichen Aktivität und am Umsatz liegen und, damit verbunden, an der relativen Armut vieler Bewohnerinnen der Peripherien. Obwohl die Komitees in der Regel gewisse Kontrollmechanismen eingeführt hätten, gebe es doch immer wieder Vorsitzende, die sich an den gemeinsamen Finanzmitteln bedienen wollen, schreibt Linsalata (2014: 112f.). Sie führt dies auch auf den Umstand zurück, dass die Vorsitzenden keine finanzielle Entschädigung für ihr Wirken erhielten. Linsalata bezeichnet die durch solche Regelübertretungen entstehenden Schäden als potenziell existenziell bedrohlich für das Fortbestehen des entsprechenden Komitees. Einerseits sei dadurch die finanzielle Basis angegriffen, andererseits würde es auch zur »Spaltung und Demobilisierung der Gemeinschaft« (ebd.: 113) beitragen. In vielen Fällen sei es möglich, die Delinquentinnen zügig auszumachen und zu sanktionieren und somit den Schaden für die Gemeinschaft gering zu halten, schreibt Linsalata. Allerdings ist immer wieder von Komitees zu hören, die sich nach einem solchen Vorfall aufgelöst haben.

Von weniger existenzieller Bedeutung sind die anderen in Wasserkomitees häufig auftretenden Konfliktpunkte. Die Frage der Aufnahme Neuer ist ein immer wiederkehrender Anlass für Konflikte. Exemplarisch beschreibt Torrico einen Extremfall: In einem Stadtteil wird ein fünfstöckiges Mietshaus gebaut – sollen nun die Eigentümerinnen gleich viel bezahlen wie Menschen in kleinen Häusern, die seit Beginn der 1980er Jahre dabei sind und am Aufbau des Komitees und der Infrastrukturen beteiligt waren? Um derartige Fragen wird sich in Wasserkomitees gestritten, wobei laut Torrico auch von Bedeutung ist, ob mit den neuen Häusern Profitabsichten, wie im Falle von Mietshäusern, verfolgt werden und wie hoch der zu erwartende Verbrauch ist. Ein weiteres Problemfeld sei die Frage der Arbeitnehmerinnenrechte. »Sie arbeiten den ganzen Tag, acht Stunden und mehr, reparieren die Lecks, die da sind, und was weiß ich. Aber sie haben nie einen Vertrag, sie haben nie eine Rente, sie haben keine Rechte, nicht wahr? Und sie hatten sehr niedrige Löhne, denn so war es finanziell nachhaltig«, sagt Torrico. Diese Themen seien mit und innerhalb der Komitees sehr schwer zu diskutieren, ebenso wie die mitunter problematischen Machtstrukturen innerhalb derselben.

Selbstverständlich gibt es auch Konflikte im Tagesgeschäft: wenn es darum geht, wie hoch die erhobenen Preise sind, wofür Geld in die Hand genommen wird, ob sich an Protesten beteiligt wird, wie das Verhältnis zur Politik und zu SEMAPA gestaltet wird, wie es um die Qualität des Wassermanagements bestellt ist und so weiter. Für diese Untersuchung interessanter, als die Aufzählung möglicher Konfliktthemen fortzuführen, ist die Frage, wie in Wasserkomitees mit Konflikten umgegangen wird. Der Fokus wird dabei sowohl auf den Regelmäßigkeiten als auch auf den erfolgreichen Strategien liegen. Der eine Grund für diese Schwerpunktsetzung ist, dass Komitees, die nicht gut

mit Konflikten umgehen, schnell Geschichte sind; der anderer Grund ist, dass sich aus derartigen Fällen am ehesten lernen lässt.

Commons-Vereinigungen, argumentiert Carlos Crespo bezüglich des selbstorganisierten Wassermanagements, hätten ihre eigenen Konfliktbearbeitungssysteme. Bei den Bewässerungsassoziationen gebe es beispielsweise gewählte Wasserrichterinnen, in der Regel ältere, erfahrene und anerkannte Personen. In manchen Wasserkomitees gebe es Ehrenvorstände, ältere Menschen aus der Nachbarschaft, die eine Art Ehrentribunal bildeten. Häufig werde im Konfliktfall auf diese Gremien zurückgegriffen, bevor staatliche Stellen angerufen würden. Diese Form der Konfliktbearbeitung sei allerdings bei Bewässerungsassoziationen stärker ausgeprägt und häufiger anzutreffen als bei Wasserkomitees, meint Crespo. Die Konfliktbearbeitung in Wasserkomitees geschieht laut Flores Castro am häufigsten durch Vermittlungsversuche des Vorstands oder in der Vollversammlung.

Bei Vergehen werden von der Versammlung in der Regel kleinere finanzielle Strafen ausgesprochen (Linsalata 2014: 103); es gibt zudem Möglichkeiten, jemanden zu ermahnen, den Wasserzähler, und damit der Zugang zu Wasser, zu entfernen oder auch einen – mitunter temporären – Ausschluss zu beschließen (Zeballos). Die weitreichenderen Strafen finden laut Linsalata (2014: 103) nur in »extrem schlimmen Fällen« Anwendung. Zeballos meint, dass es von der Größe des Konfliktes abhängt, ob er vom Vorstand vermittelt oder aber auf die Vollversammlung getragen werde. Wenn jemand Wasser klaue, zum Beispiel durch versteckte Wasseranschlüsse, so sei dies ein großes Vergehen und gehöre auf die Vollversammlung. Zeballos vergleicht die Konfliktbearbeitung in den Wasserkomitees mit der kommunitären Justiz.

Folgende beispielhafte Beschreibung von Flores Castro veranschaulicht den Umgang mit Konflikten. Wenn ein Vorstand Geld gestohlen habe, könne sie durch die Vollversammlung oder die Nachbarschaft dazu gebracht werden, die Sache aufzuklären und den Schaden zu ersetzen. Auch könne sie des Amtes enthoben oder sogar vor einem ordentlichen Gericht angeklagt werden. In einigen Orten würden Schläge ausgeteilt oder die Delinquentin der Nachbarschaft verwiesen. Dabei sei mitunter die gesamte Gruppe in die Durchsetzung der Beschlüsse involviert.³⁷

»Du musst dann alles zurückgeben, und alle Menschen gehen zu dir nach Hause und verlangen, dass du das Geld zurückgibst, dein Bankkonto übergibst und so weiter. Die Entscheidungen werden auf den Versammlungen getroffen, daher fangen alle Menschen an zu debattieren, und die einen fordern die sofortige Rückzahlung, andere sagen, es ginge auch im Verlaufe des Jahres. Es gibt also so etwas wie Formen, bei denen die Menschen teilhaben« (Flores Castro).

Diese Form der Konfliktbearbeitung stellt sicherlich ein Extremfall dar, in der Regel werden die Konflikte durch mitunter lang andauernde und emotional geführte, letztlich aber friedlich verlaufende Diskussionsprozesse gelöst. Generell würden die von der Vollversammlung getroffenen Entscheidungen akzeptiert, sagt Flores Castro, auch wenn es Konflikte bei der Entschlussfindung gegeben habe. Dies sei unter anderem

37 Allein das Drohpotenzial reicht vermutlich in vielen Fällen aus, um die Beschuldigte zur Kooperation zu zwingen.

darauf zurückzuführen, dass die Menschen vielfach keine gute Alternative zu den Wasserkomitees hätten. Bisweilen, so berichtet Flores Castro weiter, würden sich allerdings auch Komitees teilen, wenn bei wichtigen Konflikten keine Einigung erzielt werden könne.

Wutich (2009: 185) geht davon aus, dass Konflikte im Normalfall in der Vollversammlung ausgetragen werden.³⁸ Sie führt jedoch relativierend aus:

»I should note that, while we asked over 1,000 survey questions on these topics, respondents admitted that they participated in monitoring, sanctioning, and conflict resolution only four times; underreporting was probably related to the stigma associated with conflict in the community« (ebd.).

Dies zeigt, wie schwierig es ist, über Konflikte zu forschen. Sie werden vielfach als Makel angesehen, und dementsprechend kompliziert ist es, in diesem Bereich an belastbare Aussagen zu kommen. Die Ähnlichkeit vieler Aussagen und die Beobachtungen im Feld, insbesondere die teilnehmende Beobachtung bei Vollversammlungen, lassen allerdings vermuten, dass es bei der Konfliktbearbeitung in Wasserkomitees tatsächlich relativ konstruktiv, an der Sache orientiert zugeht. Dabei werden Diskussionen mitunter durchaus emotional geführt, und die Umsetzung ist bisweilen ruppig, was allerdings auch dem örtlichen Usus entspricht. Der Umgang mit internen Konflikten geschieht jedenfalls in starkem Maße unter Beteiligung der gesamten Gemeinschaft oder mittels Delegation an gewählte Würdenträgerinnen.

Nicht alle Konflikte entstammen den internen Prozessen der Wasserkomitees. Einige werden von außen hineingetragen und müssen daraufhin verhandelt werden. Insbesondere scheint eine Rolle zu spielen, dass der Staat die Wasserkomitees durch OTB ersetzen will, da diese politisch besser zu kontrollieren und insgesamt abhängiger von der Parteipolitik sind, so Flores Castro.³⁹ Seit Mitte der 1990er Jahre bekämen die OTB vom Bürgermeisterinnenamt Gelder für unterschiedliche Projekte (Linsalata 2014: 115). Diese finanzielle Verbindung habe dazu geführt, dass Cochabambas OTB von Anbeginn ihrer Existenz unter der Kontrolle des Bürgermeisterinnenamtes gestanden hätten. Vor diesem Hintergrund gebe es auch Konflikte zwischen den OTB und den Komitees, berichtet Flores Castro. Diese würden sich allerdings vornehmlich auf der Führungsebene abspielen und nicht so sehr in der Nachbarschaft selbst. Denn letztlich hätten beide Organisationen dieselbe Mitgliederbasis. Bei den Konflikten gehe es primär darum, wer für das Wasser zuständig ist und wer darüber beispielsweise mit SEMAPA oder dem Bürgermeisterinnenamt sprechen darf.

Zusätzlich, so Linsalata (2014: 115), seien die OTB auch immer wieder von politischen Parteien instrumentalisiert worden, um »fortwährende interne Konflikte in den Stadtteilen zu kreieren sowie die Bevölkerung und die autonomen repräsentativen Instanzen, wie die Wasserkomitees, zu fragmentieren«. Ab einem gewissen Punkt sei dem

38 Diese mitunter mühsamen und emotional geführten Auseinandersetzungen auf den Versammlungen illustriert Linsalata (2014: 105ff.) anhand des Falles der Wasserkooperative *Villa 10 de Mayo*.

39 Da die Komitees keine juristischen Personen seien, sondern in der Regel informelle Zusammenschlüsse, und somit auf dem Papier nicht existierten, sei dies auch eine Form der Formalisierung der Wasserbewirtschaftung (Flores Castro).

Bürgermeisterinnenamt klar geworden, meint Torrico, dass die Komitees sehr mächtig werden könnten, woraufhin entschieden wurde, gegen das weitere Zusammenwachsen der Komitees und eine vereinte soziale Bewegung aktiv zu werden. Auch SEMAPA trage mitunter zu diesem angespannten Verhältnis bei. Flores Castro zufolge lädt das Unternehmen die OTB zu Treffen ein, um mit ihnen über die Wasserversorgung des Stadtteils zu sprechen. »Und das Komitee sagt: ›Warum ladet ihr die OTB ein? Wir sind hier, ladet uns ein!« SEMAPA versuche, den OTB mehr Geltung zu verschaffen als den Komitees. Ganz in diesem Sinne berichtet auch die SEMAPA-Sozialbeauftragte, dass der übliche Dienstweg zunächst zum Kreis, dann zu den jeweiligen Bürgermeisterinnenämtern, dann zu den Distrikten und schließlich zu den Präsidentinnen der OTB führe.

Flores Castro wirft SEMAPA vor, auf diesem Wege die Stadtteile davon überzeugen zu wollen, ihre Wasserversorgung über das städtische Unternehmen abzuwickeln. Die Präsidentinnen der OTB würden dazu angehalten, im Stadtteil entsprechend zu mobilisieren. Dagegen formiere sich allerdings häufig Widerstand mit dem Argument, es gebe bereits eine Wasserorganisation und daher keinen Grund dafür, dass die OTB mit SEMAPA spreche. Wenn SEMAPA Redebedarf habe, sollten die Verantwortlichen auf eine Versammlung des Wasserkomitees kommen. Auch die distanziertere Torrico berichtet davon, dass SEMAPA »krumme Dinger« drehe, um nicht genehme Komitee-Präsidentinnen loszuwerden, und damit Zwietracht in den Komitees säe.

8.8.4 Konfliktmanagement im Spezialfall ASICA

Zu guter Letzt soll erneut die Metaorganisation ASICA unter die Lupe genommen werden. Dass sich ASICA in einem schwierigen Umfeld befindet, ist im bisherigen Verlauf bereits deutlich geworden. Was das bedeutet und was es mit Konflikten zu tun hat, soll Thema dieses Abschnittes sein.

Flores Castro berichtet, dass ungefähr im Jahr 2008 ein staatlich finanziertes Projekt aufgezogen wurde, bei dem 30 Komitees mit technischer Infrastruktur ausgestattet wurden. Dies habe dazu geführt, dass diese 30 Komitees als Gegenleistung für die Investitionen an den Staat angebunden wurden, woraufhin eine neue Politisierung der Komitees begonnen habe. Diese neue Politisierung habe sich allerdings von der früheren, die Fragen nach der eigenen Identität und Organisationsweise, nach dem Verhältnis zum Staat und zu großen Unternehmen gestellt habe, unterschieden. Dieses Mal sei die Politisierung eine parteipolitische gewesen, habe also auf die Gewinnung von Wählerinnen für die Regierungspartei MAS gezielt. Anfänglich habe sich ASICA noch gegen diese Art der Politisierung und die Vereinnahmung der Komitees durch die MAS gewehrt, erzählt Flores Castro. ASICA sei daraufhin mit dem Argument ruhiggestellt worden, dass der Staat schließlich auch ASICA-Projekte fördere und eine öffentlich zur Schau gestellte kritische Haltung diese Gelder gefährde. Der Hebel des Geldes wurde also genutzt, um ASICA und die Wasserbewegung gefügig zu machen.

Seit der Vergabe der Projektmittel nach Gründung des Wasserministeriums habe ASICA sich tatsächlich politisch zurückgehalten, berichtet Flores Castro. Dennoch flössen heutzutage die Gelder in Richtung SEMAPA und OTB, und somit sei ASICA finanziell deutlich weniger potent. Eine gängige Erklärung lautet, dass ASICA zunächst durch

finanzielle Unterstützung politisch mundtot gemacht und später finanziell ausgeblutet worden und aus diesem Grunde praktisch bedeutungslos geworden sei. Allerdings spielten auch die internen Konflikte eine große Rolle. Torrico berichtet von internen Streitigkeiten, dem Zerfallen in zwei Lager und der Freude darüber aufseiten von SEMAPA und des Bürgermeisterinnenamtes. Denn während die Komitees sich stritten, seien sie nicht in der Lage gewesen, starke Forderungen zu stellen. Wenn die eine Gruppe Ansprüche angemeldet habe, so habe SEMAPA eben mit der anderen verhandelt und mit ihr zusammen Infrastrukturprojekte umgesetzt, erzählt Torrico.

Das eigentliche Ziel von ASICA sei es, zu einem Dienstleistungsunternehmen zu werden, Teile des Wassers vom Masicuni-Staudamm zu erwerben und im Süden weiter zu vertreiben. Um dies zu verhindern, habe SEMAPA versucht, sich die Loyalität von einzelnen Wasserkomitees – beispielsweise durch die Zusage neuer Infrastruktur – zu sichern, berichtet Torrico. ASICA habe sich auf dieses Spiel eingelassen und ihrerseits – mit den Geldern des Ministeriums – versucht, sich die Unterstützung von Komitees zu sichern. Sowohl SEMAPA als auch das Bürgermeisterinnenamt (das von einer anderen Partei geführt wurde als das Wasserministerium) hätten insbesondere diejenigen Komitees umworben, die sich von ASICA abgewendet hatten. Es seien also geschickt die internen Differenzen genutzt worden, um ASICA und die gesamte Wasserbewegung zu zersplittern und zu schwächen, argumentiert Torrico.

Auch wenn Grandidier meint, es habe nie Konflikte zwischen den Vorsitzenden von ASICA und den Komitees gegeben, so deutet doch vieles auf interne Konflikte und deren zersetzende Wirkung innerhalb von ASICA hin (siehe 8.4.4). Diese boten eine Angriffsfläche, die sich SEMAPA und die unterschiedlichen politischen Parteien zunutze machen konnten. Ein interner Konflikt, von dem Grandidier berichtet, drehte sich um die politische Ausrichtung von ASICA und der Wasserbewegung. Er räumt ein, dass ASICA sehr auf ihn hin ausgerichtet sei, ihm sei bewusst, dass er seit Jahren der »starke Mann« dieser Organisation sei. Zusätzlich betont er, dass es ihm anders lieber wäre, er sich allerdings nicht dem »Populismus« oder der »Propaganda« bedienen wolle. Entlang der strategischen Frage, wie sehr die Wasserbewegung politische Bewegung sein und bleiben und Forderungen stellen solle oder ob sie den Schulterschluss mit den mächtigen Akteurinnen – inklusive der darin liegenden Möglichkeiten und Gefahren – suchen solle, verläuft eine immer wieder aufblitzende Konfliktlinie.

Bei Konflikten zwischen Wasserkomitees müssten diese eigentlich auf die nächsthöhere organisatorische Ebene getragen werden, wenn sie alleine nicht gelöst werden könnten, meint Commons-Forscher Carlos Crespo – ansonsten bleibe nur der Gang zu den entsprechenden staatlichen Stellen. Diese Aufgabe könnte ASICA erfüllen, meint er. Die Metaorganisation mischt sich laut ihrem Präsidenten Grandidier allerdings nicht in die Konflikte der Komitees ein. Grandidier setzt darauf, dass die Komitees ihre Konflikte selbst klären und begründet dies mit ihrer Eigenständigkeit. Zusätzlich befürchtet er, dass ASICA angreifbar würde und an Zustimmung verlöre, wenn sie eine Seite ergriffe. Die Tatsache, dass Grandidier die Frage nach der Konfliktbearbeitung mit der Problematik des einseitigen Partei-Ergreifens beantwortet, deutet auf ein grundsätzlich gegeneinander gerichtetes Verständnis von Konflikten und deren Bearbeitung hin, in dem es um die Durchsetzung der Interessen der jeweiligen Parteien geht. Würde man die eine Seite unterstützen, führt er weiter aus, so würde die andere Seite sich zu-

rückgesetzt fühlen und sich gegen bestimmte Vorschläge von ASICA stellen, »nur um dagegen zu sein«. Das wolle er nicht, er wolle, dass seine Projekte und Vorschläge unterstützt werden, sagt Grandidier. ASICA hält sich ihm zufolge also bei der Bearbeitung von Konflikten zwischen den Komitees zurück, um die eigenen politischen Ziele intern nicht in Gefahr zu bringen.

Torrico wirft Grandidier vor, er habe auf Komitees Druck ausgeübt, damit sie die Vorsitzenden, die ihn unterstützten, nicht abwählen. Er habe damit gedroht, geplante Projekte zu streichen, wenn es nicht zu einer Wiederwahl komme. Auch sei sie mit ihm aneinandergeraten, als sie die Unterstützung der Komitees und insbesondere deren ökonomische Transparenz eingefordert habe. Auch Zeballos geht hart ins Gericht mit Grandidier. Dieser habe eigenmächtig Entscheidungen getroffen, nicht transparent genug agiert und die Basis nicht ausreichend einbezogen. Er sei immer wieder gewählt worden, weil die Leute daran gewöhnt gewesen seien, dass er sich um alles kümmert, aber auch aus Angst. Folglich habe alles von ihm abgehangen, und die Vollversammlungen hätten immer weniger den Charakter tatsächlicher Partizipation gehabt und wären zu reinen Informationsveranstaltungen verkommen. Diese Dinge anzusprechen, sei ein Tabu gewesen, da sie doch dem Selbstbild widersprochen hätten; dieses habe, so paraphrasiert Torrico Abraham Grandider, folgendermaßen ausgesehen: »[W]ir machen es gut, SEMAPA ist korrupt. Wir dagegen nicht, wir bestimmen alles in der Vollversammlung, diskutieren alles, und alles ist transparent.« Aber dies sei mitnichten der Fall, so Torrico. Zum Beispiel Probleme mit der Korruption in Komitees anzusprechen, habe als Gefahr gegolten, da man damit etwas Schlechtes über die Komitees sage, die es schließlich gegen das Modell von SEMAPA zu verteidigen gelte. »Also: Wasserkomitees, alles gut; SEMAPA, alles schlecht.« Dabei sei, Zeballos zufolge, ASICA de facto keine Organisation der gegenseitigen Unterstützung für die darin organisierten Komitees, sie sei vielmehr eine »Machtorganisation«. ASICA ist demnach keine Commons-Vereinigung mehr – sollte sie je eine gewesen sein –, sondern eine Organisation im politischen Ränkespiel der Stadt, die von ihrem diesbezüglichen Ruf und politischen Seilschaften zu leben scheint.

8.9 Fazit: Wasserkomitees mit Potenzialen, aber unter Druck

Der sehr komplexe Fall Cochabambas bietet die Möglichkeit, viel über die Potenziale und Hemmnisse von Commons und Commoning im Hier und Jetzt Boliviens zu lernen. Der große Einfluss, den die einbettende Umgebung auf die Praktiken sowie auf das Auftreten und die Bearbeitung von Konflikten hat, kann klar herausgearbeitet werden. Bevor jedoch eine Bewertung erfolgt und im Anschluss ein Ausblick gewagt wird, gilt es zunächst, abschließend einige Aspekte zu thematisieren, ohne die das gezeichnete Bild unvertretbar unvollständig wäre.

Zunächst soll der Blick noch einmal auf das Wirken von Evo Morales und seiner Regierung gerichtet werden.

»Als Evo Morales 2006 Präsident wurde, gab es Hoffnung, dass seine Regierung die Autonomie und Selbstverwaltungsprozesse der sozialen Bewegungen stärken und erwei-

tern würde. Stattdessen geschah das Gegenteil. Der Staat hat seinen Einflussbereich erweitert – auch in der Wasserbewirtschaftung« (M. Olivera 2015: 100).

Dieses Zitat drückt den wichtigen und von der Wasserbewegung Cochabambas viel kritisierten Umstand aus, dass Morales nicht als deren Unterstützer, sondern als Bedrohung angesehen werden muss. »Die Vision der Regierung Morales, jenseits der national-indigenistischen Rhetorik, ist es, den Staat zu stärken, seine Möglichkeiten, einzugreifen, zu reglementieren und Konsense in der Gesellschaft zu schaffen« (Crespo 2011: o. S.; Übers. J. E.). Dies führe dazu, so Crespo weiter, dass die Autonomie gemeinsamer Aktivitäten, die außerhalb des Staates, parallel dazu oder gegen ihn gerichtet angesiedelt sind, eingeschränkt würden. »Die direkte Intervention und die Kooptation sind zwei Elemente, durch die der Staat in diese Commons eingreift« (ebd.; Übers. J. E.).

Zusätzlich spricht Linsalata (2014: 200ff.) von der Bürokratisierung der Politik und des Wassermanagements sowie von der fortwährenden Reproduktion des Klientelismus (ebd.: 26). »Es scheint, als würde oder könnte die Regulierung, die der Staat den Wasserkomitees auferlegt, immer kräftiger eine Bürokratisierung der Wasserkomitees nach sich ziehen, eine Bürokratisierung, die wenig mit den gemeinsamen usos y costumbres zu tun hat« (ebd.: 208). Dies deformiere, zusammen mit der Regelung durch Konzessionen und Lizenzen sowie den zugehörigen Regulierungsorganisationen, die internen Organisationsstrukturen und nehme ihnen die Möglichkeit, für sich selbst zu entscheiden (ebd.: 236). Oscar Oliveras Einschätzung geht in eine sehr ähnliche Richtung. Er meint, dass der Impuls der 2000er Jahre, ein »neues Land zu entwerfen«, durch die Ideologie einer »kleinen marxistischen Gruppe«, der neuen Linken um den Vizepräsidenten Álvaro García Linera (vgl. Salmón 2016b), erstickt worden sei. Dieser Gruppe gehe es darum, die sozialen Bewegungen dem Staat zu unterwerfen.

Diese Lesart der Regierung Morales macht trotz ihrer Radikalität und Einseitigkeit einen wichtigen Punkt deutlich. So scheint sich Morales insgesamt, wie auch andere linksorientierte Regierungen Lateinamerikas, für einen starken Staat und die Eindämmung marktwirtschaftlicher Mechanismen eingesetzt zu haben. Der Staat versuchte, an Präsenz zu gewinnen, und schwächte damit eben jene sozialen Strukturen, die sich in seiner ›Abwesenheit‹ entwickelt hatten. Diese Entwicklungen vollzogen sich innerhalb der Dichotomie von Markt und Staat, die an sich und aus Commons-Perspektive als problematisch angesehen werden kann (vgl. Euler 2014). Entscheidende Schritte in Richtung Commons-Logik blieben aus, lediglich die diesbezüglichen Möglichkeiten und Hemmnisse veränderten sich. Im vorliegenden Fall scheint der Zuwachs an staatlicher Macht de facto nicht mit einem gleichzeitigen Wegfall marktförmiger Macht einhergegangen zu sein. Stattdessen schwand der Bereich jenseits dieser beiden Logiken.

Einer der Mechanismen, an denen sich dieser Punkt gut zeigen lässt, ist die verstärkte Verrechtlichung des Mensch-Natur-Verhältnisses.

»Durch die ›Konvention zum Recht auf Wasser‹, die von der Bolivianischen Regierung bei den Vereinten Nationen eingebracht wurde, sowie die ›Deklaration zu den Rechten der Mutter Erde‹ hat die Regierung Morales auch die Natur zum Rechtsträger gemacht und damit zugleich einen Rechtsrahmen geschaffen, der die Verantwortung und Verwaltungsmacht über das Wasser von den betroffenen Menschen auf den Staat überträgt« (M. Olivera 2015: 100).

Die neue Verfassung gewährt der Nutzung von Wasser »for life« – also für den häusliche Gebrauch, die Lebensmittelproduktion und die Bedürfnisse der Natur – Vorrang gegenüber kommerziellen Nutzungen (Roa-García et al. 2015: 273).

»The constitution asserts that water belongs to the Bolivian people and explicitly mandates that the state manage, regulate, protect, and plan for adequate and sustainable use of water (Art. 374) guided by the principles of solidarity, complementarity, reciprocity, equity, diversity and sustainability (Art. 373)« (ebd.).

Nichtsdestotrotz behandelte Morales extraktivistische Industrien weiterhin privilegiert. Problematisiert wird im Kontext der Wasserkomitees allerdings ein anderer Punkt: »In settings where autonomous and informal water provision is widespread, state-led reforms to recognise the right to water imply the re-ordering of social and political control over, and the production of, water services previously held by the informal sector« (Walnycki 2015: 8). Mit Rückgriff auf die neu verbrieften Rechte wird also eine Umstrukturierung des Wassersektors vorgenommen.⁴⁰ Das Recht auf Wasser nimmt den (in diesem Falle bolivianischen) Staat als Adressaten der entsprechenden Ansprüche ins Visier. Somit wird der Staat in letzter Instanz dazu verpflichtet, eine angemessene Wasserversorgung sicherzustellen. Auf dieser Grundlage wird die zunehmende Regulierung und Bürokratisierung gerechtfertigt und letztlich auf eine Wasserversorgung hingearbeitet, die mehr der Staats- denn der Commons-Logik folgt.

Ein weiterer Aspekt ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Carlos Crespo argumentiert während des Interviews, dass der Rechte-Diskurs die Möglichkeiten zur gegenseitigen Einigung schwächt und eine stärkere Hinwendung zu den Rechtsorganen der staatlichen Judikative nach sich zieht. Denn Rechte, so seine Interpretation, stünden sich immer gegenüber, sie verunmöglichten Vereinbarungen und drängten die Konfliktparteien stattdessen in Konfrontationen. Wollte eine Stadt beispielsweise das Wasser aus dem Umland dafür verwenden, die Wasserrechte der städtischen Bevölkerung zu sichern, während die Bäuerinnen der Umgebung wiederum auf ihre verbrieften Rechte pochten, so stünden die Rechte gegeneinander – und dem Staat werde quasi notwendig die Konfliktbearbeitung überantwortet. »Denn es ist immer dein Recht gegen mein Recht«, meint Crespo. Die gemeinsamen Konfliktbearbeitungsmöglichkeiten könnten in einer solchen Situation kaum entfaltet werden. Besser sei es, laut Crespo, von den Bedürfnissen her zu denken anstatt von den Rechten her. Auf der Ebene von Bedürfnissen seien Einigungen möglich, »da könnte auch über die unterschiedlichen Nutzungsformen gesprochen werden, zum Beispiel über Konsumverhalten«. Mit einer bedürfnisorientierten Herangehensweise lassen sich also, in diese Richtung deutet jedenfalls die Argumentation Crespos, Fragen danach stellen, was wer wirklich braucht. Es wird also ein Dialograum um die Frage, wie mit dem Wasser umgegangen werden soll, eröffnet, was insbesondere vor dem Hintergrund weitgehender Wasserknappheit bedeutsam ist.

40 Dies ist nicht zu verwechseln mit den Rechten und Pflichten in den indigenen Gemeinschaften und den Wasserkomitees, von denen Linsalata (2014) spricht (siehe 8.6.2). Diese Rechte gelten gegenüber der entsprechenden Gemeinschaft und nicht gegenüber dem Staat.

Auf dieser Grundlage lässt sich ein Bild zeichnen, in dessen Hintergrund – hinter einer attraktiven Botschaft: Einbindung Indigener, Menschenrecht auf Wasser, Rechte der Natur – eine Verschiebung der Logiken hin zur Staatslogik vollzogen wird. Dies mag aus gewissen Perspektiven wünschenswert sein, bietet der Staat doch die Möglichkeit, gewisse Verbesserungen sicherzustellen. Aus Sicht der Wasserkomitees bedeutet dies jedoch eher eine weitere Einengung der Möglichkeiten und eine neue Bedrohungslage. Die Privatisierung der Wasserversorgung Cochabambas wurde abgewendet, nun droht die Übernahme durch die Staatslogik, sei es durch Regulierungsbehörden, sei es durch rechtliche und bürokratische Anforderungen oder sei es durch das staatliche Unternehmen SEMAPA.

Dass sich die Commons-Vereinigungen trotz des strukturell feindlichen Umfelds bis heute halten konnten, ist wohl zumindest in Teilen in den resistenten Alltagspraktiken und den durchaus konfliktiven Überlebensstrategien begründet, die tief in der Geschichte Boliviens verwurzelt sind (Linsalata 2014: 53). Allerdings dürfte auch das bislang wenig überzeugende Angebot der anderen Formen eine Rolle spielen. Im Süden Cochabambas gibt es außer den *aguateros* bis heute vielfach keine Alternative zu den Wasserkomitees. Dementsprechend wird dem staatlich garantierten Recht auf Wasser insbesondere dann Skepsis entgegengebracht, wenn es um die Frage geht, wie der Staat diesem Recht zu entsprechen gedenkt. Hier spielt das tief liegende Misstrauen gegenüber SEMAPA eine wichtige Rolle.

Bevor nun ein Blick in die Zukunft gewagt werden soll, werden die Erkenntnisse, die der Fall Cochabamba bezüglich der vier zentralen Forschungsfragen liefern konnte, dargestellt. Die Frage, ob Wasser in Cochabamba als Commons gelten kann oder nicht, lässt sich relativ klar beantworten. In Wasserkomitees wird eine starke Verbreitung des Commoning ausgemacht. Ausgehend von den *usos y costumbres* ist das Element der autonomen Selbstorganisation besonders markant. Im erfolgreichen Fall werden Regeln gemeinsam gesetzt und die Einhaltung gemeinsam sichergestellt. Allerdings wird auch von Problemen berichtet: Korruption, die instabile Finanzierung und mangelhafte Infrastrukturen seien hier beispielhaft genannt. Zu betonen ist an dieser Stelle erneut, dass die Komitees sich untereinander insbesondere bezüglich ihrer Probleme sehr unterscheiden. Während einige vor ihnen kapitulieren und sich auflösen, funktionieren andere über Jahre hinweg stabil und zur Zufriedenheit der Mitglieder.

Der mitunter vorhandene Zwang zur Teilnahme an den Aktivitäten der Wasserkomitees, der aufgrund fehlender Alternativen faktisch vorhanden ist, wird vor dem Hintergrund der Lebensnotwendigkeit, über Wasser zu verfügen, in der Regel nicht als Zwang wahrgenommen. Stattdessen wird die Freiwilligkeit der Teilnahme betont – die Vorstandsämter etwa werden unentgeltlich ausgeführt – und das Gemeinschaftsstiftende der gemeinsamen Arbeitseinsätze angeführt. Die unmittelbar bedürfnisorientierte Ausrichtung dieser Organisationen, denen es nicht darum geht, Gewinne zu erzielen, deutet in eben diese Richtung. Zu den Praktiken zählen insbesondere die Verwaltung, die Produktion und die Reproduktion von Wasserinfrastrukturen sowie die Nutzung des Wassers, aber auch stadtteilbezogene Tätigkeiten wie gemeinsame Feste oder politische Aktivitäten. Daher kann durchaus von Versorgung im Sinne verbundener Produktion, Reproduktion und Nutzung die Rede sein, wenn auch die Wasserquel-

len selbst allenfalls am Rande geschützt und gepflegt werden, was negative Umweltfolgen nach sich zieht.

Die Mitglieder werden weitgehend als Gleiche behandelt. Zwar fungiert Geld de facto als Ausschlusskriterium, allerdings sind keine gruppenspezifischen Ausschlüsse bekannt. Auch andere Exklusionen sind zu beobachten, allerdings geschehen diese tendenziell aus der Sache heraus, und somit scheint eine prinzipielle Inklusivität gegeben. Darüber hinaus sind einige Vernetzungsaktivitäten der Wasserkomitees zu beobachten, allerdings scheiterte der Versuch, mit ASICA eine große Metaorganisation zu etablieren. Außer der Dimension der Vermittlung sind also alle Ebenen des Commoning in den Wasserkomitees zu finden und befinden sich in einem produktiven Zusammenspiel. In Wasserkomitees dominiert – auch wenn Elemente anderer Logiken, insbesondere der Gemeinschaftslogik, anzutreffen sind – die Commons-Logik. Dies ergänzt sich gut mit der Beobachtung, dass in den Komitees Wasser nicht als Ware, sondern als Gemeinsames angesehen wird (Linsalata 2013: 19). Linsalata führt in diesem Sinne aus: »Es gibt kein Commons, wenn es keine reale Gemeinschaft von Menschen gibt, ein lebendiges Geflecht sozialer Kooperationsbeziehungen, das jenes produziert und kontinuierlich und konstant reproduziert« (Linsalata 2014: 235). In Wasserkomitees, so kann also gefolgert werden, kann Wasser durchaus als Commons bezeichnet werden. Dies trifft auf das Wasser von SEMAPA nicht zu.

Die Struktur des gesellschaftlichen Kontextes beeinflusst den Umgang mit Wasser in vielfältiger Weise, dies sollte im Verlauf des vorliegenden Kapitels deutlich geworden sein. Die *usos y costumbres* zeugen davon, dass Kontexte früher anders waren und wie viel sich bis heute verändert hat. Auch der städtische Kontext prägt den Umgang mit Wasser auf bestimmte Weisen, ist doch die Beziehung weniger eng als auf dem Land. Die ganze Welt wirkt, spätestens mit dem Einfluss ausländischer Nichtregierungsorganisationen, in die lokalen Formen des Wassermanagements ein. Aber auch die Stärkung des Nationalstaates und Privatisierungsbestrebungen machen deutlich, dass die global verbreiteten Logiken von Staat und Markt auch im Kleinen deutliche Spuren hinterlassen. Die Komitees entstanden vielfach in einem Feld, in denen weder Marktakteurinnen noch der Staat als potenzielle Versorgerinnen präsent waren. Es war also ein Feld, das nach anderen Logiken funktionierte, vermutlich geprägt von einer Mischung aus kollektiver Selbsthilfe und der Logik »Jede gegen jede«. In diesem Kontext war der Zusammenschluss zu Wasserkomitees naheliegend. Zusätzlich brachten viele Migrantinnen ihre Erfahrungen aus den Minengewerkschaften und den ländlichen Gemeinschaften mit.

Weitreichende Konkurrenzbeziehungen und staatliche Eingriffe lassen den Kontext der Wasserkomitees mehr und mehr zu einem strukturell feindlichen Umfeld werden, in dem diese sich in einer prekären Situation befinden und ums Fortbestehen kämpfen müssen. Eben dieses Kämpfens, insbesondere während des Wasserkriegs, zeigt sich noch heute in der sehr politischen Einstellung vieler Wasserkomitees und in der noch immer präsenten, wenn auch deutlich schwächer gewordenen Wasserbewegung. »The people today are not organizing to make demands of the state, but to determine and implement the conditions of their own lives«, meint Marcela Olivera (2014: 68). Im vorliegenden Kapitel wurde deutlich, dass der gesellschaftliche Kontext nicht nur den Umgang mit Wasser in den Commons-Vereinigungen maßgeblich beeinflusst. Darüber

hinaus ist der Kontext dafür verantwortlich, welche Alternativen sich zur Selbstorganisation bieten, welche Praktiken als normal angesehen werden, wie gesellschaftliche Beziehungen generell gestaltet sind. Mit dem Kontext verändert sich auch der Umgang mit Wasser.

In der Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Kontext liegt eine wichtige Ursache für das Aufkommen von Konflikten. Wie bereits angeklungen ist, sind die Beziehungen zu einem die eigene Grundlage infrage stellenden Kontext mitunter konfliktiv. Die Konfliktursache ist teilweise in strukturellen Widersprüchen begründet. Dies trifft zum Beispiel auf die Ökonomisierung vieler Lebensbereiche, inklusive traditioneller und neuerer Räume des Gemeinsamen, zu. Ein weiteres Beispiel ist der allgemeine Geltungs- und Regelungsanspruch des Staates, der dem Selbstregelungsanspruch der Selbstorganisation (und teilweise auch der Ökonomie) entgegensteht.

Die Konflikte der Wasserbewegung und -komitees mit anderen Akteurinnen sind in der Regel exklusionslogisch einzustufen: sei es der Wasserkrieg, sei es die nachträglichen Forderungen von Bechtel, seien es staatliche Eingriffe in die Selbstorganisation oder sei es die staatlich unterstützte expansive Politik von SEMAPA. Eine plausible Erklärung ist die Bedrohung der strukturell feindlichen Umwelt sowie die durchaus konfrontative Konfliktkultur des Landes. Dabei herrschen auch jenseits von SEMAPA und des Staatsapparates exklusionslogische Weisen des Konfliktmanagements vor. Hierarchie und Parteipolitik führen dazu, dass inklusionslogische Formen allenfalls Ausnahmeerscheinungen sind.

Innerhalb des Bereiches der selbstorganisierten Wasserbewirtschaftung ist die Lage eine andere. Insbesondere Diebstahl und Korruption sind hier Ursachen von Konflikten, ebenso die Aufnahme von Neuen und Aspekte des Tagesgeschäfts. Die indigene kommunitäre Justiz findet in ihrer verstärkten, gewalttätigeren Form Anwendung, insbesondere bei schwerwiegenden Regelüberschreitungen und Normverletzungen. Sie scheint tendenziell eher ein Zeichen mäßig gut funktionierender Selbstorganisationsprozesse zu sein. In anderen Fällen werden Konflikte von Ehrentribunalen geschlichtet oder aber sie werden, und dies scheint der üblichere Fall zu sein, je nach Gewichtigkeit durch den Vorstands vermittelt oder in der Vollversammlung thematisiert. Hier werden die Konflikte im Optimalfall – mitunter langwierig, dialogorientiert, aber in der Regel konstruktiv, sach- und lösungsorientiert – in einem gemeinsamen, inklusiven und partizipativen Prozess bearbeitet.

Was passieren kann, wenn problematische äußere Einflüsse mit fortwährenden und nicht oder im Gegeneinander ausgetragenen internen Konflikten zusammentreffen, wurde am Beispiel der Metaorganisation ASICA deutlich. Der politische Druck und die auf eine Person ausgerichtete Organisationsstruktur bieten keine guten Voraussetzungen, um konstruktiv mit Konflikten umzugehen. Allerdings ist es auch in derartigen Verhältnissen prinzipiell möglich, gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Die Art, wie in ASICA mit Konflikten umgegangen wurde, erscheint eher als exklusionslogisches Konfliktmanagement. Der Fall ASICA zeigt, wie stark kontext- und personenabhängig die Frage des Konfliktmanagements ist und wie ein exklusionslogischer Umgang mit internen Konflikten Commoning verunmöglichen und so einer Organisation den Commons-Charakter entziehen kann. Die einer Metaorganisation mögliche Rolle, Kon-

flikte zwischen den Komitees zu bearbeiten, hat ASICA, auch aus politischen Überlegungen heraus, nie ausgefüllt.

Zum Schluss soll ein kleiner Ausblick gewagt werden. Im Jahr 2017 erreicht das erste Wasser des Masicuni-Staudamms die Stadt, und die Wasserbewegung ist weit von dem Höhepunkt ihrer politischen Bedeutung entfernt. Die Wasserkomitees sind weder vereint noch blicken sie – aufgrund der problematischen Grundwassersituation – auf eine tragfähige zukünftige Wasserversorgung. Die Möglichkeit, mit neuen Formen sozialer Wasserbewirtschaftung zu experimentieren, werde jeden Tag schwächer, meint Linsalata (2014: 231). Die einzige Chance jenseits von SEMAPA scheint tatsächlich die Strategie von ASICA zu sein, Teile des Staudammwassers in den Süden zu leiten und dort eine eigene Organisation ins Leben zu rufen. Ob dies gelingt und wie gut diese neue Organisation tatsächlich funktionieren würde, ist ebenso fraglich wie das Ausmaß des Commoning, das dort stattfinden würde. Zeballos steht derartigen Großlösungen grundsätzlich skeptisch gegenüber. Stattdessen, so meint er, sollten die kleinen Komitees gestärkt, das Wasser effizienter genutzt werden und insbesondere der reiche Norden nicht mehr so viel Wasser verschwenden.

Einen Schritt weiter geht zum Beispiel Oscar Olivera. Er fordert von SEMAPA, sich in ein wirklich soziales Unternehmen zu verwandeln, ASICA könne ruhig ein eigenes soziales Unternehmen werden. Am wichtigsten ist ihm, dass der Staat transformiert wird. Dies sieht er als notwendige Voraussetzung für eine Verbesserung. Die Macht müsse wieder mehr in den Händen der sozialen Bewegungen liegen, meint er. Cecilia Chacon ist ähnlicher Meinung. Sie hofft auf eine Wiederaneignung des politischen Projekts der Wasserbewegung. Ihr geht es um den Aufbau neuer Strukturen jenseits des Staates. Letzterer werde nicht verschwinden, daher brauche es eine starke Zivilgesellschaft, um mit ihm zu verhandeln oder wirklich Teil von ihm zu sein. Carlos Crespo setzt seine Hoffnungen insbesondere in die neu entstehenden Commons, die teilweise weniger ressourcenorientiert sind als die bisherigen. Dahin, so meint er, müsse es gehen. Allerdings ist Crespo aufgrund der zunehmenden staatlichen Kontrolle wenig optimistisch und erwartet eine Schwächung der Commons auf allen Ebenen.

Zum Schluss bleibt zu konstatieren, dass die Lage für die Wasserkomitees weiterhin oder sogar zunehmend kritisch ist. Sowohl zunehmende zentralstaatliche Einflüsse als auch die prekäre Wassersituation in der Stadt bedrohen die Commons-Vereinigungen. Hinzu kommt, dass SEMAPA durch das Wasser des Masicuni-Staudammes die lang ersehnten Kapazitäten erlangen könnte, um die ganze Stadt mit Wasser zu versorgen. Dies könnte den Wasserkomitees einen Teil ihres Daseinsgrundes entziehen. Die expansive Politik von SEMAPA trägt ebenso zu der eher düsteren Perspektive bei wie die zweifelhaften Pläne von ASICA. Ohne guten Plan und den Willen, diesen gemeinsam umzusetzen, dürfte es auf Dauer schwierig werden, die Wasserkomitees am Leben zu erhalten.

